Juden: Polen streiten über eigene Schuld S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

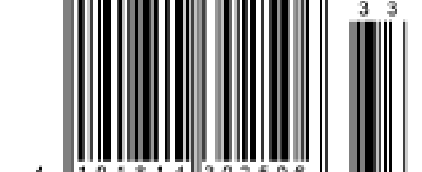
Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 33 – 17. August 2013

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Protest in Athen: Während in anderen Euro-Ländern die Bürger – auch gegen Berlin – demonstrieren, ist es bei uns ruhig Bild: pa

Deutsche ducken sich weg

Trotz Wissen über kommendes Desaster bleiben die Bundesbürger still

Obwohl die Mehrheit der Deutschen überzeugt ist, dass das Schlimmste der Euro-Krise noch nicht überstanden sei, bleiben sie stoisch. Warum?

Selbst das Staatsfernsehen lässt die Deutschen nicht im Dunkeln darüber, dass nach der Wahl ein böses Erwachen auf sie wartet. Wenn man es genau nimmt, tut dies nicht einmal die Kanzlerin selbst. Auf die Frage, ob Deutschland die Lasten eines weiteren gigantischen Schuldenerlasses für Griechenland schultern muss, sagt Angela Merkel: „Das sehe ich nicht.“

Sie sagt bewusst nicht: „Auf keinen Fall“, denn dann würde sie der Lüge überführt. Doch kaum jemand wird sie dafür strafen wollen, dass sie etwas nicht „gesehen“ habe, obschon auch das die Unwahrheit ist. Die CDU-Chefin sieht den abermaligen Aderlass für Deutschland sehr wohl jetzt schon. Und sie weiß auch, dass es diesmal vor allem die deutschen Steuerzahler treffen wird, denn den übrigen Gläubigern wie etwa den Banken wurde es ermöglicht, ihre Griechen-Kredite auf die öffentliche Hand abzuwälzen.

Laut Umfrage glauben auch nur 17 Prozent der Deutschen, dass das Schlimmste der Euro-Krise schon vorbei sei. Nur jeder Zehnte meint zudem, dass die Politik ihm die Wahrheit über die Krise sage. Und eine satte Mehrheit ist sich im Klaren darüber, dass ihre Ersparnisse durch die Euro-bedingte Niedrigzinspolitik in der Substanz gefährdet sind.

Kurzum: Die Deutschen wissen eigentlich, dass ihnen Schlimmes bevorsteht. Sie wissen auch, dass sie von einer verfehlten Politik ins Desaster geführt werden und dass sie die dafür verantwortlichen Politiker dreist hinters Licht führen. Im Grunde wäre dies der Stoff für dramatische politische Umwälzungen, für offenen Volkszorn und eine saftige Quittung an der Wahlurne.

Aktuelle Probleme sind nicht bloß ein Medienereignis

Doch es geschieht – nichts. Weder der laue Wahlkampf noch die müde Reaktion in der Bevölkerung geben irgendeinen Hinweis auf Beunruhigung. Die Umfragen deuten ganz im Gegenteil auf eine scheinbar tiefe Zufriedenheit hin.

Haben die Deutschen schlicht resigniert und sind ins Grab der Fatalisten gesunken, auf dem steht: „Wir können ja doch nichts ändern“? Möglich. Vielleicht wirkt hier aber auch nach, dass die Bürger dieses Landes seit Jahrzehnten von den Medien mit Weltkatastrophen erschreckt wurden, die niemals eintraten: Atomtod, Waldsterben, Dritter Weltkrieg, Klimakatastrophe, plötzliches Ende der Ölreserven und so weiter. Am Ende war dann immer alles wie zuvor, „es“ ist nie passiert.

Aus dieser Erfahrung könnten die Deutschen, mehr unterbewusst als bewusst, den Schluss gezogen haben, dass Katastrophen eher Medienereignis als Realität sind, gruselig, aber nicht wirklich gefährlich. Sollte es so sein, wird das baldige Erwachen umso schockierender ausfallen. Denn diese Katastrophe ist keine Medienerfindung, sie ist real, „es“ wird eintreten. Und die Folgen werden unser aller Leben tiefgreifend verändern. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Causa finita?

So einfach ist das also. Die USA versichern der Bundesregierung, ihre Geheimdienste hätten sich stets an Recht und Gesetz gehalten. Und schon erklärt Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, es gebe in Deutschland keine millionenfache Grundrechtsverletzung und die Spähaffäre sei beendet. Wenn er wirklich so blauäugig oder inkompetent sein sollte, das zu glauben, wäre es für den für die Geheimdienste zuständigen Minister peinlich. Es ist eher wahrscheinlich, dass es sich bei seinen Äußerungen um eine dreiste Verdummung der Bürger handelt. Nicht minder an Verdummung grenzt Pofallas Ankündigung eines Anti-Spionageabkommens mit den USA. Wenn die Aktivitäten der ausländischen Dienste in Deutschland bisher nach Recht und Gesetz verliefen, wäre ein solches Abkommen schließlich entbehrlich.

Und wie kann es überhaupt nach Recht und Gesetz sein, wenn die Geheimdienste verbündeter Staaten uns ausspionieren? Das lässt sich wohl nur damit erklären, dass Deutschland nicht wirklich souverän ist und noch immer unter einer Art Besatzungshoheit steht. Wenn uns die Affäre etwas lehrt, dann das, dass man selbst seinen „Freunden“ nicht vertrauen kann. Es ist kaum anzunehmen, dass sich die fremden Dienste viel um ein solches Abkommen scheren würden. Sie dürften zukünftig allenfalls vorsichtiger agieren. Höchst bemerkenswert ist zudem, dass nicht die Bundesregierung, sondern der Chef des Bundesnachrichtendienstes das Abkommen aushandeln soll. Wer nun glaubt, dass die USA darin offen darlegen würden, wie und wen sie ausspähen, glaubt auch an den Weihnachtsmann. Causa finita? Nein, der Fall ist noch lange nicht abgeschlossen.

Nix Deutsch, nix Englisch

Sprach- und Mentalitätsbarrieren behindern den Rettungsdienst

Diese Situation kennen mittlerweile fast alle Rettungssanitäter und Notärzte: Sie sind am Einsatzort eingetroffen, können aber nicht richtig helfen, weil der „Patient mit Migrationshintergrund“ sich nicht verständlich machen kann. Handelt es sich um weibliche Patienten, kommt es nicht selten sogar zu tätlichen Übergriffen seitens der Angehörigen, denn diese wollen oft nicht, dass die Helfer die Patientin berühren. Um eine solche Konfrontation zu vermeiden, schicken die Rettungsdienste immer mehr gemischte Teams los.

Integrationswissenschaftler sprechen bei diesen Problemen verharmlosend von „verschiedenen Kommunikationsstandards und Rollenmustern“. Als Lösung fordern sie eine „interkulturelle Öffnung“ der Rettungsdienste. Die Hilfsorganisationen haben prompt darauf reagiert und schicken ihre Mitarbeiter auf

Am Unfallort droht der Kulturschock

Seminare, wo diese „interkulturell geschult“, also mit den Eigenheiten ihrer fremdländischen Patienten vertraut gemacht werden. Außerdem haben die Rettungskräfte jetzt ein Büchlein auf dem Wagen, das ihnen sprachlich Erste Hilfe leisten soll. „Tip doc emergency“ heißt die 44-seitige illustrierte Fibel im Postkartenformat. Darin werden die wichtigsten Krankheitsbilder und Symptome wie beispielsweise Atemnot, Herzschmerzen oder Schwangerschaft, die häufig Probleme bereiten, bildlich dargestellt. Dazu gibt es Übersetzungen in acht verschiedene Sprachen, zum Teil sogar in Lautschrift.

Das Deutsche Rote Kreuz, das bei dem Projekt führend ist, sieht darin einen „Baustein für einen leistungsstarken Rettungsdienst“, denn seine Mitarbeiter fühlten sich „für sichere und schnelle Hilfe in der Verantwortung“. Davon, dass auch die Patienten selbst dafür verantwortlich sind, dass ihnen schnell geholfen werden kann, ist indes nicht die Rede. *Jan Heitmann*

Zeichen der Versöhnung

Größter deutscher Soldatenfriedhof bei Smolensk eingeweiht

Zehn Jahre Vorlaufzeit waren nötig, bis auf einem fünf Hektar großen Gelände im westrussischen Duchowschtschina nahe Smolensk endlich eine Kriegsgräberstätte für deutsche Soldaten errichtet werden konnte. Obwohl nach Ende des Kalten Krieges der damalige Kanzler Helmut Kohl und Russlands Präsident Boris Jelzin ein Abkommen zur Kriegsgräberpflege trafen, war der Vorbehalt gegen Sammelfriedhöfe für Soldaten der deutschen Wehrmacht in Russland groß.

Anfang August reiste Verteidigungsminister Thomas de Maizière nach Duchowschtschina, um an der feierlichen Eröffnungszeremonie des größten deutschen Soldatenfriedhofs 68 Jahre nach Kriegsende teilzunehmen. Nach Beendigung aller Bergungsarbeiten des Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge werden hier 70000 Kriegstote

Kommunisten waren gegen Gedenkstätte

ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Rund 600000 Euro flossen aus deutschen Spenden und Staatsgeldern, um den Friedhof zu errichten, einen von 22, die der Volksbund eingerichtet hat.

An der Gedenkzeremonie nahm neben Angehörigen der Gefallenen auch Klaus Brähmig, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, teil.

Weil gefallene sowjetische Soldaten vielfach auf den Feldern zurückgelassen oder nur notdürftig verscharrt wurden, sprachen sich vor allem Kommunisten gegen die Errichtung deutscher Sammelfriedhöfe aus. Die Verantwortlichen von Duchowschtschina setzten sich durch wie auch die von Reschew, wo die Bevölkerung die Bedingung stellte, vorher eine russische Gedenkstätte einzurichten. Die deutsche Kriegsgräberstätte ist nicht nur ein später Ort der Trauer für Angehörige, sondern auch ein sichtbares Zeichen der Versöhnung. *MRK*

MELDUNGEN

Lieber Zeit für die Kinder

Koblenz – Kinder statt Karriere lautet das Fazit einer Umfrage unter 2000 Studenten, die die Fachhochschule Koblenz gestartet hat. Zumindest die große Mehrheit der für die Studie „Karriereziele von Studierenden – Eine empirische Untersuchung“ befragten Frauen strebt nicht in die Chefetagen. So gaben nur 15,2 Prozent der weiblichen Umfrageteilnehmer an, einen Job auf Vorstands- oder Geschäftsführungsebene zu wünschen. Selbst die Ausübung einer Vollzeitstelle hält nur gut die Hälfte für mit einer Familie vereinbar. Und so sprach sich die andere Hälfte dafür aus, Karriereziele allenfalls anzustreben, wenn sie auch auf Teilzeitbasis zu erreichen seien. Bei den Männern hingegen kann sich nur ein Viertel der Befragten mit dem Gedanken anfreunden, für die Familie weniger zu arbeiten und in Teilzeit tätig zu sein. Auch haben 25 Prozent den Plan, eines Tages Vorstandsposten zu übernehmen. *Bel*

Neuwahlen nach Zemans Scheitern

Prag – Nachdem der Plan von Staatspräsident Milos Zeman gescheitert ist, ein von ihm ernanntes Expertenkabinett zu installieren, stehen nun vermutlich für Oktober in Tschechien Neuwahlen an. Außenminister Karel Schwarzenberg sieht die Chancen für seine Partei TOP 09, wieder in die Regierung zu kommen, mit gemischten Gefühlen. Da der jetzige Koalitionspartner ODS nach Korruptionsskandalen und einer Liebesaffäre von Ex-Premier Peter Necas stark geschwächt ist, dürften die Sozialdemokraten stärkste Kraft werden. Diese werden jedoch von Zeman gelenkt, was sein Dauer-Konkurrent Schwarzenberg ungern sieht. Die Alternative zu einer Koalition mit den Sozialdemokraten wäre jedoch für die TOP 09 nicht tragbar: eine von den Kommunisten geduldete sozialdemokratische Minderheitsregierung. *Bel*

Die Schulden-Uhr:

Wenig Grund zum Mitleid

Es wäre falsch, aus der Überschuldung der Krisenstaaten der Euro-Gemeinschaft und deren geringen Steuereinnahmen zu schließen, dass die entsprechenden Bevölkerungen von einer bemitleidenswert niedrigen Wirtschaftskraft wären. Eher kann man sie darum beneiden, dass sie in Staaten leben, die sie weniger schröpfen. Denn offenkundig sind ihre Staaten nicht zuletzt deshalb so verschuldet, weil sie ihre Untertanen weniger ausbeuten. So liegt die Abgabenquote in Zypern, Irland, Portugal und Spanien mit 20, 31, 42 beziehungsweise 45 Prozent unter der magischen 50-Prozent-Grenze, während sie in Deutschland, Frankreich und Belgien mit 53, 57 und 60 Prozent darüber liegt. *M.R.*

2.075.739.391.052 €

Vorwoche: 2.075.213.200.165 €
Verschuldung pro Kopf: 25.818 €
Vorwoche: 25.811 €

(Dienstag, 13. August 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die zwei Gesichter Afrikas

Weißenhass besteht neben dem neuen Wunsch nach Rückkehr der früheren Herren fort

Korruption, Machtmissbrauch und Fehlplanung verärgern immer mehr afrikanische Politiker. Immer öfter wird der Ruf nach der „guten, alten, kolonialen“ Vergangenheit laut.

In Namibia offenbart sich das afrikanische Dilemma: Während ein Teil der afrikanischen Einwohner weiterhin auf Enteignung der weißen Farmer drängt, lassen bereits mit Land beschenkte Schwarze die ehemals blühenden Besitzungen mangels wirtschaftlicher Kenntnisse sträflich verkommen, die Produktivität sinkt. In Simbabwe zeigt die Unfähigkeit im Umgang mit ökonomischen Grundsätzen ähnliche Folgen.

So lässt der Aufruf des Kameruner Filmemachers Jean-Pierre Bekolo aufhorchen. Hiernach seien nicht die alten Kolonialmächte am Elend des Schwarzen Kontinents schuld, sondern die Afrikaner selbst. „Das koloniale Projekt war viel erfolgreicher, als seine Initiatoren es je vermutet hatten“, versucht Bekolo seine Landsleute zu belehren und verlangt gar die Rückkehr der ehemaligen Kolonialisten. „Wir müssen die Uhr bis zu dem Punkt zurückdrehen, wo die Dinge anfingen, schiefzulaufen“, so sein Postulat.

Bekolo ist mit seiner Erkenntnis nicht allein. Unterstützung findet er beispielsweise bei der 1955 geborenen Landsmännin Axelle Kabou, die in Paris Ökonomie und Kommunikationswissenschaft studiert hat und mit ihrem Wissen verschiedene afrikanische Präsidenten beriet. Danach verfasste sie eine Streitschrift mit dem Fazit, dass ihr Kontinent vor einem Abgrund stehe. Unabhängigkeit und Entwicklungshilfe hätten fast gar nichts bewirkt.

Kritiker wie die Intellektuellen Georg Ayittey, Andrew Mwenda, Roger Tagri, James Shikwati und Chika Onyeani bemängeln unisono, die neuen Führer befänden sich meist auf einem Egotrip zur eigenen Bereicherung durch die Ausbeutung der Ressourcen, ohne dem eigenen Volk einen entsprechenden Teil zugutekommen zu lassen. Es werde dank der Geschenke von Geberländern eigentlich nur zementiert, was es zu überwinden gelte. Statt sinnvoll zu investieren, werde das Geld für Waffenkäufe und die Festigung einer Tyrannenherrschaft verschleudert. Der Generalsekretär des Pan African Movement, Tajudeen Abdul Raheem, klagt gar: „Wir werden durch solche westlichen Kampagnen infantilisiert.“ In diesen Kreisen kursiert ohnehin der Leitsatz zur Alternative der heutigen Gießkannenhilfe: „Bring the colonial master back.“

Der kenianische Kulturphilosoph Ali Mazuri sekundiert: „Echte Reformen beginnen mit Selbstkritik.“ Davon allerdings sind Afrikas Politiker weit entfernt. Musterbeispiel dafür ist

Entwicklungshilfe aus dem Westen habe vor allem geschadet

Simbabwes greiser Präsident Robert Mugabe, der das einst unter weißer Bewirtschaftung blühende Land Schritt für Schritt zum Armenhaus des Kontinents wandelte, ebenso wie früher Ugandas schillernder Diktator Idi Amin, der erst die erfolgreichen britischen Tee- und Kaffeepflanzer vertrieb und zum Schluss alle Inder, die das Rückgrat der Verwaltung in Banken und Versicherungen bildeten. Die Folge: Ein bis heute anhaltendes Chaos, das jetzt durch den Wandel der muslimischen Welt (wie auch in Tansania) weitere Rückschläge einstecken muss. Kritiker Andrew Mwenda, Journalist in der ugandischen Hauptstadt Kampala, wird nicht müde, die negativen Folgen der gegenwärtigen Entwicklungshilfe als Pakt zwischen Helfern wie dem britischen Ex-Premier Tony Blair und den herrschenden schwarzen Eliten anzuprangern.

Auch Kenia verschenkte durch Streitigkeiten um die Führung den glänzenden Status einer „Schweiz Afrikas“, den es noch unter seinem ersten, charismatischen Führer Yomo Kenyatta beanspruchen konnte. Solche Zustände prangert seit Langem der kenianische Politikwissenschaftler Michael Chege an, unterstützt vom nigerianischen Literaturnobelpreisträger Wole Soyinka. Ganz klar brachte diese auch Mwenda in der Züricher „Weltwoche“ zum Ausdruck: „Warum kommt ihr nicht, rekolonialisiert unsere Länder, stürzt unsere Politiker und bringt eure Standards hierher?“

Dabei ist eine „stille Rekolonialisierung“ längst im Gange, zum Beispiel in Angola. Das westafrikanische Land boomt dank seiner Erdölvorkommen. Geld ist da, was fehlt, sind gut ausgebildete einheimische Arbeitskräfte, die helfen, diesen Aufschwung zu stabilisieren. Und die liefert zurzeit die ehemalige koloniale Mutter Portugal. Denn dank der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise emigrieren viele gut ausgebildete und arbeitslose Portugiesen nach Angola und füllen die Lücke.

Zugleich hören viele afrikanische Regierungschefs die neuen Loblieder auf die „guten, alten, kolonialen“ Zeiten gar nicht gern. In Namibia, das als Deutsch-Südwestafrika von 1884 bis 1915 deutsche Kolonie war, wird nun versucht, die letzten deutschen Spuren zu tilgen. So setzte der namibische Präsident Hifikepunye Pohamba durch, dass die 450 Kilometer lange zipfelförmige Ausbuchtung im Nordosten Namibias künftig nicht mehr Caprivi-Zipfel, sondern „Sambesi-Region“ heißt. Der Landstreifen war zuvor nach dem einstigen deutschen Reichskanzler benannt. Leo von Caprivi folgte auf Otto von Bismarck und regierte von 1890 bis 1894. Zudem werden die Orte Schuckmannsburg und Lüderitz von der Karte getilgt. Der nach dem damaligen Gouverneur Bruno von Schuckmann benannte Ort heißt ab sofort wieder Luhonono und die Hafenstadt Lüderitz, die an den gleichnamigen Bremer Kaufmann erinnert, erhält einen neuen Namen in der lokalen Khoisan-Sprache, für die es in Deutschland keine Schriftzeichen gibt und die übersetzt „Umarmung“ heißt.

Joachim Feyerabend/PAZ



Deutsche Spuren werden getilgt: Lüderitz in Namibia trägt ab sofort einen neuen Namen Bild: action press

Waffen für Freund und Feind

Der Westen kann sich im Konflikt zwischen Muslimbruderschaft und Salafisten nicht entscheiden

Der Westen scheint beim Umgang mit den Umwälzungen in der arabischen Welt kein Rezept zu haben, auf welche politische Strömung er setzen soll. Ähnlich unvorbereitet wie der Westen auf den „Arabischen Frühling“ 2011 reagiert hat, hat er jetzt, zwei Jahre später, auf den Sturz der Muslimbruderschaft in Ägypten und ihres Konzeptes eines politischen Islam reagiert. Die Tatsache, dass Mohammed Mursi und seine Muslimbruderschaft durch Wahlen an die Macht gekommen waren, genügte offenbar, dass sich die USA und die EU nach dem Militärputsch auf seine Seite geschlagen haben. Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sprach im Zusammenhang mit der Entmachtung der Muslimbrüder sogar von einem „Versagen der Demokratie“. Von einem Versagen Mursis im Vollzug seiner demokratischen Pflichten sprach er nicht. Volker Perthes, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, bezeichnete Mursis Sturz in einem Interview als „Rückschlag für den gemäßigten Islamismus“. Und er warnte davor, dass bei Neuwahlen die Salafisten zur stärksten politischen Kraft in Ägypten werden könnten. Nach dem Sturz Mursis hatten sich Politiker der EU und der USA um Vermittlung zwischen der neuen Regierung und den Anhängern des vom Militär gestürzten islamistischen Präsidenten Mursi bemüht. Das Militär war beim Sturz Mursis von den Salafisten unterstützt worden.

Was sich in Ägypten ereignet, ist symptomatisch für die gesamte arabische Welt. Der entmachtete Mursi war im Zuge einer Revolution an die Macht gekommen, mit der ihn nichts verbunden hat. Als sich das Volk 2011 gegen den Langzeitpräsidenten Hosni Mubarak erhoben hatte, waren die Muslimbrüder zunächst gegen diesen Aufstand. Das Problem damals war, dass die liberalen Kräfte der Revolution über keine Strukturen verfügten, um die Macht zu übernehmen. In diesem kritischen Moment hatte Ägypten nur zwei Kräfte, die über eine entsprechende Organisation verfügten: die Armee und die Muslimbruderschaft. Die Muslimbruderschaft ist auch nach ihrem Sturz durch die Armee weiterhin eine starke politische Kraft und wird auch in jeder denkbaren Konstellation, und sei es in der Opposition, eine wichtige Rolle spielen. Mit dem „Arabischen Frühling“ waren aber auch die Salafisten stark geworden. Ihre Strukturen waren anfangs nicht so gefestigt wie die der Muslimbrüder. Deshalb waren ihre Wahlergebnisse noch nicht hoch genug, um allein zu regieren. Doch nun haben sie das Spiel der Politik sogar schneller gelernt als die Muslimbruderschaft.

Neben dem internen Konfliktpotenzial in Ägypten spielen auch die jeweiligen Fördermächte der

Geld aus Katar und Saudi-Arabien lockt

Salafisten und Muslimbrüder in Ägypten eine maßgebliche Rolle. In Katar befinden sich mit Scheich al-Qaratawi und dem Fernsehsender Al-Dschasira zwei der wichtigsten Anknüpfungspunkte der weltweit vernetzten Muslimbruderschaft. Das kleine Scheichtum ist zum wichtigsten Geldgeber und zur Führungsmacht der Muslimbruderschaft geworden. Dabei spielt es aber eine Doppelstrategie. Einerseits investiert Katar aggressiv in westlichen Staaten, Investitionen die es als Zwergstaat mit immensen Geld- und Ölreserven zur Ausdehnung seiner Machtbasis braucht, andererseits hofiert es die Muslimbruderschaft, die Katar zu Einfluss in der arabischen Welt, den man mit Geld nicht kaufen kann, verhelfen soll.

Während es die Muslimbruderschaft schon seit 90 Jahren gibt, sind die Salafisten, die zurück zum Ur-Islam wollen, eine neuere Erscheinung im Islam. Sie haben in Saudi-Arabien ihren Hauptsponsor gefunden, weil das wahhabitische Königreich in den streng hierarchisch nach Emiraten strebenden Salafisten die einzige islamistische Kraft sieht, die die republikanisch gesinnten Muslimbrüder noch in Schach halten könnte. Saudi-Arabien ist jedoch als Ordnungsmacht neben Israel auch der Hauptverbündete des Westens in der Region. Die Salafisten haben sich nie von Al-Kaida und anderen Terrorgruppen abgegrenzt, die oft auch in Saudi-Arabien ihre Wurzeln hatten und in Osama Bin Laden ihren „Emir“ sahen. Es kommt für den Westen fast einer Quadratur des Kreises gleich, in diesem undurchschaubaren Kräfte- und Ränkespiel auf den richtigen Partner zu setzen, ohne sich selbst und die westlichen Werte zu verraten.

Ein gutes Beispiel für diesen Konflikt war die französische Intervention in Mali gegen die salafistischen Dschihadisten im Norden. Bei dieser Intervention mussten die Franzosen oft gegen Waffen kämpfen, die sie kurz zuvor erst an Saudi-Arabien geliefert hatten und die von diesen an die Rebellen in Nordmali weitergeliefert worden waren. Auch die deutschen Waffenlieferungen an Katar und Saudi-Arabien haben sich 2012 und im ersten Halbjahr dieses Jahres verdoppelt. Deutschland und der Westen liefern also beiden Hauptkontrahenten der sich abzeichnenden neuen ideologischen Front im Nahen Osten großzügig Waffen, die sich auch irgendwann in Syrien wiederfinden, weshalb dieser Bürgerkrieg trotz eines jahrelangen militärischen Patts nicht diplomatisch gelöst werden kann.

Bei Neuwahlen in Ägypten ohne Muslimbruderschaft könnten die Salafisten zur stärksten politischen Kraft aufsteigen. So könnte am Ende, nach Mursis gescheitertem Versuch, in Ägypten einen islamischen Staat zu errichten, ein islamistisches „Emirat“ Ägypten aus den Wahlurnen hervorgehen.

Bodo Bost

Antisemitismus

Von Vera Lengsfeld

In Berlin wird Antisemitismus polizeilich geschützt. Zu dieser bitteren Schlussfolgerung mussten die Gegendemonstranten kommen, die sich unlängst am Joachimsthaler Platz versammelt hatten, um gegen die „Al-Quds"-Demonstration der Hisbollah zu protestieren, die, wie schon seit Jahren, auf dem Ku'damm stattfand. Seinerzeit war dieser Marsch von Ajatollah Khomeini als weltweites Signal zur „Befreiung" Jerusalems und zur Vernichtung Israels ausgerufen worden.

In diesem Jahr folgten dem Aufruf der Hisbollah etwa 1000 sehr disziplinierte, meist junge Extremisten, streng getrennt nach Geschlechtern. Vorbei an vielen Stolpersteinen marschierte der Zug auf dem einst von Goebbels stolz als „judenrein" bezeichneten Kurfürstendamm mit Rufen wie: „Kindermörder Israel" und „Deutschland wach auf!" Weder bei diesen Rufen noch beim Anblick der Fahne des verbotenen militärischen Armes der Hisbollah wurde die Polizei tätig. Sie ließ auch zu, dass Hisbollah-Fahnenträger gezielt aus dem Demonstrationszug ausscherten und sich unter die Passanten mischten.

Wer allerdings – wie ich beobachten konnte – mit einer Israel-Fahne den Cordon sanitaire, den die Polizei um die Gegendemonstration gebildet hatte, verlassen wollte, wurde aufgefordert, die geplante „Provokation" zu unterlassen. Auch ein Hinweis auf die Extremisten, die in Sichtweite Parolen rufend und Fahne schwenkend sich in Richtung Zoo bewegten, half nicht. Antisemitische Parolen, die fatal an Nazi-Sprüche erinnern, und verbotene Fahnen sind keine „Provokation", die israelische Fahne schon.

Als wäre das nicht schon genug, sollte am 16. August in der Berliner Bildungseinrichtung Urania eine „Kulturveranstaltung", der Botschaft der Islamischen Republik Iran stattfinden. Schon aus der Einladung ging hervor, dass sich diese Veranstaltung gegen die Existenz Israels richtet, denn im Text wird von „sieben Jahrzehnten Besatzung" gesprochen. Das war den Verantwortlichen in der Urania nicht aufgefallen, oder es ließ sie kalt.

Die Urania scheint keine Berührungsängste mit Extremisten zu haben. Sie hat schon der linksextremistischen „Jungen Welt" ihre Räume zur Verfügung gestellt und sich nicht darum geschert, dass vor ihrer Tür ehemalige politische Gefangene der DDR von vermummtem Antifa-Schlägern zusammengetreten wurden.

Nun sollte der Islamist Yavzuz Özoguz, dessen Internetportal „Muslim-Markt" für die Hisbollah-Terroristen Propaganda macht, seine Agitation auf dem Urania-Podium betreiben dürfen.

Nur energische Bürgerproteste haben dies verhindert. Die Politik sollte solche antisemitischen Veranstaltungen nicht mehr zulassen.

Wettlauf um die besten Plätze

Nicht immer die feine Art: Wie sich Berliner Parteien mit Plakaten ins Straßenbild drängen



Parteien rüsten zum Endspurt: Plakatierer bei der Arbeit im Zentrum Berlins

Bild: Getty

Die heiße Wahlkampfphase hat auch die Straßen von Berlin erfasst. Schon gibt es erste Meldungen über Rangeleien, offene Hetze und Zerstörung von Plakaten, aber auch über aufmunternden Zuspruch für die Wahlkämpfer.

Seit dem 4. August dürfen die Parteien in Berlin ihre Wahlplakate aufhängen. CDU und Piraten wurden dabei beobachtet, wie sie schon in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend Plakate platziert haben. Die meisten anderen Parteien folgten in der Nacht zum Sonntag. Damit begannen auch die gegenseitigen Schuldzuweisungen. Die Grünen-Kandidatin Lisa Paus behauptet, auch die FDP habe in Berlin-Mitte in der Friedrichstraße schon am Freitag Plakate aufgehängt: „Fairer Wettbewerb ist eben Fremdwort für die FDP."

Dumm nur, dass Paus eigene Wahlkampfhelfer auf Twitter sich triumphierend darüber ausließen, dass auch sie vorfristig mit dem Plakatieren begonnen hatten. Die Piraten hinterließen im Internet sogar einen Nachweis ihres regelwidrigen Tuns. Sie haben eine Karte ins Internet gestellt, die zeigt, wo sie überall schon Plakate aufgehängt haben. Etwa zwei Stunden vor dem offiziellen Start waren dort bereits mehrere hundert Plakate eingetragen. Ein Ortsverband der CDU in Berlin-Pankow hat ganz offiziell seine Helfer am Sonnabend um 19 Uhr zur „Hängeaktion" aufgefordert. Offenbar mit Erfolg, denn die Partei gab später bekannt, dass „wir bereits Samstagnacht alle 350 Plakate im Gebiet des Ortsverbandes aufgehängt haben". Das Bestreben, zuerst zu hängen, erklärt sich aus dem Wettlauf um die besten Plätze.

Geradezu bieder ist das Auftreten der Alternative für Deutschland (AfD). Zwar wurden auch dort bereits die Teams am Sonnabend vor Mitternacht zusammengezogen, aber losziehen durften sie erst Schlag Mitternacht. Noch ein Unterschied: Die meisten anderen Parteien bedienen sich bezahlter Kolonnen, zumindest zur späteren Ergänzung ihrer Plakate mit aktuellen Hinweisen. Bei der AfD sind es ausschließlich Mitglieder, die diese zeitraubende Arbeit erledigen. Doch scheint deren Einsatzwille auch stärker zu sein als bei anderen Parteien. Bei den Liberalen versendet Heidi Nossack, eine Mitarbeiterin der Landesgeschäftsstelle, derweil Hilferufe an die Mitglieder, sich wenigstens an Straßenaktionen, dem Sommerfest oder anderen Wahlkampfveranstaltungen zu beteiligen.

> AfD besonders oft Opfer von feindlichen Attacken

Ein AfD-Team berichtet, man sei in den frühen Morgenstunden des Sonntag auf zwei Leute gestoßen, die FDP-Plakate in Zehlendorf aufhängten. Man habe sich zwar begrüßt, die weitere Unterhaltung habe sich aber etwas schwierig gestaltet, weil die FDP-Plakatierer einige Probleme mit der deutschen Sprache gehabt hätten. Doch eines stellten die Liberalen trotz gebrochenem Deutsch klar: Geld bekämen sie keines, sie seien Mitglieder, allerdings nicht in Zehlendorf, sondern in Tempelhof. Böse Zungen behaupten, dass der FDP-Bundestagsabgeordnete Holger Krestel 30 bis 40 angebliche Russlanddeutsche für die Liberalen geworben habe, um sich parteiinterne Mehrheiten zu sichern.

Anfeindungen durch politisch Andersdenkende musste in diesem Wahlkampf bisher nur die AfD ertragen. Der Kreuzberger Direktkandidat Andreas Dahl wurde tätlich angegriffen (die *PAZ* berichtete). In Pankow überraschte ein AfD-Team nach eigenen Angaben Aktivisten der Linkspartei auf frischer Tat bei der Zerstörung von AfD-Plakaten. In diesem Bezirk fielen rund 70 Plakate der Verwüstung zum Opfer. In Hellersdorf und Berlin-Mitte wurden die Windschutzscheiben von Fahrzeugen mit AfD-Aufklebern eingeschlagen. Polizeischutz für die neue Partei gab es bisher nicht – für die Grünen schon. Grund: Im Bezirk Neukölln will ein grüner Wahlhelfer einen Neonazi gesehen haben, worauf sogleich Streifenwagen ausrückten.

In Niedersachsen ist die Hetzjagd schon einen Schritt weiter. Ungeniert ruft die „Grüne Jugend" zur Wahlkampfsabotage gegen die AfD auf: „Wir wollen nicht, dass solche und andere rechte Parteien ihr nationalistisches, rassistisches, antisemitisches und islamfeindliches Gedankengut verbreiten können, auch nicht im Wahlkampf." Die AfD sei „durchsetzt von einigen bekannten Neonazis". „Zusammen können wir dieses Gedankengut aus dem Alltag und dem Wahlkampf halten und rechten Populisten mehr als diesen versauen!" In Berlin tut sich Piraten-Fraktionschef Oliver Höfinghoff mit indirekten Aufforderungen zur Plakatzerstörung hervor. So schrieb er am 5. August über den Kurzmitteilungsdienst Twitter: „Huch, hier hängen ja AfD-Plakate an der Bornholmer Brücke." Einen Tag später war auf seinem Twitter-Konto zu lesen: „Huch, Auflösungserscheinungen bei den AfD-Plakaten? Hier war doch gestern noch alles voll."

In Berlin schätzt der Landeschef der „Alternative", Günter Brinker, dass etwa 15 Prozent der Plakate „verschwunden" seien. Selbst im bürgerlich geprägten Berlin-Zehlendorf sind in besonders stark frequentierten Hauptstraßen Plakate der Euro-Kritiker zerstört worden. Hans-Joachim Berg, der örtliche Spitzenkandidat, nimmt das sportlich: „Entweder haben unsere Plakate bereits Sammlerstatus oder die Konkurrenz fürchtet unsere Aussagen."

Gleichwohl berichten Wahlkämpfer auch von positiven Erlebnissen. Aus links geprägten Wohnquartieren erzählen Grünen-Kolonnen: „Ab und an bekommen wir auch Tee und Cola angeboten." In Zehlendorf wiederum haben Nachtschwärmer die AfD-Teams bejubelt.

Theo Maass

ICC droht langsamer Verfall

Asbestverseucht und als Kongresszentrum nicht mehr benötigt

Die Macht des Faktischen dürfte im Fall des sanierungsreifen Berliner Internationalen Congress Centrums (ICC) bald eine Entscheidung erzwingen. Im März 2014 ist für das ICC zunächst einmal Schluss, es wird vorerst stillgelegt. Die technischen Anlagen sind altersbedingt so weit verschlissen, dass ab Januar jede Veranstaltung vom TÜV einzeln genehmigt werden muss.

Ein zweiter Faktor ist für das vorläufige Aus aber fast noch entscheidender: Auch bei der Asbestsanierung des Gebäudes ist bisher nichts geschehen. Die amtlichen Richtlinien schreiben vor, dass drei Jahre nach erfolgter Dokumentation die Sanierung zu beginnen hat, andernfalls sei „die Nutzung des Gebäudes einzustellen". Genau dieser Fall rückt beim ICC nun immer näher. Auch wenn die Schließung ab März 2014 mit dem Etikett „vorläufig" versehen ist, es könnte der erste Schritt hin zum endgültigen Aus sein.

Der unweit gelegene Neubau „City Cube" ist laut der Berliner Messegesellschaft ein vollwertiger Ersatz fürs ICC. Bei geschätzten Sanierungskosten von 330 Millionen Euro hat das ICC als Kongresszentrum keine Zukunft. Auf wenig Gegenliebe bei der SPD stößt auch der Vorschlag des CDU-Haushaltspolitikers Christian Goiny: die Nachnutzung des ICC als Zentral- und Landesbibliothek. Da die SPD immer noch auf einen Bibliotheksneubau – geschätzte Kosten 270 Millionen Euro – setzt, dürfte es für das ICC damit auf einen schleichenden Verfall hinauslaufen.

> Senat schiebt Sanierungsaufgaben vor sich her

Um die Sanierungskosten gedrückt hat sich der Senat bisher auch beim ehemaligen Flughafen Tempelhof. Nachdem jahrelang nur Flickschusterei betrieben wurde, werden die Sanierungskosten für das denkmalgeschützte Flughafengebäude inzwischen auf 500 Millionen Euro geschätzt.

Und die finanziellen Rahmenbedingungen für beide Sanierungsfälle dürften sich noch weiter verschlechtern. Zwar schwebt Berlin wegen guter Haushaltsdaten momentan im Glücksrausch, doch drohen ständig neue Hiobsbotschaften vom Großflughafen BER. Wie der „Focus" berichtet, werden im BER-Aufsichtsrat neue Mehrkosten im dreistelligen Millionenbereich befürchtet. Wegen des Schallschutzes, nicht näher benannter Baurisiken und des längeren Betriebs von Berlin-Tegel könnten die Gesamtkosten von 4,3 Milliarden auf 4,7 Milliarden Euro steigen. Noch im Jahr 2004 waren die Kosten für BER mit 1,7 Milliarden Euro veranschlagt worden.

N.H.

»Zu viele Nazis«

Keine Asylbewerber nach Schöneweide

Der Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Oliver Igel (SPD), hat ein Problem. Sein Berliner Bezirk soll weitere Wirtschaftsflüchtlinge einquartieren. Der Senat – insbesondere der umstrittene Sozialsenator Mario Czaja (CDU) – verlangt von den Bezirken ultimativ die Bereitstellung von Unterkünften. Der Widerstand der Bürger aber wächst. Deshalb versuchen die Bezirke nun offenbar, sich mit allerlei Tricks den Anforderungen des Senats zu entziehen.

So auch Sozialdemokrat Igel: Nachdem der Senat ein Gebäude im Treptow-Köpenicker Stadtteil Oberschöneweide als neue Asylbewerberunterkunft anpeilte, fiel dem Bezirksbürgermeister plötzlich ein, dass man den Neuankömmlingen ein Wohnen in der „Neonazihochburg Schöneweide" nicht zumuten könne. „Für die Flüchtlinge wäre das der blanke Horror", ließ sich Igel vernehmen: „Schöneweide ist durch rechtsextreme Kreise belastet." Selten, dass ein Bezirksbürgermeister die Bürger eines ganzen Stadtteils derart pauschal anschwärzt. Nun sucht Igel angeblich anderswo im Bezirk nach einer Bleibe.

> Bürgermeister hetzt gegen eigene Bürger

1000 zusätzliche Plätze für neue Asylbewerber mussten in Berlin allein 2012 gestellt werden. In diesem Jahr kommen noch einmal so viele hinzu, schätzt die Asyl-Lobby. Elke Breitenbach, aus Frankfurt stammende Abgeordnete der Linken, wird grundsätzlich: „Von Sozialsenator Mario Czaja sind Notunterkünfte mit weniger Standards gewollt statt normal ausgestattete Asylunterkünfte." Nun denkt der Bezirk an ein früheres Polizeigebäude in Grünau als Asylbewerberheim.

Theo Maass

Asylbewerber gegen Polizei

Die Asylbewerber vom Berliner Oranienplatz haben gegen „Polizeirassismus" demonstriert. „Es gibt hier kein Sicherheitsproblem", rief ein Demonstrant ins Mikrofon, „es gibt ein Problem mit der Polizei!" Knapp 100 Asylbewerber und deutsche Unterstützer waren gekommen, um gegen das Auftreten der Polizei am Görlitzer Park zu demonstrieren, der in letzter Zeit zu einem der wichtigsten Drogenumschlagplätze der Stadt geworden war. Der Bezirk hat statt Polizeipräsenz einen Laden vorgeschlagen, in dem legal Drogen erworben werden könnten. Proteste gegen die Zustände äußern vor allem dort ansässige Türken, auf die sich nun die Wut der Asylbewerber und der Linken richtet. Aktivisten haben Brandanschläge auf vier Autos verübt, die sie dem „rassistischen Bürgermob" zurechnen. Ein Mann, der während der Kundgebung erklärte, er wolle mehr Polizei, „damit wir hier ruhig leben können", wurde von der „Antifa" mit „Nazi"-Rufen niedergeschrien.

H.L.

Glaubenskrieg ums Rauchen

Was vor einigen Jahrzehnten noch im Trend lag, ist jetzt verpönt

Das Urteil des Amtsgerichts Düsseldorf gegen den Rentner Friedhelm Adolfs, starkes Rauchen in der Wohnung sei ein berechtigter Kündigungsgrund, hat die Debatte um das Rauchverbot erneut beflügelt. Hier tun sich allerdings große Diskrepanzen schon beim Streit um die Kosten der Sucht auf. Und nirgends wird so vehement Politik mit Statistiken betrieben wie bei der Frage, welche volkswirtschaftlichen Kosten durch das Rauchen entstehen.

Niederländische Wissenschaftler sind im Auftrag des Instituts für öffentliche Gesundheit zu der Erkenntnis gelangt, dass die längere Lebenserwartung der Gesunden und Schlanken den Staat letztlich teurer kämen. So sei etwa die Zahl der Krebserkrankung bei beiden Gruppen gleich hoch, die Gesunden hätten mehr Schlaganfälle. Während Raucher in Holland etwa 220000 Euro Behandlungskosten verursachten, sei dieser Betrag bei Nichtrauchern mit 281000 Euro anzusiedeln.

Die niederländische Studie beschäftigt sich aber nur mit den Kosten für das Gesundheitswesen. Gesamtwirtschaftlich summieren sich dazu aber Ersparnisse für die Rentenkassen durch früheren Tod der Raucher auf, kommen steuerliche Einbußen, Verluste für Produzenten und Verkäufer, langwierige Behandlungskosten für lang lebende Nichtraucher und vieles andere hinzu. Zudem sei es sinnvoller, gegen die Fettleibigkeit vorzugehen, bei der übrigens Deutschland in Europa einsam an der Spitze liegt.

Studien kommen zu gegensätzlichen Erkenntnissen

Während die Niederländer also behaupten, dass schlanke, gesunde Menschen für das Gesundheitssystem teurer als Raucher und Übergewichtige seien, summieren die Gegner des blauen Dunstes astronomische Kosten für den Schaden durch den Konsum von Tabak auf. In Deutschland allein sollen etwa 19 Milliarden Euro jährliche Kosten entstehen, weltweit bis zu 500 Milliarden. Nirgends aber wird so richtig ersichtlich, wie seriös diese Zahlen tatsächlich sind.

Die Volkswirtin Ulrike Günzel von der Universität Hamburg beispielsweise errechnete, dass der wahre Preis einer Schachtel Zigaretten ungefähr bei 40 Euro liegen müsse, solle den Kosten Rechnung getragen werden, die der Konsum verursacht. Wissenschaftler der Universität Cartagena errechneten sogar einen fiktiven Preis pro Schachtel von 107 Euro.

Die Hamburgerin zählt zu den Kosten unter anderem die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Direkte Kosten wie durch Rauchen verursachte Schäden im Verkehr, Müllbeseitigung und durch Raucher verschuldete Brände kämen hinzu. Selbst das vorzeitige Sterben und die Entlastung der Altersversicherungen sowie die Zahlungsverläufe aller Sozialversicherungen (Krankengeld, Frühberentungen, Hinterbliebenenversicherung, Erwerbsminderungsrenten und krankheitsbedingte niedrigere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen) einberechnet, bleibe im Gegensatz zur niederländischen Studie ein Defizit zulasten des Rauchens, zumal wenn betriebliche Kosten wie Schäden bei Passivrauchern, Kosten durch Vertretungen, häufige Krankheitsfälle, Raucherpausen, Einarbeitung neuer Mitarbeiter und ähnliche Belastungen mit eingerechnet werden. Wer lügt sich nun wo in die Tasche?

Fakt ist, dass in Deutschland täglich 400 Millionen Zigaretten geraucht werden, vier Millionen Zigarren und Zigarillos, 40 Tonnen Feinschnitt und vier Tonnen Pfeifentabak. Im Schnitt wird pro Raucher 30 Jahre lang geraucht. Am Ende muss jeder selbst entscheiden, ob er zum Glimmstängel greift oder nicht.

Joachim Feyerabend



Der Marlboro-Mann: Lange Zeit stand Rauchen für Freiheit, heute wird es mit Krebs assoziiert

Bild: Marlboro

Zeitzeugen



Helmut Schmidt – Der Altkanzler, der Ende Dezember 95 Jahre alt wird, gilt als Vorzeigeraucher für alle Anhänger des blauen Dunstes. Als Kettenraucher widersetzt er sich vehement dem Rauchverbot bei allen Gelegenheiten. Aus Angst vor dem Verbot von Mentholzigaretten hortete er sie gleich stangenweise. Schmidt, heute Herausgeber der „Zeit“, regierte als Kanzler die Bundesrepublik von 1974 bis 1982.

Ludwig Erhard – Als Lokomotive des deutschen Wirtschaftswunders ging der langjährige Wirtschaftsminister (1949–1963) und zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik (1963–1966) mit der qualmenden Zigarre in die Geschichte ein. Der 1897 in Fürth geborene Politiker verstarb 1977 im Alter von 80 Jahren.



Prinz Louis Ferdinand von Preußen – Der 1994 verstorbene, 1907 geborene Chef des Hauses Preußen bemühte sich um gute Kontakte zur Industrie, wie etwa zum Autobauer Borgward und zum Tabakkonzern Brinkmann in Bremen. Aus diesem Grund belebte er in den 60er Jahren das legendäre Tabakkollegium seines berühmten Vorgängers Friedrich Wilhelm I., dem Soldatenkönig, neu. Die Sitzungen wurden auf der Burg Hohenzollern abgehalten und versammelten Spitzen aus Politik und Wirtschaft im Rauch der holländischen Tonpfeifen.

Ernst-Günther Krause – Der überzeugte Nichtraucher aus Bayern löste als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Nichtraucherinitiative Deutschland mit Sitz in Unterschleißheim einen Proteststurm aus, als er ein Rauchverbot auch für Biergärten oder eine Trennung der Nichtraucher von den Rauchern durch zwei Meter hohe Glaswände forderte. Der über 60-jährige Tabakgegner macht mit immer neuen Petitionen von sich reden.



Bill Gates – Der 57-jährige Gründer des Computersoftware-Riesen Microsoft und reichste Mann der Welt ist ein engagierter Kämpfer für ein Rauchverbot. Zusammen mit dem Milliardär Michael Bloomberg will er mit 320 Millionen Euro eine Anti-Raucher-Kampagne der Weltgesundheitsorganisation WHO befeuern. Die Kampagne zielt vor allem auf Länder wie China, Indonesien, Bangladesch, Indien und Russland, in denen am meisten geraucht wird.

Horror auf der Schachtel

Weltweit läuft der Versuch, über Horrorbilder auf Zigarettenschachteln den Tabakkonsum einzudämmen. Führend ist hier Australien: Alle Schachteln olivgrün, der Markenname winzig klein, riesig groß dagegen Abbildungen auf 75 Prozent der Packungen. Sie zeigen Lungenkrebs, Mundkrebs, Bilder von kaputten Füßen und Mündern, blinden Augen oder kranken Kindern. Nach Angaben der Regierung in Canberra sterben auf dem fünften Kontinent jährlich 15000 Menschen an den Folgen ihrer Sucht. Weltweit sollen es pro Jahr sechs Millionen sein, was die Weltwirtschaft rund 350 Milliarden Austral-Dollar koste. Und schon wird darauf verwiesen, dass in China mit seiner Milliardenbevölkerung 60 Prozent der Männer dem blauen Dunst anhängen, also etwa 311 Millionen Männer und damit mehr, als die USA Einwohner haben. Anders ausgedrückt: Im Reich der Mitte werden in jeder Sekunde 50000 Zigaretten angezündet. Eine Anti-Raucherkampagne wird es gerade dort aber schwer haben, da das Verschenken und Anbieten einen gesellschaftlichen Status einnimmt. Lediglich zu mäßigem Konsum rät die Regierung.

Kampagnen sollen abschrecken

Ähnliche Horrorbilder werden in der EU durch Diktat der Brüsseler Behörden mit Umsetzung in nationales Recht bis 2014, aber auch in Norwegen, Brasilien, Thailand, Venezuela, Neuseeland, Kanada und Indien angestrebt. Verbindliche Warnhinweise für Zigarettenpackungen wurden auch von der US-amerikanischen Food and Drug Administration erlassen. Das Raucher-Image ist im steilen Sturzflug, dennoch – so die WHO – qualmen 21 Prozent der US-Amerikaner munter weiter. Derweil warnen Branchenlobbyisten vor Betriebsschließungen, sinkenden Steuereinnahmen und zunehmendem Schmuggel auch gefälschter Waren etwa aus Polen nach Deutschland. *J.F.*

Todesstoß für den Cowboy

Rauchen war lange Bestandteil nicht nur der westlichen Kultur

Der einflussreichste Mann, der nie gelebt hat, wurde vor 40 Jahren zum Symbol für Männlichkeit und zum prägenden Symbol der US-amerikanischen Kultur: der rauchende Cowboy, die berühmte Reklamefigur für den Duft der großen weiten Welt, der Marlboro-Mann. Heute ist er eher Sinnbild einer Sucht, die es – so die Politik – der Gesundheit zu Liebe und zur Kostendämmung für die Krankenkassen zu bekämpfen gilt. Ein jahrhundertealter Bestandteil der Kultur gerät so ins Wanken.

Die Tabakkultur blickt immerhin auf eine etwa 3000 Jahre alte Vergangenheit zurück. Indianische Zivilisationen fingen damals an, zusammengerollte Tabakblätter zu rauchen. Der Tabak war vor allem eine Heilpflanze, aber auch heiliges Kraut, das von Priestern und Schamanen genutzt wurde, um mit den Göttern in Kontakt zu treten und um Schmerzen zu lindern. Die Friedenspfeife der Indianer lebte später im Brauch fort, jemandem eine Zigarette anzubieten.

Preußens Regent, Friedrich Wilhelm I., begründete um 1710 mit seinem Tabakskollegium die Institution des deutschen Stammtisches, um dem steigenden Kaffeekonsum seiner Landsleute zugunsten des Bieres etwas entgegenzusetzen. Und ob Marlene Dietrich oder der rauchende Humphrey Bogart im Spionageklassiker „Casablanca“, der blaue Dunst schlierte nur so über die Leinwand und erzeugte eine besondere Atmosphäre. Der Schmalzler, die Prise Schnupftabak, gehörte in jede bayerische Beiz, der Kautabak war Beruhigungsmittel der Seeleute. „Haben Sie mal Feuer“, war oft der Beginn einer freundschaftlichen Unterhaltung.

Kippensammler waren 1945 Alltag

Und so wurde die Schamanenpflanze Tabak der überseeischen Welt seit ihrer Entdeckung zum unverzichtbaren Bestandteil europäischer Kultur: Raucherzimmer, spezielle Tischchen, Pfeifenständer und lederne Tabaksbeutel, Korkmundstücke bei Zigaretten, die Straight Grain als edelste Pfeife und die berühmte handgerollte Havanna avancierten zu Statussymbolen, die Marke „Lucky-Strike“ nach dem Krieg sogar zur heimlichen Währung in einem kriegszerstörten Land, in dem der Kippensammler auf den Straßen neben der Trümmerfrau das wahre Elend der Bevölkerung symbolisierte. Im Wirtschaftswunderland lockte dann der prächtig ausgestattete Tabakladen landauf, landab mit seinem Duft, und die rauchgeschwängerte Kneipe galt nach der Arbeit als gemütlicher Treffpunkt.

So mancher Freund des blauen Dunstes trauert dieser Zeit nach, die nach dem Willen der Dunstgegner bald dauerhaft der Vergangenheit angehören soll. Heute schon werden Raucher auf den internationalen Flughäfen wie Strafgefangene in besonderen Nischen von der Allgemeinheit ausgesperrt.

Das Ganze hat sich mittlerweile zu einer Art Glaubenskrieg entwickelt: Den Tabakgegnern steht das Netzwerk Rauchen mit seiner „Trifelser Erklärung“ gegenüber, die die Freiheit des Menschen lobt, der raucht, trinkt oder isst, wie es ihm Spaß macht, und der eigenständige Lebensentscheidungen der persönlichen Lebensführung ohne Restriktionen und staatliche Beeinflussung mit Toleranz in einer ohnehin überregulierten Welt treffen will. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@ preussische-allgemeine.de
anzeigen@ preussische-allgemeine.de
vertrieb@ preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3303**

Raus aus der Schuldenfalle

Einige Bundesländer favorisieren Länderfusionen – Einsparpotenzial ist jedoch äußerst gering

Gleich in mehrfacher Hinsicht hält der jüngste Vergleich der Länderfinanzen Überraschungen bereit. Zwar scheint sich die finanzielle Lage der Bundesländer leicht gebessert zu haben, tatsächlich haben aber nur sieben Länder im ersten Halbjahr 2013 einen Überschuss erwirtschaftet. Mit Blick auf das 2020 kommenden Neuverschuldungsverbot für die Bundesländer ist das eine verheerende Botschaft.

An der Spitze der Tabelle stehen die üblichen Musterknaben Bayern (1,82 Milliarden Euro Überschuss) und Sachsen (947 Millionen), überraschend auch das sonst notorisch klamme Berlin mit einem Plus von 730 Millionen. Als Alarmsignal kann gelten, dass mit Baden-Württemberg und Hessen gleich zwei der drei Geberländer des Länderfinanzausgleichs nun Defizite ausweisen. Vor allem der Absturz von Baden-Württemberg kann als regelrechtes Fiasko bezeichnet werden: Im Haushalt des einstigen „Musterländles“ fehlten im ersten Halbjahr bereits über eine Milliarde Euro. Gleich nach Nordrhein-Westfalen „erwirtschaftete“ Baden-Württemberg damit das zweithöchste Haushaltsdefizit aller Bundesländer. Zwei Jahre nach der Regierungsübernahme in Stuttgart gleicht der Absturz des Musterschülers Baden-Württemberg einem rot-grünen Offenbarungseid, der bundesweit Folgen haben wird. Sollte auch Hessen weiterhin schwächeln, ist kaum vorstellbar, dass Bayern langfristig die Lasten des Länderfinanzausgleichs weiterhin allein schultert. Nicht nur, dass der Abstand zu Bayern immer mehr wächst, die rot-grüne Koalition in Stuttgart scheint bisher auch nicht wirklich eine Idee zu haben, wo sie mit dem Sparen beginnen könnte.

Trotz des guten Abschneidens könnte auch für Berlin der Ländervergleich der Auftakt für künftig wieder miserable Haushaltszahlen sein. Obwohl der Schuldenhauptstadt vor allem die gestiegenen Steuereinnahmen geholfen haben, hat unter Berlins Politikern bereits die Diskussion darüber begonnen, was man sich nun alles wieder leisten kann. Tatsächlich können die Steuereinnahmen aber so abrupt einbrechen, wie sie angestiegen sind. Zudem ist Berlin mit seinem auf fast 63 Milliarden Euro angewachsenen Schuldenberg momentan nur etwas weniger verschuldet als sonst. Ohne Länderfinanzausgleich und Solidarpakt Ost, dafür aber dann mit einem Neuverschuldungsverbot droht Berlin finanziell ab 2020 die Luft auszugehen. Schnell auf der politischen Agenda könnte dann wieder eine Länderfusion zwischen Berlin und Brandenburg stehen. Auch das chronisch überschuldete Saarland könnte gedrängt werden, seine Selbstständigkeit aufzugeben und mit Rheinland-Pfalz zu fusionieren. Als Bundesland bedroht ist ebenso Bremen, dem die Zusammenlegung mit Niedersachsen droht.

Tatsächlich ist bei dem vermeintlichen Wundermittel Länderfusionen Skepsis angebracht. Die bloße Zusammenlegung von Ländern könnte sich leicht als nutzlose Symbolpolitik herausstellen. Der Wirtschaftsforscher Thomas Straubhaar hält etwa die Einspareffekte durch Fusionen für verschwindend gering. Durch Wegfall einiger Ministerpräsidenten und überzähliger Verwaltungen könnten gerade etwas mehr als ein Promille der Länderausgaben und weniger als ein Promille aller öffentlichen Ausgaben eingespart werden, so Straubhaar in der „Welt“. Tatsächlich ist sogar zu befürchten, dass zunächst einmal gewaltige Mehrkosten entstehen könnten. Der Hintergrund: Für die Länderfusionen ist per Grundgesetz die Zustimmung der betroffenen Bevölkerung notwendig. Was sich damit anbahnen könnte, macht der 1996 gescheiterte Fusionsversuch von Berlin und Brandenburg deutlich. Während die Berliner zustimmten, lehnten die Brandenburger wegen des Schuldenbergs, den Berlin schon damals mit in die Länderehe gebracht hätte, ab. Auch in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen wird sich die Bereitschaft in Grenzen halten, wenn es darum geht, die Schulden des Saarlandes oder Bremens zu übernehmen. Ein möglicher Ausweg, um die Länderehen trotzdem über die Abstimmungshürde zu hieven, wäre, dass der Bund die Altschulden der Problemländer übernimmt. Mit den in Aussicht gestellten Einspareffekten hätte eine solche Mitgift aber nicht viel zu tun.

Einen Hinweis, wie stattdessen eine vernünftige Lösung für den deutschen Föderalismus aussehen könnte, hat Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) gegeben. Er will Änderungen innerhalb des bestehenden Ländersystems. Gestärkt werden sollen nach Ansicht Zeils die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Bundesländer. „Primär brauchen wir eine umfassende Reform des Länderfinanzausgleichs. Das heißt: weg vom Sozialismus auf Länderebene, hin zu mehr Leistungsgerechtigkeit und besseren Anreizen.“ Wie so etwas funktionieren könnte, wird mit Blick auf die Schweiz deutlich, wo die Kantone neben dem Bund eigene Steuerkompetenzen haben, die Kantone sogar untereinander im Steuerwettbewerb stehen.

Norman Hanert



Sackgasse Länderfusion: Schon 1996 hatten die Brandenburger keine Lust, Berlins Schulden mit zu tragen Bild: pa

MELDUNGEN

Akademiker bleiben aus

Berlin – Fast 10000 Fachkräfte aus Nicht-EU-Ländern haben im letzten Jahr die neue „Blue Card“ beantragt. Die laut Regierung vereinfachte Möglichkeit zur Einwanderung von akademischen Arbeitskräften ist aus Sicht von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) erfolgreich. „Ich will, dass Deutschland zum Magneten für hochqualifizierte Arbeitskräfte aus der ganzen Welt wird“, kündigte sie an und ignorierte den Hinweis ihrer Kritiker, dass letztendlich nur 2536 Ausländer wirklich neu nach Deutschland gekommen seien. Die anderen Antragssteller lebten bereits in Deutschland und änderten nur ihren Aufenthaltsstatus. Von einer Sogwirkung der neuen „Blue Card“, lästerten manche Medien, könne also nicht die Rede sein. *Bel*

»Landser« auf der Abschussliste

Berlin – Das in den USA angesiedelte Simon Wiesenthal Center hat die Bundesministerien des Inneren und der Justiz aufgefordert, gegen den Bauer Verlag vorzugehen. Dieser betreibe mit seinen Romanheften der Reihe „Der Landser“ Weltkriegspropaganda. Auch der Internet-Versandhandel Amazon wurde aufgefordert, die Hefte nicht mehr zu versenden. Der Bauer Verlag will nun die Hefte von neutralen Fachleuten prüfen lassen. Er erhält zusätzlich Druck über die britische Rundfunkregulierungsbehörde Ofcom. Diese wurde bereits schriftlich dazu aufgefordert, dem Bauer Verlag den geplanten Kauf des britischen Radiosenders „Absolute Radio“ zu untersagen, da ein Verlag, der eine derartige Publikation herausbringe, nicht anständig sei. Auch wurde von deutscher Seite „Der Landser“ bereits der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien vorgelegt. *Bel*

Viel Geld für den Mangel

Sozialwohnungen: Länder geben Millionen vom Bund anders aus

Nur Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben ihren Teil der jährlich vom Bund an alle Länder insgesamt überwiesenen 518 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau auch dafür eingesetzt, so ein Fazit des Bundesbauministers Peter Ramsauer (CSU). Die Bilanz ist ein Skandal, denn laut Ramsauer fehlen in Deutschland 250000 Wohnungen. Bezahlbarer Wohnraum wird so vielerorts knapp.

Verglichen mit 2002 hat Deutschland fast ein Drittel weniger Sozialwohnungen. Die eigentlich zuständigen Länder sparen sich oft die Sozialförderung. Das Geld bleibt zwar im Wohnungsbereich, doch investieren sie zu wenig in den vorgegebenen Neubau. Dabei spielt die jeweilige Regierungskoalition keine Rolle. Baden-Württemberg hat 436000 Sozialwohnungen zu wenig, ergab schon im Herbst eine Studie des Pestel-Instituts Hannover, das die grün-rote Landesregierung zum Handeln aufforderte. Der Mieterbund des Landes kritisierte jüngst, dass es die von den Grünen angekündigte sozial ausgerichtete Wohnraumförderung noch nicht gebe. Das Ländle sei sogar bundesweit Schlusslicht bei der Sozialwohnraumförderung, so der Verband. In Berlin entstand 2009, 2010 und 2011 kaum eine Sozialwohnung. Die Fehlverwendung der jährlich vom Bund zweckgebundenen empfangenen 32,5 Millionen Euro fällt in die rot-rote Regierungszeit.

Ramsauer lobte jetzt Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Bayern für zweckgemäßen Einsatz ihres Geldes. „Es gibt aber auch solche Länder, die es hier an Konsequenz

> Ramsauer prüft nicht, er akzeptiert den Missbrauch einfach

ermangeln lassen, die mit diesem Geld sehr stark an die Grenzen der Möglichkeiten gehen.“ Der Minister will „niemanden an den Pranger stellen“ und äußerte für Berlin Verständnis. Früher habe es Leerstand gegeben, das Land habe in jener Zeit „Altlasten abfinanziert“. Ramsauers Verweis auf die „Altlasten“ ist aber nichts anderes als das Geständnis, dass er von der Fehlverwendung des Geldes zum Stopfen von Haushaltslöchern wusste. Das und sein geringer Handlungsspielraum gegen den Missbrauch erklären seine Zurückhaltung. „Der Bund bezahlt nur“, zitiert ihn „Tagesschau online“.

Dass sozialer Wohnungsbau seit der Föderalismusreform 2006 Ländersache ist, befreit den Bund aber nicht von der Pflicht zu prüfen, wie die Mittel eingesetzt wurden. Zumal vor wenigen Wochen eine Verlängerung der Zahlungen beschlossen wurde, ohne dass der Bund auf Besserung drang. Letzte Schranken gegen zielwidrige Geldverschiebungen durch die Länder wurden für die Zeit bis 2019 sogar weiter beseitigt – unter Beteiligung des Bundes. Berlins Senator für Stadtentwicklung, Michael Müller (SPD), sagt: „Wir haben die Mittel ja wirklich immer eingesetzt für Wohnungsbau, für früheren Wohnungsbau“ und bestätigt damit die Rückzahlung alter Schulden, die Wohnungssuchenden nicht hilft.

Die Länder betreiben kaum antizyklisch Vorsorge für absehbare Engpässe am Markt, der Bund kauft sich aus der Verantwortung frei. Bürger und Unternehmer, die staatliches Geld unsachgemäß verwendet haben, erwartet in der Regel ein Gerichtsverfahren mit Rückforderung – Ramsauer nur die Zeit nach der Wahl. Dann will er gegensteuern. Eine Verteilungsdebatte zwischen Bund und Ländern ist das Letzte, was sich die Parteien im Bundestagswahlkampf wünschen. *SV*

Angst vor Rassismusvorwurf

Nicht nur Polizei fürchtet Nennung ethnischer Herkunft von Tätern

Der Vorgang sorgte über die Grenzen Berlins hinaus für Schlagzeilen: Türkische und arabische Jugendliche lösten durch Pöbeleien im Berliner Freibad Pankow einen Polizeigroßeinsatz aus. Nachdem Bademeister und hauseigener Wachdienst gescheitert waren, mussten am Ende 60 Polizeibeamte anrücken, um die renitenten Halbstarken in Schach zu halten. Die daraufhin kurzfristig von den Bäderbetrieben gefundene Notlösung entpuppte sich genauso wie der Polizeieinsatz als ein hilfloser Versuch, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, nur um sich nicht den Vorwurf des Rassismus einzuhandeln: Vorübergehend wurde in dem Freibad nur noch Familien der Eintritt gewährt.

Ebenso geschickt wie feige wurde damit um den wahren Kern des Problems ein weiter Bogen gemacht. Als es darum ging, die eigentliche Problemgruppe zu definieren, wurde gekniffen. Per weitgefasster Zugangsbeschränkung wurde stattdessen quasi eine Kollektivstrafe verhängt. Unter den Ausgesperrten: türkische und arabische Mädchen, Kinder, Jugendliche und Alleinstehende diverser Nationalitäten. Allesamt sind Personengruppen, die keinerlei Probleme verursacht hatten. Mit zu der Entscheidung beigetragen haben könnten Medienberichte, in denen Türstehern von Berliner Diskotheken Rassismus angehängt werden sollte, da sie bestimmte Jugendgruppen aus gemachten Erfahrungen lieber nicht in ihren Läden haben wollten.

Das Beispiel des Berliner Freibads treibt auf die Spitze, was immer öfter insgesamt zum Problem

> Berliner Freibad bestrafte kollektiv gleich alle Jugendlichen

in der Polizeiarbeit in Deutschland wird. Wenn bei der Kriminalitätsprävention und -Bekämpfung Kriterien wie die ethnische oder kulturelle Herkunft eine Rolle spielt, steht immer öfter der pauschale Vorwurf der rassistischen Diskriminierung im Raum. Das Heranziehen solcher Kriterien, das sogenannte „ethnic profiling“, hat insbesondere nach einem spektakulären Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz 2012 eine schweren Stand. Dass Polizeibeamte einen Bürger nur aufgrund seiner Hautfarbe überprüfen wollten, sei eine verbotene Diskriminierung, so das Urteil.

Auf den ersten Blick mag die Kritik der Richter recht und billig erscheinen, bei näherem Hinsehen entpuppt sich das Urteil als eines, das sich nicht besonders um die Lebenswirklichkeit schert. Tatsächlich ist die Polizeiarbeit anhand empirischer Erfahrungen nämlich kein Einzelfall, von dem diskriminierend einige Randgruppen betroffen sind, sondern es handelt sich um bewährte Routine, die meist klaglos auch von der Durchschnittsbevölkerung erfahren und akzeptiert wird. Deutsche Jugendliche, die sich per Auto oder Bahn auf Rückreise aus Holland befinden, ziehen regelmäßig mehr die Aufmerksamkeit von Drogenfahndern auf sich als kinderreiche Familien oder Rentner. Fahrer gehobener Fahrzeugklassen sind wiederum an der deutsch-schweizerischen Grenze für den Zoll die weitaus interessanteste Klientel, wenn nach Schwarzgeld gefahndet wird.

Vollends ins Absurde gehen inzwischen vorgebrachte Forderungen, Gesichtspunkte wie die ethnische oder kulturelle Herkunft unter den konkreten Bedingungen des Schengen-Raums nicht einmal bei Einreisekontrollen an Deutschlands Grenzen eine Rolle spielen zu lassen. *N.H.*

MELDUNGEN

Zu lange und viel teurer

Luxemburg – Nur sieben von 24 Straßenprojekten blieben im ursprünglich vereinbarten Kostenrahmen. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Europäischen Rechnungshofs, der 24 von der EU geförderte Straßenbauprojekte auf ihre Kosten und die Einhaltung des Zeitplanes hin überprüft hat. Die untersuchten Projekte liegen in Polen, Griechenland, Spanien und Deutschland. Diese vier Länder erhalten zusammen mehr als die Hälfte der EU-Gelder im Bereich Straßenbau. Während polnische Projekte nur knapp über dem Preis lagen, waren griechische bis zu 36 Prozent teurer. In allen vier Ländern wurden Straßen wegen Bauverzögerungen später als geplant für den Verkehr freigegeben. *Bel*

Lager für illegale Immigranten

Moskau – Nach einer Schlägerei auf dem Matwejeskij Markt in Moskau, bei der ein Dagestaner einen Polizisten verletzte, hat eine Jagd auf illegal in Russland lebende Immigranten begonnen, um die „ethnische Kriminalität", wie es offiziell heißt, zu bekämpfen. Im Stadtbezirk Goljanowo wurde nun ein Zeltlager eingerichtet, in dem 584 Menschen, überwiegend Vietnamesen, die in einer Nähfabrik beschäftigt waren, festgehalten werden. Der Föderale Migrationsdienst plant, in 81 Regionen 83 Lager für illegale Immigranten zu errichten. Während die Mehrheit der Bevölkerung diese Maßnahmen unterstützt, bezeichnen Menschenrechtler die Auffangstellen als „Konzentrationslager" und halten die Aktion für Wahlkampfgetöse vor der Bürgermeisterwahl. Selbst der oppositionelle Kandidat Andrej Nawalnyj stößt in das gleiche Horn wie seine Gegner. Bürgerrechtler befürchten, dass bald auch Oppositonelle in KZs eingesperrt werden könnten. *MRK*

Verdrängte Mitschuld

Eigene Beteiligung an der Judenvernichtung zerreißt polnische Gesellschaft

Während polnische Politiker das Gedenken an den Aufstand im Vernichtungslager Treblinka nutzen wollten, um auf polnische Helfer hinzuweisen, konfrontierten Historiker sie mit den Fakten: So halfen Polen vor allem den Nationalsozialisten, entflohene Juden wieder einzufangen.

„Gerechter unter den Völkern" ist ein Ehrentitel, den die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem an die verleiht, die nachweislich Juden vor der Vernichtung gerettet haben. Anfang 2012 waren das 24 356 Geehrte, wobei Polen mit 6394 „Gerechten" die weitaus größte Gruppe stellte. Die Polen meinen, sie hätten noch viel mehr Ehrungen verdient, da sie „100 000 Juden retteten". Diese Zahl empfindet Andrzej Zbikowski vom Warschauer „Jüdischen Geschichtsmuseum" als „entschieden zu optimistisch" und konfrontiert sie mit einer andere Zahl: Polen haben im Zweiten Weltkrieg fast 150 000 Juden ermordet, in jedem Fall „töteten Polen eigenhändig mehr Juden als sie welche retteten".

Da war sie wieder, die schreckliche Anklage, Polen seien „szmalcowniks", also Leute, die Juden für ein Schmalzbrot an ihre Henker auslieferten. Zbikowski äußerte sie nicht leichtfertig, er ist der beste Kenner jüdischer Zeitgeschichte in Polen und seine Aussage fiel zum 70. Jahrestag des Aufstands im Vernichtungslager Treblinka (2. August 1943), um den es ohnehin lautstarke Konflikte gab.

In deren Zentrum steht die nationalistische Partei „Recht und Gerechtigkeit" (PiS), in deren Namen der Sejm-Abgeordnete Arkadiusz Czartoryski im Mai eine Treblinka-Resolution entwarf, die der Direktor des Warschauer „Jüdischen Geschichtsmuseums", Pawel Spiewak, als „Machwerk aus Arroganz und Lügen" verwarf: 800 000 Menschen seien in Treblinka umgekommen, aber Czartoryski rede fast nur von den 800 Aufständischen und deren polnischen Helfern. Die Behauptung, dass rund 100 Polen aus der etwa 80 Kilometer nordöstlich von Warschau liegenden Region von Yad Vashem geehrt worden seien, sei eine „Unwahrheit", denn nur ein Pole aus Treblinka sei als „Gerechter" anerkannt worden, so Spiewak. Hilfe hätten Polen nur bei der Jagd nach Treblinka-Flüchtlingen geleistet.

Czartoryski gab sich „verblüfft" über Spiewaks hartes Urteil. Dabei hatte Spiewak nur die Vorwürfe bestätigt, die seit zehn und mehr Jahren von Autoren wie Tomasz Gross und Edward Kopowka, Direktor des Treblinka-Museums, erhoben werden: Von Jedwabne (1941) über Treblinka (1943) bis Kielce (1946) und weiter führe eine Pogromlinie, die auf einem genuin polnischen Antisemitismus fuße. Nachdem die Bücher von Gross verleumdet und die von Kopowka totgeschwiegen wurden sowie die deutsche TV-Serie „Unsere Mütter, unsere Väter" als „Geschichtsverzerrung" und „Schuldauslagerung" bereits verdammt worden ist, muss man heute erleben, dass die zweitgrößte Sejm-Fraktion (146 Deputierte) Phrasen zur nationalen Leidensgeschichte verbreitet.

Einst verbreiteter Antisemitimus in Polen wird geleugnet

Soviel Ignoranz der wahren Umstände erregte Ärger und die parlamentarische Behandlung der PiS-Vorlage verlief in eskalierender Lautstärke, bis sie von der falschen Verherrlichung gereinigt am 26. Juli per Akklamation verabschiedet wurde – als Erinnerung an „den heldenhaften Kampf für Freiheit und Menschenwürde", wofür sich die 460 Abgeordneten voller Ehrfurcht von ihren Plätze erhoben.

Damit nicht genug: Polens Führung machte unter Leitung von Außenminister Radoslaw Sikorski aus dem Jahrestag eine beeindruckende Ehrung des Aufstandes. Mit dem sicheren Gespür, wo wohl der größte Unmut über Polen besteht, lud der Minister besonders jüdische Gäste ein: Oberrabbiner Michael Schudrich, Israels Vizebildungsminister Avraham Wortzman, den israelischen Botschafter Szewach Weiss und schließlich Samuel Willenberg (Jahrgang 1923), letzter noch lebender Treblinka-Kämpfer. 2004 hatte er sein Buch „Aufstand in Treblinka" veröffentlicht und berichtete nun über den „gut vorbereiteten" Aufstand und die Aufständischen: „Wir nahmen nicht an, am Leben zu bleiben. Was uns beherrschte, war die Absicht, diese Todesfabrik zu vernichten, in der wir waren." Diese Absicht war realistisch und der Aufstand beschleunigte die bereits geplante Schließung des Lagers.

Am 70. Jahrestag des Aufstands fügte Augenzeuge Willenberg eine Mahnung an, die angesichts jüngster Vorfälle erschreckend aktuell wirkt: „Antisemitische Untaten darf man nicht als vorübergehend abtun. Man muss sie bekämpfen, damit sich nicht wiederholt, was einmal geschah." Das war Minister Sikorski aus dem Herzen gesprochen, der mit Willenberg den Polen einen wahren Helden präsentierte: „Er ist aus Treblinka entkommen und hat später noch im Warschauer Aufstand gekämpft, also die wohl schlimmsten Stätten des 20. Jahrhunderts miterlebt."

In Treblinka künden ein paar Monumente und 17 000 Granitblöcke noch von der Vergangenheit. Die nachhaltigste Erinnerung muss man bei den Polen suchen. Denn sie alle sind ausnahmslos mit den Kinderbüchern über König Hänschen groß geworden, die der berühmte Arzt, Autor und Waisenhausgründer Janusz Korczak (1878–1942) verfasste. Als die SS 1942 Korczaks jüdisches Waisenhaus räumte und die rund 200 Kinder nach Treblinka deportierte, entschied er sich freiwillig, die Todgeweihten in die Gaskammern zu begleiten und sie ihr Ende nicht spüren zu lassen, indem er vorgab, einen Ausflug mit ihnen zu machen. *Wolf Oschlies*



Junge Israelis im Stelenfeld von Treblinka: Warschau lädt gezielt Juden zum gemeinsamen Gedenken ein Bild: Getty

Vertuscht CIA wahre Motive?

Bengasi: Neue Hinweise auf Hintergründe des Angriffs auf US-Botschaft

Erstaunliche Spätwirkungen entwickelt die Attacke, die am 11. September 2012 auf US-Einrichtungen im libyschen Bengasi stattgefunden hat. Aktivitäten des US-Justizministeriums und der CIA legen den Verdacht nahe, dass der Vorgang immer noch so brisant ist, dass Washington lieber den Mantel des Schweigens darüber legen will. Wirklich klar zu sein scheint bis jetzt nur so viel: US-Botschafter Chris Stevens und mindestens drei weitere Amerikaner sind bei dem Angriff ums Leben gekommen.

Bis heute geben die Motive der Angreifer und die US-Aktivitäten in der „diplomatischen Einrichtung" in Bengasi allerdings Rätsel auf. Inzwischen wieder offen ist sogar die Frage, wie viele US-Bürger tatsächlich ums Leben gekommen sind. Zumindest in Washington scheint man Wert darauf zu legen, dass das Rätselraten weiter anhält. Fast ein Jahr nach dem Angriff ist vom US-Justizministerium nun gegen Islamisten Anklage wegen der Attacke erhoben worden. Allerdings unterliegen die betreffenden Akten strengster Geheimhaltung. Weder sind die Namen Beschuldigter noch konkrete Tatvorwürfe bekannt gegeben worden.

Die Geheimniskrämerei bei der Strafverfolgung ist nicht der einzige Vorgang, der Fragen aufwirft. Wie der Nachrichtensender CNN berichtet, werden CIA-Mitarbeiter, die bei dem Angriff vor Ort waren, bereits seit Januar jeden Monat einem Lügendetektor-Test unterzogen. Zum Vergleich: Üblicherweise testet die „Firma" ihre Mitarbeiter im Rhythmus von zwei Jahren per Lügendetektor auf Geheimnisverrat. Der vermutete Hintergrund der monatlich angesetzten Überprüfungen für Mitarbeiter des CIA-Außenpostens Bengasi könnte die Furcht sein, dass Interna an die Medien, aber auch an den US-Kongress verraten werden. Passend dazu steht inzwischen ein ziemlich schwerwiegender Vorwurf im Raum. An den US-Kongress sollen nur die Verluste gemeldet worden sein, die Mitarbeiter des Außenministeriums betrafen. Die tatsächlichen Verlustzahlen unter den CIA-Mitarbeitern sollen bis heute verschleiert worden sein.

Vieles spricht für Waffenhandel und Geheimgefängnis

Aller Geheimniskrämerei zum Trotz kann als gesichert gelten, dass in Bengasi von der CIA ein Waffenhandel betrieben wurde. So sollen tragbare Boden-Luftraketen aus den geplünderten Beständen Ghaddafis verdeckt in Libyen aufgekauft und via Türkei an die syrische Opposition geliefert worden sein.

Einen anderer Hinweis im Zusammenhang mit Bengasi hat die „Washington Times" aus den Reihen ägyptischer Sicherheitskreise erhalten. Demzufolge soll US-Botschafter Stevens auch in die Rekrutierung von Kämpfern für Syrien verstrickt gewesen sein. Bezahlt mit Geld des Emirats Katar sollen von der CIA in Libyen kampferprobte Männer aus Nordafrika als Söldner für den syrischen Bürgerkrieg angeworben worden sein.

Ein weiterer, bisher wenig beachteter Aspekt über die Hintergründe des Angriffs ist zudem im Zuge der Petraeus-Affäre aufgetaucht. Paula Broadwell, die Ex-Geliebte des damaligen CIA-Chefs David Petraeus, will während ihres Verhältnis mit dem Geheimdienstchef mitbekommen haben, dass dieser den Angriff in Bengasi zuerst für den Versuch einer Gefangenenbefreiung gehalten habe, da auf dem CIA-Gelände auch Libyer inhaftiert gewesen sein sollen, so Broadwell. Sollte dies zutreffen, dann hätte die CIA zumindest noch bis 2012 an ihrer Praxis von Geheimgefängnissen auf fremdem Boden festgehalten. *Norman Hanert*

»Eine Nation, eine Armee«

Türkei und Aserbaidschan beschließen militärische Kooperation

Unmittelbar vor der Visite des aserbaidschanischen Verteidigungsmininsters Safar Abijew vergangene Woche in Washington bei seinem amerikanischen Amtskollegen Chuck Hagel füllte eine Meldung über die geplante Zusammenlegung der aserbaidschanischen mit der türkischen Armee die aserbaidschanischen Zeitungen. Zwar ist die Kooperation der beiden Streitkräfte an sich nichts Neues – seit 2010 existiert die türkisch-aserbaidschanische Partnerschaft im Militärbereich mit gemeinsamen Manövern und Anti-Terror-Übungen in der Türkei 2011 und 2012 –, doch scheint die Aussage Zahid Orucs, Mitglied des Komitees der Nationalversammlung für Sicherheits- und Verteidigungspolitik Aserbaidschans, – die Türkei und Aserbaidschan teilten einen einheitlichen Blick auf die regionalen Probleme und daher müsse die Formel der Zusammenarbeit nicht nur lauten „Eine Nation, zwei Staaten", sondern „Eine Nation, eine Armee", einem bestimmten Zweck zu dienen. Will sich Aserbaidschan durch Modernisierung und Aufrüstung seiner Armee hin zu Nato-Standards mit der Türkei als starkem Partner im Rücken unter den Schutz des westlichen Militärbündnisses stellen? Experten glauben, dass ein Militärdreieck Aserbaidschan, Türkei und Georgien als Brückenkopf der USA für einen möglichen Militärschlag gegen den Iran genutzt werden könnte.

Die Ausbildung aserbaidschanischer Offiziere gibt der Türkei die Möglichkeit, Einfluss auf die aserbaidschanische Politik zu nehmen. Armenien äußerte bereits die Befürchtung, dass ein Zusammengehen der Streitkräfte eine Vereinigung beider Staaten nach sich ziehen könnte. Die Voraussetzungen hierzu wären ideal. Aserbaidschan und die Türkei gehören zu den Turkstaaten, beide Volksgruppen sprechen dieselbe Sprache, sie haben die selbe Religion und Kultur.

Pattsituation im Kaukasus schützt Armenien

Eine Expansion der Türkei in den Kaukasus würde die Geopolitik der gesamten Region verändern. Russische Beobachter werfen Erdogan vor, das Osmanische Reich wiederherstellen zu wollen. Dazu passe, dass 2014 der Luftstützpunkt der USA in Kirgistan an die Türkei übergehen könnte, deren Unternehmen laut iranischen Medien dort Objekte des US-amerikanischen Raketenschutzschildes errichten würden, also in einer Zone des Osmanischen Reiches, zu der neben dem Nordkaukasus auch der Iran und Mittelasien zählt. Zu den Turkstaaten gehören auch die ehemaligen Sowjetrepubliken Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan und Kirgistan sowie die autonomen Republiken der Russischen Föderation Altai, Dagestan und Tartastan. Russland droht neben dem Verlust des Einflusses im Kaukasus das weitere Vordrängen der Nato an seine Grenzen.

Während die Aserbaidschaner den Zusammenschluss ihrer Streitkräfte mit der Türkei bejubeln, glaubt der Nachbar Armenien, dass Aserbaidschan versuchen könnte, den schwelenden Konflikt um die aserbaidschanische Exklave Berg-Karabach mit türkischer Hilfe gewaltsam zu lösen. Armenien bildet aufgrund seiner Partnerschaft mit Russland und dem Iran ein Gegengewicht zum türkischen Einfluss in der Region und profitiert von der derzeitigen Pattsituation. Die Verteilung der Machtverhältnisse ist jedoch labil. Armeniens Präsident Sersch Sargsjan strebt die Annäherung an die EU an in der Hoffnung auf Schutzgarantien, und die aserbaidschanische Armee, die noch über ein großes Arsenal an sowjetischen Waffen verfügt, orderte erst vor kurzem in Moskau Waffen für 750 Millionen Euro. *MRK*

Das Verschwinden der Mittelschicht

Was in den USA bereits sichtbar ist, droht nun wohl auch Deutschland

Millionenfach sind in den Nachkriegsjahrzehnten einfache Arbeiter und Angestellte in die Mittelschicht aufgestiegen. Inzwischen geht die Entwicklung wieder in die andere Richtung. Der Absturz der US-Mittelschicht zeigt, was auf Deutschland zukommen könnte.

Es ist ein harter Befund, den das Pew Research Center fällt: Die letzten zehn Jahre waren für Amerikas Mittelklasse ein „verlorenes Jahrzehnt“. Den Beziehern mittlerer Einkommen geht es in den USA tatsächlich wirtschaftlich so schlecht wie lange nicht. Binnen einer Generation ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von 61 auf 51 Prozent gesunken. Das Medianeinkommen – jener Wert, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt, – ist laut OECD-Statistik inzwischen wieder auf den Wert von 1996 abgesunken. Als Ursache für diese Entwicklung wird regelmäßig ein ganzes Bündel von Gründen genannt.

Zum einen sind von den Globalisierungsfolgen – sprich Jobverlagerungen – inzwischen nicht mehr nur Fabrikarbeiter betroffen wie in den 90er Jahren, es trifft nun immer öfter Angestellte in Werbeagenturen, Verlagen und Banken. Damit frisst sich eine strukturelle Arbeitslosigkeit in den bisherigen Kern der Gesellschaft. Parallel hat der geplatzte kollektive Immobilienwahn das Vermögen vieler Amerikaner dahin schmelzen lassen. Eine Kostenexplosion bei der Universitätsausbildung in den letzten Jahren hat obendrein dafür gesorgt, dass für den eigenen Nachwuchs der Aufstieg durch Bildung zunehmend unerschwinglich geworden ist.

Inzwischen spricht vieles dafür, dass auch auf Deutschlands Mittelschicht ein „verlorenes“

Ausbildung schützt nicht mehr vor Niedriglohn

Jahrzehnt zukommt. Ähnlich wie in den USA haben viele Deutsche, die bisher ihr gutes Auskommen hatten, das Gefühl, dass es für sie wirtschaftlich abwärts geht. Für die Furcht vor einem Abrutschen gibt es gute Gründe. Zum einen breitet sich der Niedriglohnsektor in Deutschland immer mehr aus. Von dem vermeintlichen Unterschichtenproblem Niedriglohn sind immer mehr und zunehmend auch qualifizierte Arbeitnehmer betroffen. Im Jahr 2010 bezog bereits jeder vierte Beschäftigte in Deutschland einen Niedriglohn von weniger als 9,54 Euro, so das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Alarmierend ist nicht nur das Übergreifen der Billiglöhne auf immer mehr Wirtschaftszweige, zunehmend als Legende entpuppt sich auch die Behauptung, dass die Niedriglöhne ein Problem Unqualifizierter wären. Vier von fünf Geringverdienern haben eine abgeschlossene Berufsausbildung.

Gesellschaftliche Sprengkraft haben auch die drastisch gestiegenen Lebenshaltungskosten. Bei Lebensmitteln werden mittlerweile Preissteigerungen von über fünf Prozent zum Vormonat gemeldet, parallel ziehen die Energiekosten immer mehr an, entwickelt sich Strom zum Luxusgut. Damit nicht genug. Auch die Mieten werden immer öfter zu einem Problem. Laut „Focus“ haben in 60 der 100 größten deutschen Städte einkommensschwache Familien

Hohe Mieten senken Resteinkommen auf Hartz-IV-Niveau

nach der Mietzahlung nur noch ein verfügbares Einkommen, das auf Hartz-IV-Niveau liegt. Die Einkommensschwachen wohnen sich damit regelrecht in den finanziellen Ruin. Preiswerte Wohnungen sind durch den anhaltenden Zuwanderungsdruck in den Ballungsräumen, wo die Masse der Arbeitsplätze ist, nämlich kaum zu bekommen. Hält die Preisentwicklung auf dem Immobilienmarkt an, wird diese Entwicklung früher oder später auch bei den Beziehern mittlerer Einkommen ankommen.

Eine weitere böse Überraschung könnte vielen Deutschen im Alter bevorstehen. Die niedrigen Zinsen, mit denen die Europäische Zentralbank (EZB) angeschlagene Geschäftsbanken und südeuropäische Krisenstaaten über Wasser halten will, werden mit Blick auf die Altersvorsorge für viele deutsche Sparer immer mehr zum Fluch. Durch die Niedrigzinspolitik werden allein in diesem Jahr Sparvermögen bei Banken in Deutschland real rund 14 Milliarden Euro an Wert verlieren, so Berechnungen der Postbank. Der Hintergrund: Was auf Sparbücher und Festgelder momentan an Mini-Zinsen gezahlt wird, liegt meist weit unter der Inflationsrate. Durch diese negative Realverzinsung verlieren die Sparer unter dem Strich Vermögen, anstatt dass neues Vermögen aufgebaut wird.

Für Lebensversicherer wird es zudem immer schwieriger, in dem vorhandenen Niedrigzinsumfeld die einst zugesicherten Garantieausschüttungen auf Lebensversicherungen künftig an ihre Kunden auszuzahlen. Die drohende Konsequenz der EZB-Niedrigzinspolitik ist auch in Deutschlands Mittelschicht vielen oftmals noch nicht so recht bewusst. Um die entstehende Lücke auszugleichen, „werden viele Arbeitnehmer noch während der Rentenphase berufstätig sein“, so Dekabank-Chefvolkswirt Ulrich Kater gegenüber der „Bild“. In den USA und Großbritannien sind die „working pensioners“ – die berufstätigen Rentenbezieher – inzwischen längst zu einem Alltagsphänomen geworden.

Norman Hanert



Negativvorbild USA: Dort müssen schon jetzt Rentner aus finanziellen Gründen auch im Ruhestand noch weiter Geld verdienen. Da die Niedrigzinspolitik der EZB die Ansprüche aus privaten Rentenversicherungen sinken lässt, droht auch deutschen Ruheständlern immer öfter die Teilzeitarbeit aus dem Ruhestand heraus. Bild: Getty

KURZ NOTIERT

Angst hemmt Investitionstätigkeit: Obwohl Deutschland weltweit als relativ stabiler Wirtschaftsstandort gilt, investieren Unternehmen in Deutschland weniger als sie eigentlich könnten. Der Internationale Währungsfonds sieht die Angst vor weiteren Folgen der Euro-Krise als Ursache für die Zurückhaltung. Würden die Investoren weiter in Wartestellung bleiben, drohe Deutschland eine Stagnation. *Bel*

Sonne erhöht Stromkosten: Da im Juli die Sonne so viel schien, wurde sehr viel des verbrauchten Stroms von Photovoltaikanlagen produziert. Da der so produzierte Strom laut Erneuerbare-Energien-Gesetz zu einem erhöhten Garantiepreis abgenommen werden muss, droht nun eine noch stärkere Steigerung der EEG-Umlage, die Bestandteil des Strompreises ist. *Bel*

Amis wollen keine US-Bürger mehr sein: Die Zahl der im Ausland lebenden US-Bürger, die ihre Staatsbürgerschaft aufgeben, hat sich binnen Jahresfrist versechsfacht. In den ersten drei Monaten des Jahres 2012 gaben 189 Amerikaner ihren Pass ab, im ersten Vierteljahr dieses Jahres taten dies bereits 1131. Vermuteter Grund: Die US-Regierung verfolgt Landsleute im Ausland strenger denn je wegen möglicher Steuerflucht. *H.H.*

Stoiber liefert zu wenig: Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), fordert, dass die EU sich weiter beim Bürokratieabbau engagiere. Aus seiner Sicht würde das Mandat des bayerischen Ex-Ministerpräsidenten immer schwächer. Edmund Stoiber ist seit 2007 ehrenamtlich in einer Kommission tätig, die der EU Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet. Stoiber selbst ist überzeugt, bereits Einsparungen in Höhe von etwa 32 Milliarden Euro für die Wirtschaft durchgesetzt zu haben, doch das ist dem DIHK zu wenig. Stoiber und Schweitzer fordern nun ein unabhängiges Gremium, das alle Beschlüsse der EU auf deren Umsetzbarkeit prüft. *Bel*

Bund soll Straßen sanieren

Inzwischen ist die Erkenntnis, dass Deutschlands Infrastruktur unterfinanziert ist, auch in der Politik angekommen. So arbeiten die 16 Bundesländer derzeit an einem gemeinsamen Konzept, wie sie dem Bund nach der Bundestagswahl sieben Milliarden Euro zusätzlich abringen können, um dringend sanierungsbedürftige Brücken, Straßen und Gleise zeitnah ausbessern zu können. Bereits am 2. Oktober, während der Koalitionsverhandlungen für die dann nach der Wahl neu gewählte Regierung, wollen sich die Verkehrsminister der Länder auf einem Sondergipfel zu Beratungen treffen. Da einer neuen schwarz-gelben, aber auch einer rot-grünen Bundesregierung eine klare Mehrheit im Bundesrat fehlen würde, erhoffen sich die Länder bei einem gemeinsamen Konzept ein Entgegenkommen des Bundes in dieser finanziellen Frage. Um diesen trotz ihrer Forderung nicht zu erzürnen, werden nun verschiedene Finanzierungsmodelle durchdacht. Zur Auswahl stehen eine Pkw-Maut, eine erweiterte Lkw-Maut auch auf Bundesstraßen oder die Umwidmung eines Teils des Solidaritätszuschlages, denn der Bund nimmt derzeit vier Milliarden Euro mehr ein, als er an die neuen Bundesländer überweist. *Bel*

»Angst und Feigheit lassen sie schweigen«

Hans-Olaf Henkel über fehlenden Widerstand aus der Wirtschaft bei der Euro-Rettung und das Beispiel Finnland

Der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) erklärt im Interview mit der *PAZ*, warum er überzeugt ist, dass die heutigen Politiker ihren Euro-Kurs fortsetzen werden. Die Fragen stellte Rebecca Bellano.

PAZ: *Sie kritisieren in Ihrem neuen Buch „Die Euro-Lügner. Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken. So werden wir getäuscht“ die etablierten Parteien und die Medien. Doch warum kritisieren Sie nicht die Wirtschaft? Speziell die Versicherer hätten aufgrund der mit der Euro-Rettung verbundenen Niedrigzins-Politik der EZB allen Grund, auf die Barrikaden zu gehen, schließlich gerät ihr Geschäftsmodell ins Wanken.*

Henkel: Kritik an der Wirtschaft im Zusammenhang mit der Euro-Politik habe ich in diesem Buch wohl stärker geäußert als jeder Autor zuvor. Ich erinnere an meine Kritik des BDI, an Herrn Cromme und den Bankenverband. Sie haben Recht mit der Feststellung, dass es besonders auffällig ist, dass die Vertreter der Versicherungswirtschaft so zurückhaltend sind, denn die müssten ja schon längst im Interesse ihrer Kunden „mit der Faust auf den Tisch geschlagen“ haben. Schließlich unterminieren die für deutsche Sparer im Vergleich zur Inflation viel zu niedrigen Zinssätze den Wohlstand der Versicherten. Der Grund? Ich sehe folgende mögliche Gründe: 1. Man fürchtet das herbeigeredete angebliche Chaos auf den Finanzmärkten, wenn der Euro nicht weiter „gerettet“ wird. 2. Man fürchtet kurzfristig wirksame Abschreibungen von Investitionen in den Südländern (zum Beispiel der der Allianz in Italien), wenn die „Rettung“ ausbleibt. 3. Man glaubt möglicherweise an die von der Regierung proklamierte „Alternativlosigkeit“ und an den „Euro als Friedensprojekt“ 4. Man ist einfach zu „vornehm“, sprich, zu feige.

PAZ: *Aber auch die Industrie verhält sich ruhig. Dabei erstickt die derzeitige Euro-Rettung eine wirkliche Erholung der südeuropäischen Märkte im Keim, was für die Unternehmen bedeutet, dass sie dorthin kaum etwas verkaufen können und somit weniger Gewinn machen. Warum auch hier nur Schweigen?*

Henkel: Der Euro ist aus südlicher, einschließlich französischer, Sicht zu stark – also überbewertet – und aus deutscher Sicht unterbewertet. Das hilft den deutschen Exporteuren natürlich. Allerdings handelt es sich, wie in meinem Buch beschrieben, hier um eine faktische Subvention der deutschen Industrie, denn für die finanziellen Folgen im Süden der Euro-Zone müssen die deutschen Steuerzahler und deren Kinder aufkommen.

Hans-Olaf Henkel

Das ist auch sehr kurzsichtig gedacht, denn in der Vergangenheit führten die Aufwertungen der D-Mark immer zu einem heilsamen Druck auf die deutsche Industrie. Sie musste schon deshalb immer produktiver, effizienter und kreativer als andere sein. Dieser Druck ist durch die Einheitswährung verschwunden.

PAZ: *Denken Sie, dass unsere Politiker noch daran glauben, dass sie mit ihrer Politik wirklich den Euro retten können?*

Henkel: Ja, und sie werden den Euro retten, „koste es“ (die Deutschen) „was es wolle“. Warum das alles langfristig nur zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Euro-Zone geht, habe ich im Buch „Die Euro-Lügner“ beschrieben.

PAZ: *Was treibt die Politiker zu dem Weiter-so an?*

Henkel: Außer Herrn Professor Lucke von der AfD und mir habe ich noch niemanden gefunden, der früher mal für den Euro gewesen ist und heute zugibt, dass das ein Fehler war. Die heutige Politikerkaste wird diese Politik nicht ändern, denn das hieße einen Fehler zuzugeben, erst die nächste kann die Politik mit Hinweisen auf die vielen Versäumnisse der Vorgänger ändern.

PAZ: *Sie schreiben in Ihrem Buch, dass Finnland sich Sicherheiten für seine Beteiligung an den Euro-Rettungsschirmen geben lässt. Ist das immer noch so und warum, meinen Sie, tut es Deutschland den Finnen nicht gleich?*

Henkel: Finnland hat sich in der Tat sowohl beim letzten „Rettungspaket“ für Griechenland als auch dem für spanische Banken Pfänder von Athen und Madrid im Umfange der finnischen Garantien geben lassen. Das ist der eine Skandal. Der noch größere Skandal ist, dass die deutschen Medien dies nicht aufgreifen wollen. Der Grund kann darin liegen, dass die Wirtschaftsredakteure nicht begreifen wollen, dass damit auch der finnische Anteil des Risikos in Griechenland und Spanien auf Deutschland übertragen wurde. Er kann aber auch in der unverbrüchlichen Treue deutscher Chefredakteure zum Erhalt des Einheits-Euros liegen. Denn allein dieser von der deutschen Regierung tolerierten, wenn nicht sogar verursachten, Bevorzugung Finnlands zeigt die ganze Korruptheit des Euro-Systems. Zu Recht wird die sozialdemokratische Finanzministerin in Finnland für diesen Coup bei sich zu Hause gefeiert. Hätte sie ihn nicht gelandet, wäre die finnische Zustimmung zu den Rettungspaketen und damit der Euro selbst auf „der Kippe gestanden“. Wenn Berlin genau das gleiche wie Helsinki zugestanden worden wäre, hätte man den Euro gleich begraben müssen.

Eine Farce

Von Maria Bornhöft

Man muss kein Rechenkünstler sein, um zu der Erkenntnis zu gelangen, dass ein Anfang des Jahres ausgestelltes, auf drei Monate befristetes Visum inzwischen nicht mehr gültig sein kann. Trotzdem hat die Stadt Hamburg ein Problem damit, die 150 bis 300 über Italien nach Deutschland eingewanderten Afrikaner pauschal als Illegale zu bezeichnen und sie auszuweisen. Dies müsse im individuellen Gespräch von Einzelfall zu Einzelfall entschieden werden. Doch eine Einzelfallprüfung erweist sich als schwierig, denn den Behörden der SPD-regierten Hansestadt ist es bisher nicht einmal gelungen, die ehemaligen libyschen Gastarbeiter zu registrieren. Etwa 80 der Männer haben in Kirchen Unterschlupf gefunden. Die zuständige Nordkirche spricht jedoch bewusst von humanitärer Hilfe und nicht von Asyl, denn das wäre rechtlich falsch. Ausliefern will sie die Afrikaner den Behörden aber auch nicht, da das einer Beihilfe zur Ausweisung gleichkäme. Also führt der Innensenat mit der Nordkirche Gespräche darüber, Gespräche mit den Männern führen zu dürfen, da sie den Kirchenraum nicht verletzen will. Wenn das nicht eine Farce ist.

Posse am Affenfelsen

Von Hans Heckel

Man fühlt sich in längst überwundene Zeiten und (Un)Sitten zurückversetzt: Spanien bricht ohne echte Not einen diplomatischen Konflikt mit Großbritannien vom Zaun über deren Kolonie Gibraltar. Madrid will sich sogar mit Argentinien kurzschließen, das vor 31 Jahren um die britischen Falkland-Inseln einen blutigen Krieg führte und ihn verlor. London wiederum reagiert auch nicht eben gelassen und entsendet ein Geschwader ins Mittelmeer.

Angefangen hatte der Streit, als die Briten ein künstliches Riff vor dem berühmten Felsen aufzuschütten begannen, das aus Madrids Sicht die spanischen Fischer der Region behindere. Dann verschärfte Spanien die Grenzkontrollen zu Gibraltar massiv, angeblich um Schmuggel zu bekämpfen, obgleich der Zusammenhang mit dem Riff-Streit ins Auge sprang. Und nun also britische Kriegsschiffe vor der spanischen Küste. Wie London betont, eine „seit langem geplante Routine-Übung“. Nachdem Londons Bürgermeister Boris Johnson verkündete, sein Land werde Gibraltar genauso verteidigen wie weiland die Falkland-Inseln, mag man kaum mehr an ein „Routine-Manöver“ glauben. Johnson ist Parteifreund von Premierminister David Cameron und als erster Mann der Hauptstadt alles andere als ein politisches Leichtgewicht.

London und Madrid lenken so vom eigenen Versagen ab

Die Europäer reiben sich die Augen: Beide Länder sind Mitglieder von Nato und EU. Die Auslöser des Konflikts sind Kleinigkeiten. Was also soll das Getöse?

Nun, sowohl die britische als auch die spanische Regierung stehen mit dem Rücken zur Wand. Briten wie Spanier stecken bis zum Hals im Morast einer Finanz- und Wirtschaftskrise. Und ihre Regierungen sind ebenso rat- wie hilflos. Zwar sind die Briten nicht im Euro und müssen nicht, wie die Deutschen, auch noch die Schulden anderer Länder schultern. Doch allein die heimischen Probleme haben Ausmaße, welche Experten „griechisch“ nennen. Die Partei von Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy leidet zudem unter einem peinlichen Schmiergeldskandal. Auch Rajoys Name steht auf der Liste der mutmaßlich „Begünstigten“.

Was läge also näher, als per inszeniertem Konflikt mit einem Nachbarn „Entschlossenheit“ und Handlungsfähigkeit vorzutäuschen? So können zwei überfoderte Regierungen ablenken vom Versagen daheim.

Auch die Europäische Union, deren Presse ebenfalls schon mal besser war, wird die Chance nicht verstreichen lassen und sich ein Stück vom Kuchen sichern. Brüssel kann als Vermittler seine friedenssichernde Kraft demonstrieren, indem es einen Krieg verhindert, den es auch ohne die EU nie gegeben hätte. So haben alle etwas von der Posse am legendären „Affenfelsen“.



Über den eskalierenden Streit um Gibraltar staunen selbst die Affen auf den Felsen der Halbinsel: Spanien und Großbritannien gebärden sich wie zwei aggressive Feindstaaten, nicht wie zwei befreundete EU- und Nato-Staaten

Bild: action press

Fehler im System

Von Rebecca Bellano

Die Sache mit dem Jobparadies“, so lästerte der „Focus“ über die geringe Nachfrage bei der „Blue Card“, habe sich im Rest der Welt noch nicht herumgesprochen. Und in der Tat ist es bedenklich, wie wenig Akademiker aus aller Welt im letzten Jahr die Chance nutzten, um in Deutschland zu arbeiten. Keine 3000 Hochqualifizierte kamen und das, obwohl Deutschland zu den wenigen Ländern gehört, die in der kriselnden Weltwirtschaft noch relativ stabil dastehen. Dafür kamen aber gefühlt Heerscharen von unausgebildeten und unqualifizierten Ausländern aus der EU und auch aus Nicht-EU-Ländern beispielsweise übers Mittelmeer.

Da stellt sich die Frage, was schief läuft? Warum hat Deutschland eine magnetische Anziehungskraft auf Mittellose und nicht auf jene Menschen, die gut ausgebildet sind und von deren Wissen das Land sofort profitieren kann? Natürlich muss Deutschland auch Hilfsbedürftige aus Krisenregionen aufnehmen, doch die Mischung macht es. Und je besser Deutschlands Wirtschaft läuft, die eben auch vom Wissen ausländischer Akademiker sowie deren Ideen und Innovationen angeschoben wird, desto sozialer kann Deutschland auch sein. Ist Deutschland nur sozial, lähmt es sich. Man kann nicht mehr Brot unter den Armen verteilen, als man hat. Und auch wenn Deutschland auf den ersten Blick noch im Wohlstand schwelgt, so erzählen Schuldenstand und demografische Entwicklung eine andere Geschichte. Ausländische Akademiker erkennen vielleicht diesen Fehler im System, der den Keim des Niedergangs in sich trägt und Leistungsträger aussaugt. Oder warum machen sie sonst einen Bogen um uns?

Moment mal!



Wagner mit Warnhinweis

Von Klaus Rainer Röhl

Alle Jahre wieder ist Festspielzeit in Deutschland. Aus allen deutschen Landen und auch aus einigen ausgesuchten Aus-Landen pilgert Jahr für Jahr eine Schar von Musikfreunden und ihr sich ständig regenerierender Nachwuchs mit einem gleichbleibenden Durchschnittsalter von zirka 75 Jahren nach Salzburg und Bayreuth zu den Festspielen. Was seit jeher nur den jeweils Regierenden wie Hitler und Göring, Adenauer und Strauß sowie in den letzten Jahren eben Angela Merkel, Guido Westerwelle und der unvermeidlichen Claudia Roth vorbehalten war und sonst nur als Prominenter, Stammkunde, einer zehn Jahre langen Wartezeit oder einem unmäßigen Schwarzmarktpreis zu besichtigen war, ist heute jedermann zugänglich. Durch DVD-Videos oder bei den Minderheits-Sendern Arte und 3sat. Wer will, kann also teilhaben an den Wagner-Festen. Soll er sogar nach dem Willen der beiden Urenkelinnen von Richard Wagner, den heutigen Leiterinnen des Unternehmens, den Halbschwestern Eva Wagner-Pasquier und Katharina Wagner. Durch Open-Air-Aufführungen auf Filmleinwand, dummdeutsch „Public Viewing“ genannt, und gekürzte Aufführungen von Wagneropern für Kinder und Jugendliche will Katharina Wagner das Werk ihres Urgroßvaters populär machen. Auch verkaufen die Halbschwestern goldene Festspieleier als Andenken und sogar Stützstrümpfe von „medi“, die „tragen sich wunderbar, sie haben eine ideale Passform und ein tolles Design“, erklärt Urenkelin Katharina Besuchern der oft mehrere Stunden andauernden Inszenierungen.

Aber irgendwas stimmt mit den Wagner-Erben nicht. Irgendwo ist das Verhältnis zu dem genialen Komponisten und Autor, auf den sie ihre ganze Existenz stützen, seit sie leben, auf penetrante Weise verklemmt und verkorkst. Es gibt keinen Zweifel: Sie hassen den in der ganzen Welt berühmten Urahnen. Wie Kinder, die ein Spielzeug kaputt machen, um auf sich aufmerksam zu machen, beschäftigen sich die Wagner-Erben schon seit Jahren damit, Richard Wagners Werk zu demolieren. Anfangs nannte sich das „modernisieren, entstauben, neu interpretieren“. Dann begann man, das ganze Werk umzufummeln und ins Gegenteil „umzudeuten“ und mit immer fragwürdigeren Bundesgenossen das Lebenswerk ihres Ahnherrn abzuwracken. Kein Urheberrecht hindert sie daran. Die Musik ist (noch) sakrosankt und wird auf den Ton genau seit mehr als einem Jahrhundert Note für Note von den besten Dirigenten der Welt zwar immer neu interpretiert und entdeckt, aber nie verändert. Die Zertrümmerung des Gesamtwerks Wagners ist nur möglich, indem man den Text seiner Opern bis zum Grotesken ins Gegenteil verkehrt und verballhornt, also verspottet und verächtlich macht. Diese Tendenz hatte schon vor der Herrschaft der unseligen Urenkelinnen unter Wieland Wagner begonnen und mit der Darstellung Lohengrins als Rattenkönig 2010 einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.

Nachfahren des großen Komponisten scheinen ihn zu hassen

Auch diesmal, bei der Neuinszenierung des „Rings“ zu Ehren des 200. Geburtstags seines Verfassers, behalten die Wagnerianer die Augen vorsichtshalber gleich geschlossen. Zu viel haben sie in den Jahren schon an missglückten Regieeinfällen gesehen. Doch mit der Beauftragung des gelernten Ostberliner Eisenbahnmechanikers, Volksarmisten, Skandal-Regisseurs und heutigen Intendanten der Berliner Volksbühne Frank Castorf mit der Inszenierung des „Rings“ hat der Kampf gegen Richard Wagner einen neuen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Castorf gab sich nicht einmal die Mühe einer Neuinterpretation der Tetralogie, wie es einst Patrice Chéreau in seiner umjubelten und unvergesslichen Jahrhundert-Inszenierung von 1976 getan hatte, sondern begnügte sich damit, die Opern sozusagen als Kasperle- und Porno-Theater zu produzieren, mit dem erkennbaren Ziel, das ganze Drama als läppisch, lächerlich und unfreiwillig komisch darzustellen. Die Rheintöchter sind Prostituierte, die Götter mafiöse Ganoven, die sich wie Zuhälter benehmen. Wotan lässt sich an einer Tankstelle am Alexanderplatz einen Blowup von Erda verpassen. Wenn Siegfried am Ende zusammen mit Brünnhilde in den Schlussjubel ausbricht, lässt Castorf zwei Gummikrokodile auf die Bühne kriechen. Sie begatten sich und eines frisst danach einen Sonnenschirm, dann den Waldvogel. Und Siegfried baut sich eine Kalaschnikow zusammen und erschießt Fafnir ohrenbetäubend und mit Salpeterschwaden, die durch den Saal ziehen, so dass die Theaterärztin einem Zuschauer zur Hilfe eilen muss. Castorf will dem Premierenpublikum sagen „Wagner, die olle Musik, der Ring mit seinen 16 Stunden, die heilige Bayreuther Akustik – das alles geht mir am Arsch vorbei“, schreibt die „Zeit“. Wollen wir Wagner, fragt Castorf. Er meint Nein.

Überall Umdeutung und Demontage, auch wohl weil Wagner Patriot war

Die Geduld des in der brütenden Sommerhitze (in Bayreuth gibt es aus akustischen Gründen keine Klimaanlage) festlich gekleideten Publikums war am Ende. Ein Sturm von eindeutigen Buhs – ein wahres Buh-Gewitter – prasselte am Ende der vier Aufführungstage auf den mit einer Gage von schätzungsweise 100 000 Euro – vorwiegend vom Staat Bayern und der Bundesregierung – bezahlten „Künstler“ herunter, der zwölf Minuten in diesem Shitstorm badete, dumm herumstolzierte und dem Publikum den Vogel zeigte.

War das noch Kunst oder doch nur Wulst? Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb: „Frank Castorf ist zum spektakulärsten Werk der Operngeschichte keine Botschaft eingefallen.“ Das stimmt, aber es ist nicht die ganze Wahrheit. Sprechen wir einmal aus, worum es geht: Wagner war Antisemit. Zu seiner Zeit eher eine Geschmacks-Aversion als eine Aufforderung zum Holocaust. Wagner starb 1883. Hitler wurde erst sechs Jahre später geboren. Aber Wagner liebte Deutschland, das für ihn als Teilnehmer der Revolution von 1848 immer nur ein demokratisches sein konnte. Das zeigt er besonders in seinen „Meistersingern“. Dieses Stück wurde deshalb das erste Objekt einer wüsten Anti-Inszenierung von Katharina Wagner, als sie noch nicht die ganze Macht hatte, 2007 in Bayreuth.

Der Sänger Stolzing, nach Wagner ein Lyriker in der Tradition des Walther von der Vogelweide, ein Außenseiter, der bei den Handwerksmeistern seine Anerkennung sucht und seine Liebe findet, ist bei ihr ein wüster Punker und Maler, der die ganze Bühne mit einem scheußlich klebrigen Farbbrei überschüttet, und natürlich bleibt von dem Hoch auf Nürnberg und die deutschen Meister nichts übrig als die Musik, die völlig beziehungslos und also hilflos im Raum steht. Ausgerechnet die „Meistersinger“ wurden diesmal bei den Salzburger Festspielen von Stefan Herheim ohne jeden Antifa-Warnhinweis inszeniert. Die Theaterkritikerin Eleonore Büning schrieb darüber in der „FAZ“: „Es ist dies, seit undenkbar langer Zeit, wieder die erste ‚Meistersinger‘-Inszenierung, die nicht mit einem politisch-didaktischen Zeigefinger winkt. Das ist wunderbar, wir fühlen uns im Festspielhaus, als hätten wir diesmal schulfrei.“

Danke, Frau Büning, danke Stefan Herheim. Wir, die wir diese Inszenierung sehen durften, fühlten uns auch wie in den Ferien. Ferien vom politisch korrekten deutschen Alltag.

Kontakt unter klausrainer@gmx.de.

Den »Niederungen« entkommen

Zum 60. Geburtstag von Herta Müller – Die Rumäniendeutsche erhielt 2009 den Nobelpreis für Literatur

Die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller wird am 17. August 60 Jahre alt. In ihren Büchern beschreibt die Rumäniendeutsche aus dem Banat das Schicksal ihrer Landsleute während der kommunistischen Diktatur. Die Banater Schwaben und die Siebenbürger Sachsen bilden heute in Rumänien nur noch eine kleine Minderheit.

Die lang gestreckten Siedlungshäuser stehen eng an eng, aufgereiht wie an einer Messschnur, ordentlich, deutsch. Auf dem struppigen Grünstreifen davor laufen Gänse. Die Dorfstraße ist mit Schotter bestreut. Die älteren Frauen tragen Kittelschürze und Kopftuch. Es hat sich äußerlich nicht viel verändert in Nitzkydorf, seitdem Herta Müller 1987 das Banat verließ. Die Schriftstellerin hat dem Dorf, in dem sie geboren wurde und ihre Kindheit verbrachte, ein literarisches Denkmal gesetzt. Manche Banater Schwaben haben ihre Probleme damit. Herta Müller beschreibt die deutsche Enklave in „Niederungen“ als Ort der Engstirnigkeit, Bigotterie und dumpfer Sexualität. Der Prosaband war ihr erstes Buch, das 1982 im deutschsprachigen Bukarester Kriterion Verlag in zensierter Fassung erschien.

In Nitzkydorf lebten 1977 nach Angaben der Banater Landsmannschaft noch 1125 Deutsche, sie machten 80 Prozent der Einwohner aus. Heute sind es keine 20 Deutschstämmige mehr. Das Dorf heißt nun zu Recht rumänisch Nitchidorf. Enteignet, eingeschüchtert und von der Securitate bespitzelt, sahen die Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen in dem Land ihrer Väter keine Zukunft mehr. Über 225 000 Rumäniendeutsche verließen von 1967 bis 1989 ihre Heimat, ein lukratives Geschäft für Ex-Diktator Nicolae Ceausescu, der jeden einzelnen für ein Kopfgeld zwischen 4000 und 10 000 Mark, je nach Alter und „Wert“, an die Bundesrepublik verkaufte.



Bild: action press

Einsame Kämpferin: Herta Müller schreibt in ihren Büchern gegen diktatorisches Unrecht an

Herta Müller dokumentiert in ihren Büchern, was lange verschwiegen wurde: Wie die Rumäniendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg als „Kollaborateure Hitlers“ diskriminiert und geschunden wurden („Der Mensch ist ein großer Fasan auf der Welt“, „Der Fuchs war damals schon der Jäger“). Aus Bürgern, deren Familien seit Jahrhunderten im Karpatenbogen siedelten und es als Bauern und Kaufleute zu Wohlstand brachten, waren Menschen zweiter Klasse geworden. Auch der Großvater Herta Müllers musste seinen Besitz an den Staat abtreten, ihr Vater ernährte die Familie als Lastwagenfahrer.

Es gab im Haus der Eltern eine Taschentuchschublade, in der streng getrennt die Männer-, Frauen- und Kindertaschentücher lagen, Synonym einer Jugend in den Normen und Traditionen der Banater Schwaben. „Die Schublade war unser Familienbild im Taschentuchformat“, sagt Herta Müller. „Man ging nicht ohne Taschentuch, man brauchte es, um hinein zu weinen, um es in den Fäusten zu pressen.“

Die Mutter wollte, dass ihre Tochter Schneiderin lernte und in Nitzkydorf blieb, weil sie nicht in der Stadt verdorben werden sollte. Herta Müller setzte durch, dass sie nach Temeswar auf das Nikolaus-Lenau-Lyzeum gehen und dort ihr Abitur machen durfte.

Als sie an der Universität von Temeswar Germanistik und Rumänistik studierte, lebten noch viele Deutsche in der zweitgrößten Stadt Rumäniens, heute sind noch etwa zwei Prozent der 310 000 Einwohner Deutsche. Sie versuchen, ihre Identität und Tradition hochzuhalten. Neben dem Nikolaus-Lenau-Lyzeum, das nun vor allem von rumänischen Schülern besucht wird, denn gute Kenntnisse der deutschen Sprache erscheinen vielen jungen Leuten als Garant für eine bessere Zukunft, gibt es noch weitere deutsche Schulen und Kindergärten. Die „Allgemeine Deutsche Zeitung“ für Rumänien hat eine Auflage von immerhin 15 000 Exemplaren. Das Gros der Abonnenten wohnt allerdings im Ausland. Radio Temeswar sendet zwei Stunden täglich ein deutsches Programm, ebenso wie Programme für andere Minderheiten.

Das Deutsche Staatstheater Temeswar führt deutsche Klassiker und junge Autoren auf. Im vergangenen September erlebte hier die Bühnenversion von Herta Müllers „Niederungen“ ihre umjubelte Uraufführung. Inszeniert hat das Stück Niky Wolcz, der aus Temeswar stammt und wie viele intellektuelle Emigranten aus dem Banat im Ausland Karriere machte. Er lehrt als Professor an der Columbia University of New York.

Wer unter der Diktatur Ceausescus, in den „schwierigen Zeiten“, wie es auf der Internetseite des Theaters formuliert wird, überleben wollte, durfte die Staatsmacht nicht reizen. Anpassung, Taktieren und Lavieren waren niemals die Sache von Herta Müller. Wie man in der Diktatur mit der Meinung, der eigenen, verfährt, lässt sie den Direktor einer Maschinenfabrik in ihrem Buch „Niederungen“ erläutern. Man darf eine eigene Meinung haben, aber man muss sie für sich behalten. Natürlich wurde dieses Kapitel für die Kriterion-Fassung gestrichen. Der Hanser Verlag hat es in der jüngsten Ausgabe des Prosabands wieder eingefügt.

Bei der Ankunft im Westen verhört

Als Sympathisantin der Aktionsgruppe Banat, einem Zusammenschluss junger Oppositioneller, geriet Herta Müller schnell ins Visier der Securitate. Mit Drohungen versuchte der Geheimdienst, die junge Frau gefügig zu machen und sie zu Spitzeldiensten zu bewegen.

Herta Müller widerstand und bekam die Quittung. Sie verlor ihre Stellung als Übersetzerin in einer Maschinenfabrik und durfte nicht mehr veröffentlichen. Ausgesperrt saß sie auf der Treppe vor ihrem Büro und presste ihr Taschentuch. „In der Diktatur ist alles sehr nackt“, kommentiert sie, „man sieht alles, was man nicht sehen soll. Und man sieht auch, wie Literatur sich auswirkt. Kaum hast du was geschrieben, kommt schon der Geheimdienst. Das ist die Angst des Repressionsapparates vor der Literatur und auch der Dringlichkeit, mit der Bücher gelesen werden.“

Der Empfang in der Freiheit war anders als erwartet. Nach ihrer Ankunft im Nürnberger Auffanglager wurde sie erneut verhört, weil sie im Verdacht stand, Inoffizielle Mitarbeiterin (IM) der Securitate zu sein. Diese Behandlung hat sie bis heute nicht verwunden, wie sie kürzlich bitter in einem Beitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ klagte. Auch Schmähungen von Banater Schwaben, die ihr „Nestbeschmutzung“ vorwerfen – die nicht enden wollenden Herabsetzungen ihrer Person –, treffen sie schwer.

2009, im Jahr, in dem sie den Literaturnobelpreis erhielt, erschien das eindringlichste und beklemmendste Buch Herta Müllers: „Atemschaukel“. Sie hat es nach den Aufzeichnungen ihres Freundes Oskar Pastior geschrieben, der wie Zehntausende Rumänendeutsche und wie die Mutter der Schriftstellerin nach 1945 in russischen Arbeitslagern für den „Wiederaufbau“ der Sowjetunion unmenschlich schuften musste. Im Herbst 2010 ging durch die Presse, dass im Archiv der rumänischen Aktenbehörde eine 241 Seiten starke Dokumentation über Oskar Pastior alias „IM Otto Stein“ existiert. Über seine Rolle als „IM Stein“ konnte Pastior keine Auskunft mehr geben. Er starb 2006.

Herta Müller wohnt und arbeitet in Berlin. Ihr jüngstes Werk „Vater telefoniert mit den Fliegen“ erinnert an die Collagen und Montagen der Dadaisten: Wörter, aus Zeitungen und Illustrierten, ausgeschnitten und wie ein Puzzle zu scheinbar sinnlosen Sätzen ohne Interpunktion zusammengeklebt:

„Beim grauen Eisenturm zog die rote Kuh den weißen Umhang an von einem Gänseschwarm ging heim durchs grüne Tal da man sie im weißen Stall nicht sah.“ Wer Herta Müllers Bücher kennt, entdeckt hinter jedem Wort Erinnerungen der Autorin an die Jugend und Anklagen an den Terror, den die Rumäniendeutschen erlitten haben. *Klaus J. Groth*

Mann ohne Schatten

Vor 175 Jahren gestorben: Adelbert von Chamisso, der im Jahr der Befreiungskriege seinen »Schlemihl« schrieb

Als vor 200 Jahren die Befreiungskriege gegen Napoleon tobten, versteckte sich ein Berliner Dichter im brandenburgischen Kunersdorf. Zu groß war die Furcht davor, dass er in der Hauptstadt wegen antifranzösischer Ressentiments politisch verfolgt würde. Denn der „Asylant“ namens Adelbert von Chamisso war französischer Abstammung, lebte aber schon seit 17 Jahren im preußischen Exil, nachdem seine adelige Familie vor der Französischen Revolution aus der Heimat geflohen war.

Die Abgeschiedenheit seines Zufluchtortes nutzte Chamisso im Sommer 1813 dazu, sein bis heute berühmtestes Werk zu schreiben: „Peter Schlemihls wundersame Geschichte“. Die märchenhafte Erzählung ist ein Klassiker der deutschen Literatur und teilt ähnlich wie das vom Genre und Entstehungszeit (1811) her vergleichbare Kunstmärchen „Undine“ von Chamissos hugenottischem Freund Friedrich de la Motte-Fouqué das Schicksal, ein singulär bekanntes Werk seines Autors zu sein.

Der geflügelte Ausdruck „wie ein Schlemihl“ steht bis heute für einen gewiefften Menschen, den man nicht fassen kann, weil er keinen Schatten wirft. In Chamissos Geschichte hat ihn die Titelfigur einen faustischen Handel mit dem Teufel geschlossen und ihren Schatten gegen einen Säckel voll Gold eingetauscht. Fortan gehen die Leute dem schattenlosen Schlemihl aus dem Weg, da sie Angst vor ihm haben. Geschickt versucht er sein Manko zu verbergen. Doch als seine neue Liebschaft entdeckt, dass er keinen Schatten wirft, rennt auch sie vor ihm weg.

Schlemihl versucht, seinen Handel mit dem Teufel zu stornieren. Doch als dieser ihm den Schatten im Tausch mit seiner Seele anbietet, winkt der Held dankend ab. Stattdessen kauft er sich ein paar Siebenmeilenstiefel und entflieht der Gesellschaft, indem er sich auf Weltreise begibt. Am Ende wendet er sich an seinen Erzähler-„Schatten“ Chamisso, den er direkt anspricht: „Du aber, mein Freund, willst Du unter den Menschen leben, so lerne zuvörderst den Schatten, sodann das Geld. Willst Du nur Dir und Deinem bessern Selbst leben, o so brauchst Du keinen Rat.“

In der schmalen Geschichte, die bis hin zu den „Lebensansichten des Katers Murr“ Inspirationsquelle für die Phantasie-Erzählungen des Chamisso-Freundes E.T.A. Hoffmann war, spiegelt sich die Biografie ihres Autors wider. Chamisso selbst fühlte sich in Berlin als Außenseiter und als Mann ohne heimatlichen Schatten.

Als Adélaïde de Chamissot am 30. Januar 1781 auf Schloss Boncourt in der Champagne geboren, war ihm ein Leben im Dienst des französischen Königs vorherbestimmt. Doch die Revolution trieb die Familie aus dem Land. Vier Jahre lang irrte sie durch Europa, ehe sie 1796 in Berlin eine dauerhafte Zuflucht fand. Anfangs waren diese Asylsuchenden unerwünscht: Die preußische Polizei drohte mit Abschiebung. Doch im konservativen Preußen galten Adelstitel noch etwas und so fand die Familie Anschluss an die Berliner Hugenotten-Kolonie.



Dichter und Naturforscher: Chamisso Bild: Archiv

Um sich einzubürgern, deutschte man den französischen Familiennamen in Chamisso ein. Adelbert wird sogar Page bei Königin Luise, schließlich Fähnrich im preußischen Heer und schiebt Wache am Brandenburger Tor. Obwohl sein lustiger französischer Akzent und sein wallendes Haar für Aufsehen sorgen, fühlt er sich integriert: „Ich bin unwiderruflich Preuße“, schreibt er.

Doch die Stimmung kippt mit den napoleonischen Kriegen. Plötzlich fühlt er sich von seinen Kameraden ausgegrenzt. Wie vor Schlemihl rennen alle aus Angst vor ihm weg. Er ist der Feind im eigenen Lager. „Ich habe nichts, wohin ich gehöre, ich bin überall fremd“, beschreibt er seine Identitätskrise.

Er befreit sich davon, indem er sich nach der Niederschrift des „Schlemihl“ seine Siebenmeilenstiefel anzieht und die Welt bereist. Von 1815 bis 1818 segelt Chamisso als Titulargelehrter auf dem russischen Expeditionsschiff „Rurik“ mit, das die Nordwestpassage erkunden sollte. Geleitet wurde die Reise von dem deutsch-baltischen Kapitän Otto von Kotzebue, einem Sohn des Dichters August von Kotzebue. Nach dem Naturforscher Chamisso wurde nicht nur eine Insel vor Alaska genannt, sondern auch 150 Pflanzen- und Tierarten.

Zurück in Berlin, wo er an der Friedrichstraße lebte, veröffentlichte er neben naturwissenschaftlichen Werken und seiner biografischen „Reise um die Welt“ auch Lyrikbände. Sein Liederzyklus „Frauen-Liebe und -Leben“ von 1831 fand später eine berühmte Vertonung durch Robert Schumann. Sieben Jahre später starb der Mann, der seine Seele nie für den Verlust seiner heimatstiftenden Identität verkauft hatte, am 21. August 1838 in Berlin an Lungenkrebs. *Harald Tews*

MELDUNG

Mäzen saniert Kunsthalle

Hamburg – Dank einer großzügigen Spende soll vom Herbst nächsten Jahres an Hamburgs Kunsthalle umfassend saniert werden. Alexander Otto, ein Sohn des Versandunternehmers Werner Otto, stiftet 15 Millionen Euro zur Erneuerung des 1869 geschaffenen historischen Eingangsbereichs, der Modernisierung der Sammlungsräume der Alten Meister und der Eröffnung eines Vortragssaals. Weitere vier Millionen Euro bringt die Stadt zur Renovierung des Depots auf.

Das Geld kommt in Form einer Sachspende. Planung und Realisierung der Arbeiten liegen in der Hand von Alexander Ottos eigenem Projektmanagement-Unternehmen ECE, das eine Reihe von Einkaufszentren betreibt. Damit soll gewährleistet sein, dass die einjährige Bauzeit und das Kostenbudget nicht überschritten werden.

Mit der Sanierung hofft Kunsthallen-Chef Hubertus Gaßner darauf, dass sein Haus unter die Top fünf der deutschen Kunstmuseen kommt. Wenn sich Hamburgs Pfeffersäcke spendabel zeigen, tun sie es oft nicht uneigennützig. Dass Ottos Firma ECE im Gegenzug von weiteren baulichen Zusagen der Stadt profitieren wird, ist dann wohl nur eine Frage der Zeit. *tws*

Sie fuhr unter Reichs- wie US-Flagge

Die »Prinz Eugen« gehörte zu den wenigen großen Einheiten der Kriegsmarine, die den Zweiten Weltkrieg überstanden

Tausende Zuschauer hatten sich am 22. August 1938 bei strahlendem Sonnenschein auf der Germania-Werft in Kiel versammelt, um an der Taufe des Schweren Kreuzers „Prinz Eugen“ teilzunehmen. Bei dem Staatsakt war Adolf Hitler anwesend und als Ehrengast das ungarische Staatsoberhaupt Miklós Horthy, dessen Ehefrau Magdolna das neue Kriegsschiff der deutschen Kriegsmarine taufen durfte.



Im Beisein Adolf Hitlers sowie des ungarischen Reichsverwesers und dessen Ehefrau: Stapellauf der „Prinz Eugen“ Bild: Ullstein

Nach dem Ersten Weltkrieg war der Aufbau der deutschen Marine durch den Versailler Vertrag extrem eingeschränkt. Erst durch das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935, das den Ausbau der deutschen Flotte auf 35 Prozent der britischen Flotte erlaubte, wurde der Weg zu neuen Kriegsschiffen frei. Als schnelle Schwere Kreuzer mit starker Bewaffnung wurden dann die „Admiral Hipper“, „Blücher“ und „Prinz Eugen“ gebaut.

Die Indienststellung der „Prinz Eugen“ erfolgte am 1. August 1940. Der erste große Einsatz für die zwischen 1380 und 1599 Mann starke Besatzung war die Teilnahme am „Unternehmen Rheinübung“ im Mai 1941, bei welcher der Schwere Kreuzer zusammen mit dem Schlachtschiff „Bismarck“ englische Versorgungskonvois angreifen und zerstören sollten. Es kam zu einem Treffen mit den englischen Großkampfschiffen „Hood“ und „Prince of Wales“, bei dem die „Hood“ versenkt und die „Prince of Wales“ beschädigt wurde. Die deutschen Schiffe trennten sich, die ebenfalls beschädigte „Bismarck“ wurde danach durch die englische „Ark Royal“ versenkt, die „Prinz Eugen“ erreichte unversehrt den Atlantikhafen Brest. Der Aufenthalt dort war jedoch gefährlich, da der Hafen in Reichweite der Royal Air Force lag und die „Prinz Eugen“ und die dort ebenfalls liegenden Schlachtschiffe „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ ein attraktives Angriffsziel für die Engländer boten. Nach einem Luftangriff im Juli 1941, bei dem 60 Besatzungsmitglieder der „Prinz Eugen“ getötet worden waren, wurden die Schiffe nach Abschluss der Reparaturarbeiten zurück nach Deutschland befohlen. Den drei großen Kriegsschiffen gelang es im Februar 1942, nahezu unbemerkt durch den Ärmelkanal auf dem kürzesten Weg die Heimat zu erreichen. Auch wenn es ein taktischer Erfolg war, lagen sie jetzt im Gebiet der Nordsee, Ostsee und vor Norwegen fest und waren keine Bedrohung mehr für die alliierten Geleitzüge zwischen Amerika und England.

> Vor 75 Jahren lief der Schwere Kreuzer in Kiel vom Stapel

Beim Einsatz in Norwegen erhielt die „Prinz Eugen“ am Heck einen schweren Torpedotreffer durch ein englisches U-Boot und kehrte, gejagt von der Royal Air Force, auf einer gefährlichen Reise mit eingeschränkter Manövrierfähigkeit nach Kiel zur Reparatur zurück. Der erneute Durchbruch nach Norwegen verzögerte sich, und Anfang 1943 beschloss Adolf Hitler, die einsatzfähigen großen Kriegsschiffe außer Dienst zu stellen. Großadmiral Karl Dönitz gelang es, die großen Einheiten als Ausbildungsschiffe im aktiven Dienst zu halten, um sie dadurch bei Bedarf weiterhin einsatzfähig zu halten. So unterstützte die „Prinz Eugen“ dann ab August 1944 die Abwehrkämpfe des Heeres an der Ostfront durch Artilleriebeschuss und nahm an den Kämpfen um Memel im Oktober 1944 und um Königsberg Ende Januar 1945 teil. Durch den Landzielbeschuss mit der präzise schießenden Schiffsartillerie konnten sich die deutschen Heereseinheiten neu formieren, während der sowjetische Vormarsch gestört wurde. Beim „Unternehmen Rettung über die Ostsee“ eskortierte die „Prinz Eugen“ zahlreiche Flüchtlingsschiffe. Nach dem Kampf um Danzig, Gotenhafen und Hela führte die letzte Fahrt über Swinemünde und Sassnitz gen Westen. Bei Kriegsende lag die „Prinz Eugen“ in Kopenhagen und wurde dort als größte intakte überlebende Einheit der deutschen Kriegsmarine an die Engländer übergeben.

Per Losentscheid fiel das Schiff den Amerikanern zu und wurde dort als „USS Prinz Eugen“ in Dienst gestellt. Angehörige der US Navy wurden von der an Bord verbliebenen deutschen Restbesatzung in die technischen Besonderheiten eingewiesen. Das Schiff wurde 1946 über Boston, wo es als ehemaliges feindliches Schiff bestaunt wurde, nach Philadelphia überführt. Auf der Werft dort wurden viele Ausrüstungsgegenstände ausgebaut. Die Weiterfahrt führte durch den Panamakanal und San Diego nach Honolulu. Das Ende fand die „Prinz Eugen“ durch die US-amerikanische Atombombenversuchsserie „Operation Crossroads“ im Bikini-Atoll, wo sie mit vielen weiteren Versuchsschiffen verankert wurde, um die Auswirkungen von Atombomben auf Schiffe zu dokumentieren. Das Schiff überstand die direkten Angriffe, allerdings wurden durch die Erschütterungen Stopfbuchsen an der Propellerwelle beschädigt, durch die dann Wasser eindrang. Am 22. Dezember 1946 kenterte die „Prinz Eugen“ nur 250 Meter vom Strand entfernt. Bis heute ragt das Heck wie ein Mahnmal aus dem Wasser.

> Das Kriegsschiff pflegte die Tradition der k. u. k. Marine

Britta Heitmann

Wie die »Prinz Eugen« zu ihrem Namen kam

Nach dem Anschluss Österreichs im März 1938 stand die deutsche Reichsregierung vor einer vergleichbaren Herausforderung wie die Bundesregierung nach dem Beitritt Mitteldeutschlands 1990. Es galt, die Neubürger zu integrieren und bei ihnen dem Gefühl entgegenzuwirken, Bürger zweiter Klasse zu sein. Die Staats- und Marineführung bediente sich dazu der ersten nach dem Anschluß vom Stapel laufenden größeren Einheit, des Schweren Kreuzers J. Dem Kriegsschiff und seiner Besatzung kam fortan die Aufgabe zu, innerhalb der deutschen Seestreitkräfte die Tradition der österreich-ungarischen Kriegsmarine zu pflegen.

Analog zum Typschiff der Klasse, das mit „Admiral Hipper“ nach einem reichsdeutschen Seehelden benannt war, sollte der Schwere Kreuzer J hierzu nun nach einem österreichischen Seehelden benannt werden. Hier bot sich Wilhelm Freiherr von Tegetthoff an, nachdem auch schon das Habsburgerreich eines seiner Schlachtschiffe benannt hatte. Das Problem war allerdings, dass der Admiral seine größten Meriten 1866 in der Seeschlacht von Lissa gegen die Italiener verdient hatte und Italien mittlerweile Verbündeter des Dritten Reiches war. So wich man auf einen in dieser Beziehung weniger problematischen Kriegshelden Österreichs aus, nach dem auch schon die Donaumonarchie ein Schwesterschiff der „Tegetthoff“ benannt hatten: den Prinzen Eugen, den edlen Ritter.

Für die Taufe gewann man sinnigerweise als Ehrengast den Reichsverweser des verbündeten Königreiches Ungarn, der im Range eines Vizeadmirals der letzte Kommandant der österreichisch-ungarischen Flotte gewesen war und im Laufe seiner glänzenden Laufbahn auch einmal das Schlachtschiff „Prinz Eugen“ kommandiert hatte. Die Taufe des Schweren Kreuzers führte dann seine Ehefrau durch.

Was damals noch keiner wissen konnte, war, dass die reichsdeutsche „Prinz Eugen“ ein ähnliches Schicksal nehmen sollte wie die 1912 vom Stapel gelaufene österreich-ungarische. Beide Schiffe überstanden den kurz nach ihrem Stapellauf ausbrechenden Weltkrieg, fielen anschließend als Kriegsbeute an die Sieger und fanden ihr Ende schließlich im Rahmen einer Übung. Als Zielschiff wurde das Schlachtschiff „Prinz Eugen“ 1922 von den französischen Einheiten „France“, „Jean Bart“, „Paris“ und „Bretagne“ mit schwerer Artillerie auf große Distanz versenkt. *M.R.*

Kaum ein Wahrzeichen ist zierlicher

Vor 100 Jahren wurde die Kleine Meerjungfrau an der Uferpromenade Langelinie in Kopenhagen aufgestellt

Sie gilt als eines der kleinsten Wahrzeichen der Welt. Nur 175 Kilogramm schwer und 1,25 Meter groß ist die Kleine Meerjungfrau in Kopenhagen. Dabei identifiziert sich nicht nur die Hauptstadt, sondern die ganze dänische Nation mit der sympathischen Figur. Für 38 Prozent der Dänen ist sie die Nationalikone. Das ist immerhin die relative Mehrheit. Sie verweist damit die für Dänemark so typischen reetgedekkten bunten Fachwerkhäuser, roten Briefkästen der Post Danmark und Rød pølse – die ebenfalls roten Hot-Dog-Würstchen, welche die EG einst verbieten wollte – auf die Plätze.

Ihre Entstehung verdankt die Kleine Meerjungfrau einem Ballettbesuch. 1909 besuchte Carl Jacobsen, der größte Kunstmäzen des Königreiches sowie Sohn und Nachfolger des Gründers der dänischen Brauerei „Carlsberg“, Jacob Christian Jacobsen, im königlichen Theater von Kopenhagen eine Ballettaufführung von Hans Beck nach Hans Christian Andersens Märchen „Die kleine Meerjungfrau“. In der Haupt- und Titelrolle war die Primaballerina Ellen Price zu sehen. Von dieser Aufführung war Jacobsen so sehr angetan, dass er den Bildhauer Edward Eriksen damit beauftragte, die Meerjungfrau dazustellen. Für das Gesicht stand Ellen Price daselbst Modell, für den blanken Oberkörper die Ehefrau des Künstlers.

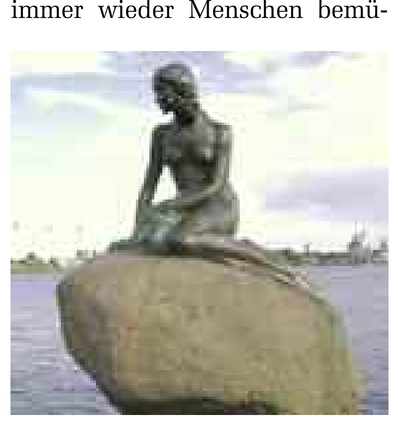
> Eine Ballettaufführung ließ den »Carlsberg«-Erben die Figur in Auftrag geben

Der Auftraggeber war für eine Flosse wie bei einer Nixe, der Künstler für zwei Beine wie bei einer Frau. Authentisch wäre beides gewesen, denn Andersens kleine Meerjungfrau lässt sich in dem Märchen für die Jagd nach einem Prinzen von der Meerhexe einen Trunk verabreichen, der ihr an Stelle ihres Fischschwanzes Beine wachsen lässt. Der Kompromiss besteht schließlich darin, dass man sich bei der Statue auf das Stadium der Wandlung einigt, was die Kleine Meerjungfrau zu einem Zwitter zwischen Nixe und Frau werden lässt. Sie besitzt zwar Beine, aber diese enden statt in Füßen in kleinen Flossen.

1911 ist die Tonfigur fertig und kann in Bronze gegossen werden. Nun entzündet sich zwischen Jacobsen und Eriksen ein Streit über den Standort. Dem Auftraggeber schwebt eine liebliche Variante vor. Er möchte die Figur inmitten von Blumen an einem Teich sehen. Der Künstler hingegen denkt eher an einen Standort am offenen Meer. Er kann dabei darauf verweisen, dass es sich ja schließlich um eine Meer- und nicht um eine Seejungfrau handelt, um die anmutigste und jüngste Tochter des Meerkönigs, wie es im Märchen geschrieben steht.

Der Künstler hat das Argument der Authentizität auf seiner Seite und setzt sich schließlich durch. Am 23. August 1913 wird die Kleine Meerjungfrau an der 1900 fertiggestellten Uferpromenade Langelinie am Eingang zur Hafeneinfahrt aufgestellt.

Selten hat ein derart vergleichsweise kleines Kunstwerk im öffentlichen Raum eine derart große Bedeutung für die Nation und Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gewonnen. Vielleicht ist dies der tiefere Grund dafür, dass sich immer wieder Menschen bemüßigt sehen, sich an der Kleinen Meerjungfrau zu vergreifen: 1961 wird sie mit einem aufgemalten Bikini verunstaltet, 1963 übergießt man sie mit Farbe, 1964 wird ihr der Kopf abgesägt, 1984 nimmt man ihr den rechten Arm ab und 1998 wieder das Haupt. 2003 schließlich wird sie vom Sockel gesprengt und ins Meer gestoßen.



Kleine Meerjungfrau Bild: Archiv

Wie gut, dass noch originale Gipsfiguren vorhanden sind, so dass notfalls entwendete oder zerstörte Teile nachproduziert werden können. Gerade auch wegen der geringen Ausmaße des Kunstwerkes wäre es schade, wenn die Behörden aus den Vorfällen die Konsequenz ziehen würden, die Kleine Meerjungfrau von der Küste ins Meer zu versetzen, wo sie vor den Menschen sicherer scheint. Dieses kann abgesehen von ihren vielen Bewunderern, die es Jahr für Jahr zu ihr treibt, auch nicht im Sinne der kleinen Meerjungfrau selber sein. Denn schließlich ist sie ja ganz bewusst aus dem Meer an Land gegangen, der Liebe wegen. Wer es nicht glaubt, lese es nach bei Hans Christian Andersen. *Manuel Ruoff*

Vor 200 Jahren verlor Napoleon die Initiative

Der Kaiser der Franzosen musste den Versuch aufgeben, nach Berlin vorzudringen – und zog sich nach Leipzig zurück

Nach dem Kriegseintritt Österreichs am 11. August 1813 standen Russen, Preußen, Österreicher und Schweden mit rund 500000 Mann der französischen Armee unter Napoleon mit 450000 Mann gegenüber. Trotz der enormen Verluste, die der Kaiser der Franzosen 1812 in Russland erlitten hatte, verfügte er einschließlich der Festungstruppen über 15 Korps und 4 Kavalleriekorps. Er plante, sich zunächst auf Dresden zu stützen und mit je einer Armeegruppe gegen Gebhard Leberecht von Blücher, gegen Karl Philipp zu Schwarzenberg oder gegen die Truppen vorzugehen, die Berlin deckten.

Auf Seiten der Verbündeten wurde die Schlesische Armee mit 105000 Mann vom 70-jährigen General Blücher geführt, während die Nordarmee mit 150000 Mann unter dem Befehl des Kronprinzen von Schweden, des ehemaligen französischen Marschalls Jean-Baptiste Jules Bernadotte, stand. Den Befehl über die Hauptarmee in Böhmen mit 250000 Mann führte Feldmarschall Schwarzenberg, der nach diversen Zwistigkeiten auch zum Oberbefehlshaber der Gesamtstreitkräfte ernannt worden war.

Entgegen den Erwartungen sollte von der Schlesischen Armee die größte Initiative ausgehen. Der von General Josef Wenzel Radetzky von Radetz entworfene Operationsplan sah vor, konzentrisch gegen die französischen Streitkräfte vorzugehen, doch hatte diejenige Armee, gegen die sich Bonaparte wenden würde, auszuweichen, während die übrigen Armeen den Gegner in Flanke und Rücken fallen sollten.

Am 17. August 1813 wurde in Schwarzenbergs Hauptquartier in Melnik die Offensive beschlossen. Der Schlüsselpunkt in der Aufstellung der weit auseinander gezogenen französischen Armee war Leipzig, und im Falle eines Verlustes würde Napoleon schwer in Nachteil kommen. Schwarzenberg wollte zunächst Dresden gewinnen und dann weiter auf Leipzig operieren. Während er seine Armee, zu der auch russische und preußische Kontingente gehörten, in Bereitschaft versetzte, wandte sich Bonaparte zunächst gegen Blücher in Schlesien, der aber gemäß Plan auswich. Diese Bindung Napoleons östlich der Elbe wollte Schwarzenberg nutzen und überquerte mit 200000 Mann das Erzgebirge.

Er versäumte es jedoch, Dresden schnell zu erobern, obwohl die Stadt nur von 30000 Mann besetzt war, und begnügte sich mit einer Einschließung der Altstadt. Bonaparte kehrte in Gewaltmärschen aus Schlesien zurück und stellte sich zur Schlacht. Die Verbündeten errangen am 26. August einige Erfolge, doch als Napoleon tags darauf angriff, entschied Marschall Joachim Murat mit seiner Reiterei die Schlacht, indem er die Österreicher auf ihrem linken Flügel überrannte. General Jean-Victor Moreau, der von Bonaparte verbannt worden war und nun dem Zaren diente, wurde tödlich verwundet. Es war der letzte Sieg Napoleons auf deutschem Boden.

Inzwischen hatte Marschall Dominique-Joseph-René Vandamme mit dem 40000 Mann starken I. Korps die Elbe bei Königstein überwunden und drohte, den Verbündeten den Rückweg nach Böhmen zu verlegen. Doch wenige Tage später wurde das I. Korps in den engen Tälern bei Kulm und Nollendorf fast zur Gänze vernichtet, und Vandamme geriet in Gefangenschaft. Die Verluste des Korps waren so hoch, dass Bonaparte es auflöste.

Dieser Erfolg verschaffte den Verbündeten neue Zuversicht. Inzwischen hatte auch Blücher, den die Russen bereits „Marschall Vorwärts“ nannten, die Offensive ergriffen. Er benutzte den Abzug der französischen Hauptkräfte aus Schlesien, um die Initiative an sich zu reißen. Immerhin stand ihm Marschall Jacques MacDonald mit vier Korps gegenüber, die Napoleon zur Rückendeckung in Schlesien belassen hatte. Jede der beiden Armeen verfügte über rund 90000 bis 100000 Mann. Blücher stand am 26. August mit zwei Korps dicht südlich der Katzbach, rund 20 Kilometer südwestlich von Liegnitz. Die linke Flanke wurde von einem dritten Korps gedeckt, und dazwischen floss die Wütende Neiße, ein Nebenfluss der Katzbach, die aufgrund von heftigen Regenfällen Hochwasser führte.



Schlacht an der Katzbach: Unbezeichneter Holzstich aus der Zeit um 1880 Bild: akg

Die Franzosen wollten auf das Plateau gelangen, um Blücher anzugreifen, mussten aber dazu bei strömendem Regen das Steilufer der Wütenden Neiße überwinden und das schwere Gerät mitschleppen. Oben angelangt, stießen sie auf das vorrückende Korps von General Ludwig von York, der sie zurückwarf. Dann ging Blücher an der Spitze seiner Kavallerie zum Gegenangriff über und schlug die Franzosen in die Flucht. Viele von ihnen stürzten den Steilhang hinab und kamen in den Fluten ums Leben. Blücher leitete unverzüglich die Verfolgung ein. MacDonald verlor bis zum 1. September etwa 30000 Mann und über 100 Geschütze. Das XII. Korps wurde fast völlig aufgerieben und aufgelöst. Mit diesem Sieg erhielt die Schlesische Armee Handlungsfreiheit zum Vormarsch nach Westen.

> Keine Siege mehr auf deutschem Boden ab dem 27. August 1813

Bonaparte wollte nun den großen Schlag führen und entsandte Marschall Michel Ney, den „Tapfersten der Tapferen“, mit vier Armee- und einem Kavalleriekorps gegen Berlin, das von zwei zahlenmäßig schwächeren Korps gedeckt wurde. Am 6. September kam es zwischen Jüterbog und Dennewitz zur Schlacht, in der General Wilhelm von Bülow, der Befehlshaber des III. preußischen Korps, den linken Flügel des Gegners umging und den Sieg errang. Die Franzosen verloren dabei 23000 Mann. Blüchers und Bülows Siege hoben mit einem Schlag die Wehrmoral in Preußen, und nun konnten die Verbünden die Einkreisung der bereits stark geschwächten französischen Armee ins Auge fassen. Der Feldzug näherte sich seinem Höhepunkt.

Heinz Magenheimer

Göring trieb ihn in den Selbstmord

Hans Jeschonnek war bereits mit 39 Jahren Generalstabschef der Luftwaffe – Vor 70 Jahren erschoss er sich

Mit 15 Leutnant, mit 39 Jahren Chef des Generalstabs der Luftwaffe, mit 42 Generaloberst. Die Karriere von Hans Jeschonnek war ebenso rasant wie von Tragik begleitet. Von seinem Oberbefehlshaber Hermann Göring verraten und als Sündenbock für alle Rückschläge im Luftkrieg missbraucht, setzte er am 18. August 1943 seinem Leben ein Ende.

Hans Jeschonnek wurde am 9. April 1899 in Hohensalza in der preußischen Provinz Posen geboren und meldete sich im Alter von erst 15 Jahren von der Hauptkadettenanstalt Lichterfelde als Kriegsfreiwilliger an die Front des Ersten Weltkrieges. Hier diente er im Niederschlesischen Infanterie-Regiment 50, wurde zum Offizier befördert und trat 1917 zur Fliegertruppe über. Nach dem Krieg diente er in Kavallerieeinheiten und absolvierte seine Generalstabsausbildung als Jahrgangsbester. Ab 1932 diente Jeschonnek im Reichswehrministerium, wo er mit dem Aufbau geheimer Kader für die von den Siegermächten verbotenen Luftstreitkräfte befasst war. 1935 wurde er in die neu aufgestellte Luftwaffe übernommen und erhielt im folgenden Jahr in Greifswald für ein Jahr das Kommando über das Lehrgeschwader der Luftwaffe. Danach kam er als Abteilungsleiter ins Reichsluftfahrtministerium, wo er zum Chef des Luftwaffenführungsstabes ernannt wurde.

Jeschonnek war zwar militärisch begabt und organisatorisch versiert, doch fehlte ihm strategische Weitsicht ebenso wie technisches Verständnis. Wie Hitler setzte er ganz auf offensive Luftkriegsmittel und forcierte den Bau von Sturzkampfbombern. Defensiven Jagdschutz für die Heimat lehnte er ab. Auf den Gedanken, dass sich das Glück im Kriegsfall gegen Deutschland wenden könnte und dem Reich dann das schützende Dach fehlen würde, kam er nicht. Als Hitler vollkommen illusorische Luftrüstungspläne hegte, war Jeschonnek der einzige im Reichsluftfahrtministerium, der sie guthieß. Doch nachdem Hitler und er einer Meinung waren, wagte es selbst Göring nicht mehr, ein reduziertes und auch die Reichsverteidigung berücksichtigendes Rüstungsprogramm vorzuschlagen.

> Das NS-Regime versuchte, die wahre Todesursache zu vertuschen

Am 1. Februar 1939 machte Jeschonnek den entscheidenden Karrieresprung. Zu diesem Zeitpunkt litt der Generalstab der Luftwaffe unter häufigen Wechseln an seiner Spitze. Sein erster Chef, Generalleutnant Walther Wewer, fiel einem Flugunfall zum Opfer, der Nachfolger Albert Kesselring den Dauerquerelen mit Görings Staatssekretär Erhard Milch und auch der nächste Generalstabschef, General der Flieger Hans-Jürgen Stumpff, räumte schon nach kurzer Zeit entnervt seinen Posten. So verfiel man schließlich auf den erst 39-jährigen Oberst Jeschonnek. Hätte dieser mehr Lebenserfahrung gehabt, hätte er wohl erkannt, was die Position des Generalstabschefs mit sich bringen würde. Persönlich bescheiden und integer, war er dem Intrigenspiel der Politiker und Spitzenmilitärs nicht gewachsen. Solange die Luftwaffe siegte, machte sich das kaum bemerkbar. Bereits im August 1939 zum Generalmajor befördert, wurde Jeschonnek im Juli 1940 unter Überspringung des Dienstgrades Generalleutnant zum General der Flieger und im Frühjahr 1942 zum Generaloberst befördert.

Doch als die Luftwaffe immer mehr in die Defensive gedrängt wurde und die Mängel der ganz auf das Blitzkriegkonzept ausgerichteten Luftrüstung offenbar wurden, begann sein Stern rapide zu sinken. Für alles, was fortan im Luftkrieg schief lief, musste er als Sündenbock herhalten. Als Stalingrad Ende 1942 eingeschlossen war, hielt Jeschonnek es für ausgeschlossen, dass die Luftwaffe die deutschen Truppen so versorgen könne, dass sie „lebens- und kampffähig“ blieben. Göring verbot ihm jedoch, Hitler gegenüber Zweifel zu äußern, und befahl ihm, die Luftversorgung zu garantieren. Nachdem diese gescheitert und die 6. Armee Anfang 1943 zugrunde gegangen war, schob Göring ihm dennoch die Alleinschuld daran zu.

Jeschonnek begann an seiner großen Verantwortung zu zerbrechen, wirkte ausgebrannt und verzweifelt. Langsam erkannte er, welchen fatalen Irrtümern er erlegen war. Und er begriff, dass gerade er als Generalstabschef zu den Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre nicht hätte schweigen dürfen. Doch nun war es dafür zu spät. Göring war für ihn kaum noch zu sprechen und wenn Jeschonnek zwangsläufig eigenständige Entscheidungen traf, wurde er dafür von seinem Oberbefehlshaber auf unflätigste Weise kritisiert. Dennoch blieb er auf seinem Posten und ertrug alle Demütigungen und Beleidigungen.

Der letzte Akt für den jungen Generalstabschef begann mit der Zerstörung Hamburgs im Juli 1943. Hitler und Göring waren außer sich vor Wut und warfen den Jagdfliegern Feigheit und Versagen vor. In Wirklichkeit war die Jagdwaffe viel zu schwach, um den alliierten Bomberströmen genügend Kräfte entgegensetzen zu können. Und daran trug Jeschonnek tat-



Hans Jeschonnek Bild: Archiv

sächlich eine Mitschuld, hatte er die Vermehrung der Jagdwaffe doch immer wieder zugunsten anderer Rüstungsprojekte zurückgestellt. Nun fehlte dem Reich das schützende Dach und die deutschen Städte waren der Zerstörung preisgegeben. Viel zu spät erkannte Jeschonnek, dass der einzige Ausweg zum Schutz des zunehmend von den Alliierten beherrschten deutschen Luftraums der forcierte Ausbau der Jagdwaffe und die Konzentration aller Kräfte in der Heimat war. Doch Hitler lehnte diesen vernünftigen Vorschlag schroff ab und verlangte stattdessen Vergeltungsangriffe auf London, was angesichts der Unterlegenheit der deutschen Bomberwaffe undurchführbar war. Obwohl Göring ganz Jeschonneks Meinung war, fiel er seinem Generalstabschef Hitler gegenüber in den Rücken.

Als die britische Luftwaffe am 17. August 1943 auch noch das deutsche Raketenzentrum in Peenemünde in Schutt und Asche legte, gab es für Jeschonnek keine Hoffnung mehr. Während sein Stab am nächsten Tag im „Lager Robinson“, dem ostpreußischen Luftwaffenhauptquartier Rominten, die Lage besprach, setzte Jeschonnek unweit des Goldaper Sees seinem Leben mit einer Pistolenkugel ein Ende. Selbst nach seinem Tod verging sich Göring noch an ihm, indem er als Todesursache Magenbluten verlauten und den Todestag auf den 19. August fälschen ließ, um nicht den Verdacht eines Zusammenhangs mit dem Luftangriff auf Peenemünde aufkommen zu lassen. Gegen Jeschonneks ausdrücklichen Wunsch nahm der Reichsmarschall an seiner Beisetzung teil und legte auch einen Kranz Hitlers nieder.

Jan Heitmann

Islam fasst Fuß

Zu: Moschee-Streit geht in heiße Phase (Nr. 31)

Ich beobachte Stürzenbergers Aufklärungsversuche seit einiger Zeit und bin beindruckt vom Durchhaltevermögen dieses Mannes. Bei so viel Gegenwind, der ihm sogar von CSU-Politikern ins Gesicht bläst, hätte jeder andere längst aufgegeben.

Wie es scheint, gehen wirtschaftliche Interessen mit menschenrechtsverachtenden Staaten wie Katar in München parteienübergreifend vor und der gesunde Menschenverstand wird abgeschaltet. Da nimmt man in Kauf, dass der Islam immer mehr Fuß fassen darf.

Rolf-Axel Günther, Genf/Schweiz

Bananen-Republik

Zu: Moschee-Streit geht in heiße Phase (Nr. 31)

Unsere Sozialsysteme werden von diesen bildungsresistenten und arbeitsscheuen Migranten ausgenommen wie die bekannten Weihnachtsgänse. So etwas ist nur in einem Staat wie Deutschland möglich und dank unserer total blinden und nur auf Wahlsiege schielenden Politiker leider auch möglich. Selbst Kanzlerin Angela Merkel kümmert sich nicht um dieses Problem aus Angst vor Stimmenverlust.

Es ist ein Jammer, wie tief Deutschland gesunken ist. Sogar in einer Bananen-Republik geht es anders zu.

Ludwig Adorf, Heiligenhaus

Schlimme Doppelmoral

Zu: Massenmord bleibt ungesühnt (Nr. 28)

Dass ausländische Mörder und Massenmörder als anerkannte Asylanten oder geduldete Ausländer seit Jahrzehnten frei herumlaufen, hat schon Walter Laqueur in seinem Buch „Die letzten Tage von Europa“ kritisiert. Herhalten für solche Ungeheuerlichkeit und auch bewusste Gefährdung der eigenen Bevölkerung muss stets das Argument, „ihnen drohe ja in ihrem Heimatland die Todesstrafe“.

Snowden, dem aktuell in den USA auch die Todesstrafe droht, wird dagegen Asyl verweigert. Wieso konnte dann – schon vor Jahren – die Bundesregierung ein EU-Protokoll unterschreiben, womit sie sich bereit erklärte, gegen Anführer künftiger europäischer Unruhen sofort die Todesstrafe einzuführen und anzuwenden?

Und wieso erhalten ehemalige politische DDR-Häftlinge, die im Rahmen ihrer Verhaftung Volkspolizisten, Geheimpolizisten oder SED-Funktionäre beschimpft oder gar geschlagen haben, zwar die Rehabilitierung, nicht aber die Haftentschädigung? Dafür lässt sich unser Staat die zu uns geflüchteten ausländischen Mörder jeden Monat Zehntausende Euro kosten: an Hartz IV, Arbeitslosengeld, Gesundheitskosten und so fort. Ja, die Doppelmoral in unserer Demokratie ist schwer zu überbieten.

David S. Vischer, Berlin

Falsches Signal

Zu: Oranienplatz: Die Stimmung kippt (Nr. 29)

Einmal abgesehen von der Pro- und Contra-Diskussion um das Asylanten-Problem: Es ist ungeheuerlich, dass der Berliner Bezirksbürgermeister Schulz Recht und Gesetz nach seinem eigenen Gutdünken verbiegen und missachten kann. Der andauernde Zustand am Oranienplatz beweist den in Berlin agierenden politischen Gewalttätern ein weiteres Mal, dass der Senat zur Durchsetzung von Recht und Ordnung in Berlin nicht mehr fähig ist. Das wird die einschlägigen Anarcho-Gruppierungen zu weiteren Taten beflügeln.

Lorenz Spiewok, Berlin

Wo ist die Wende?

Zu: Menschenverachtend (Nr. 32)

Kohl wollte auch die moralische Wende – ja, sie war fest versprochen. Was ist daraus geworden? Nach dem neuen Verständnis der CDU müsste Kohl wegen solcher Pläne aus der Partei ausgeschlossen werden. In diesem Punkt unterscheidet sich die heutige CDU in keiner Weise von den Grünen und Linken.

Ulla Lang, Bruchköbel

Integration braucht Geduld

Zu: Missbrauchter Sarrazin (Nr. 28)

Ich muss zu der emotionalen Buchbesprechung der Autorin sagen, dass ich dem Impuls, die Rezension schon bald an die Wand zu werfen, auch nur schwer widerstehen konnte – um mit ihren eigenen Worten, die sie über das Buch sagt, zu sprechen. Ich habe mich gefragt, wie eine verantwortliche Mitarbeiterin der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* sich zu einer solchen Steigerung von Subjektivität und Intoleranz, die sie ihrerseits dagegen bei einem Teil von Muslimen einklagt, hinreißen lassen kann.

Wir alle wissen, dass es keine realitätsgerechte Wahrnehmung von Verhaltensweisen gibt. Hier aber wird ohne Einschränkung der Stab gebrochen über Menschen, die als Fremde und damit als Bedrohung gelten und als Feindbild taugen – genauso wie wir Vertriebene damals, und als Feindbild mitunter sogar bis heute. Muslime haben Preußen nicht zerstört, das waren andere, andere mit christlicher Prägung. Es ist menschlich, und die Geschichte von Einwanderungswellen lehrt uns, dass es Generationen für eine Integration braucht. Einen großen Anteil trägt das Einwanderungsland dabei selbst.

Am Schluss, jetzt mit Einschränkung, hofft sogar die Rezensentin, dass sich eines Tages immerhin einige der Probleme bei der Integration in die Gesellschaft lösen werden. Nun, bis dahin können wir uns dann ja noch genüsslich am Feindbild abarbeiten. Dass Sarrazin von dem in Kanada geborenen Autor nur zweimal erwähnt wird, ist wohl der Tatsache geschuldet, dass Sarrazins diesbezügliche Thesen wissenschaftlich widerlegt worden sind.

Gerlinde Zimmermann, Hamburg



Wohin mit den Asylanten? Wie hier in München warten Einwanderer auch in wilden Camps auf den Asylbescheid. Anwohner fühlen sich davon zunehmend belästigt Bild: pa

Tun, was gefällt

Zu: Moschee-Streit geht in heiße Phase (31)

Es ist für uns Deutsche unerträglich, dass bisher rund 16 Millionen Migranten hierhergekommen sind, unsere Sozialsysteme mit jährlich mehr als 350 Milliarden Euro belasten und dann noch glauben, in unserer Heimat machen zu können, was sie wollen.

Alfred Kuhlemann, Eystrup

Gruß von Orwell

Zu: Sarrazin zu Unrecht abgestempelt (Nr. 30)

Wie weit sind wir eigentlich schon in unserer Entmündigung fortgeschritten, dass ein von keinem Volk gewählter UN-Antirassismus-Ausschuss es sich herausnimmt, Deutschland zu rügen und geflissentlich die Gesetzgebung nach seinen (des Ausschusses) Erkenntnissen so zu modifizieren, damit es wieder in das Weltbild der UN-Welt-Diktatoren passt? George Orwell ist nicht mehr weit. Warum lassen wir uns das gefallen?

Herbert Jacobi, Schlüchtern

Beim Konsum Vernunft einschalten

Zu: Lockmittel Kindergeld (Nr. 29)

Dass es durch deutsche beziehungsweise EU-Gesetzgebung falsche Anreize für fragwürdige Geschäftsmodelle gibt, die staatliche Transfers als „feste Lohnbestandteile“ einkalkulieren, ist schlimm genug. Um den Missbrauch zu bekämpfen, ist wohl in dem Anreiz selbst die Ursache zu suchen – gäbe es ihn nicht in der Form, gäbe es auch den Missbrauch nicht.

Doch das ist wohl nur eine Seite der Medaille, wenn auch eine unschöne. Für die andere Seite, die auch nicht als positiv zu betrachten ist, sind wir wohl alle zumindest zu einem großen Teil mitverantwortlich. Trachten viele Verbraucher nicht danach, alles zu jeder Zeit verfügbar zu haben, und zwar so billig wie möglich? „Preiswert“ wäre hier wohl das falsche Wort. Müssen Fleisch und Fleischprodukte täglich zu fast jeder Mahlzeit auf den Tisch? Können wir nicht Maß halten und uns auf ein paar Scheiben frischen Aufschnitt oder den Sonntagsbraten freuen? Das ist wohl ein schwieriges Unterfangen in Zeiten, in denen wöchentlich Werbung in unsere Briefkästen flattert, die uns sagt, was wir wirklich „brauchen“.

Hat uns die Industrie mittlerweile vollkommen im Griff, dass wir lieber täglich im Supermarkt Abgepacktes mit langer Haltbarkeit kaufen, statt uns auf weniger und dafür frische Produkte aus der jeweiligen Regionen beschränken, zu einem Preis, der handwerkliche Arbeit noch wertschätzt? Das ist ein weiterer Aspekt, dessen Spiegel uns der deutsche und westeuropäische Arbeitsmarkt vorhält: Die Wertschätzung von Handwerker- und Facharbeiterberufen. Viele junge Leute bekommen gar nicht mehr vermittelt, dass man als Fleischer, Bäcker oder auch anderer Handwerker oder Facharbeiter Freude am Beruf und ein Auskommen finden kann. Gesehen wird nur die schwere Arbeit, weshalb viele Eltern ihren Kindern raten zu studieren oder zumindest „irgendwas im Büro“ zu lernen – sicherlich gut gemeint, aber die Kehrseite sieht man dann eben im Zustrom ausländischer Arbeitnehmer, wie im Artikel dargestellt.

Wenn wir das nicht wollen, müssen wir wohl selbst auch etwas dafür tun. Nur was? Werfen wir die Werbung ins Altpapier und fangen auch beim Essen am besten mit der Besinnung auf Kant an: Sapere aude – Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!

René Jäck, Bad Belzig

Wo bleibt die Entschuldigung?

Zu: Geben, statt nehmen (Nr. 26)

Die Aussage des Sprechers der LO, Stephan Grigat, auf dem Sommerfest in Osterode, die Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen kommen nicht, um etwas zu fordern, sondern, um zu geben, entspricht dem Verhalten der Ostpreußen bei ihren Kontakten mit den polnischen Bewohnern. Aber viele Ostpreußen erwarten von polnischen Politikern eine Entschuldigung für die Vertreibungen aus ihrer Heimat. Der Bund der Vertriebenen sollte sich nicht scheuen, im Namen der Vertriebenen eine solche Erwartung an die Vertreiberstaaten zu richten.

Im November 1945 kam es zu einer angekündigten Austreibungswelle bei Schnee und eisiger Kälte für die vielen in der Heimat Verbliebenen. Die Organisatoren dieser völkerrechtswidrigen Vertreibungen wussten genau, dass derartige Gewaltaktionen mit Krankheit und Tod verbunden sind. Obwohl der Krieg schon ein halbes Jahr beendet war, wurden diese Taten ausgeführt.

60 Jahre nach den Gräueltaten an Millionen Zivilisten gibt es für die Vertreiberstaaten nur den Schritt der Versöhnung durch Entschuldigung, da juristische Schritte vom Westen bisher stets abgelehnt wurden. Nur wenn es um Unrechtstaten von Deutschen geht, sind Gerichte immer noch aktiv. Da von unseren Politikern Einsatz für Recht und Freiheit kaum zu erwarten ist, sollten die Vertreter der Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen diese Lücke ausfüllen und dem Recht und der Freiheit wenigstens für die Vertriebenen alle Ehre erweisen.

Siegfried Neckritz, Osnabrück

Viel EU-Murx

Zu: Sarrazin zu Unrecht abgestempelt (Nr. 30)

Diejenigen, die uns das Desaster mit den Migranten eingebrockt haben, wollen das natürlich nicht zur Kenntnis nehmen. Die Kosten, die dem Steuerzahler entstehen, sind dermaßen gigantisch, dass eine Berechnung der Kosten als diskriminierend bezeichnet wird. Den Verantwortlichen sei ins Stammbuch geschrieben: sich auf Kosten des kleinen Mannes als großzügig zu erweisen, ist eine Frechheit. Die EU – an sich eine großartige Idee – ist von den Politikern kaputtgemacht worden. Aus Funktionalität durch Vielfalt wurde Murx durch Einfalt.

Alwin Häle, Muntlix

Selbst schuld

Zu: Finger in die Wunde gelegt (Nr. 31)

Ich kann es mir nicht verkneifen zu schreiben, dass es diesen links-grünen Beamten(-Lehrern) recht geschieht, wenn ihr politisch gleichgesinnter Oberlehrer, Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann, ihnen die Gehälter und Pensionen kürzen will. Warum wählen sie dann so einen Mann?

Beamte sind eben keine schützenswerten Juchtenkäfer und stehen somit nicht unter links-grüner Obhut. Kretschmann wird sicher noch viel Beifall und Helfer unter politisch ähnlich denkenden Studienabbrechern in anderen Bundesländern finden. Dann freut euch, „Diener des Staates“, schon einmal auf eure Zukunft.

Barbara Berger, Dortmund

Cäsar kam, sprach und siegte

Zu: Gefesselt in der Omega-Schleife (Nr. 30)

Mit Interesse habe ich den Reisebericht über die Stadt Besançon gelesen. Zu den geschichtlichen Aspekten jener Stadt könnte man noch auf etwas hinweisen, was sehr lange zurück liegt: Im ersten vorchristlichen Jahrhundert hieß jene Stadt Vesontio und galt als der größte Ort des gallischen Stammes der Sequaner.

Kein geringerer als Julius Cäsar berichtet in seiner Schrift über den gallischen Krieg („De Bello Gallico“ ab Kapitel 38) von jener Stadt und beschreibt ihre Lage folgendermaßen: Für alle Dinge des Krieges ist sie höchst geeignet, weil der Fluss Dubis sie fast vollständig wie mit einem Kreis („ut circino“) umgibt und an der Stelle, wo er nicht die Stadt berührt, ein hoher Berg liegt, den eine Mauer umgibt, so dass er zu einer Festung wird.

In dieser Stadt hätte 58 v. Chr. Cäsar, der auf gallischem Boden mit Germanen unter ihrem Führer Ariovist in einen Konflikt geraten war, fast eine militärische Katastrophe erlebt. Bei seinen Soldaten hatte sich herumgesprochen, welche Tüchtigkeit und Kampfbereitschaft die Germanen auszeichnen würde. Angst machte sich breit, und die Armee stand kurz vor einer Gehorsamsverweigerung. Aber Cäsar meisterte die gefährliche Lage mit strategischem Geschick und rhetorischer Finesse. Durch eine Rede gelang es ihm, die Legionäre von ihrer Überlegenheit den Feinden gegenüber zu überzeugen, so dass sie ihrem Feldherrn folgten. Cäsar blieb damit die „Schlappe von Vesontio“ erspart.

Dr. Dieter Grau, Bonn

Keine Angst vor den paar Wölfen

Zu: Angst vorm Wolf (Nr. 26)

Der im Artikel genannte Schadenbetrag von 58 Millionen Euro in den vergangenen sechs Jahren, der angeblich durch Wölfe in Brandenburg verursacht wurde, bedarf einer Korrektur. Derzeit leben etwa 110 Wölfe in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Ende 2012 lebten in Brandenburg sechs Rudel mit 30 bis 40 Wölfen einschließlich etwaiger Einzelgänger. Im Jahresdurchschnitt müssten die – angenommen nur 40 Tiere – brandenburgischen Wölfe einen Schaden von rund 9,67 Millionen Euro bewirkt haben, also rund 240 000 Euro je Isegrim.

Nehmen wir an, die Wölfe reißen nur besonders teure Schafe im Wert von 200 Euro, dann müsste jeder Wolf inklusive der Welpen 1200 Schafe gerissen haben. In Brandenburg gibt es rund 120 000 Schafe. Knapp drei Jahre hätten also genügt, den brandenburgischen Schafbestand auszulöschen. Daraus ergibt sich, dass die eingangs genannte Schadenziffer grober Quatsch ist.

In einer Pressemitteilung des brandenburgischen Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz vom 14. Dezember 2010 ist zu lesen, dass in Brandenburg in den Jahren 2007 bis 2009 von Tierhaltern eine Wolf-Schadensumme von 18 403 Euro geltend gemacht wurde. In Sachsen mit deutlich höherem Wolfsbestand waren es im gleichen Zeitraum 27 653 Euro.

Fazit: Mit diesem Artikel wurde kein konstruktiver Beitrag zur Wolfsproblematik geliefert – eher zur Förderung des „Rotkäppchen-Syndroms“.

Horst Mauer, Hofheim am Taunus

Krieg um Waren

Zu: Experte: Gold ist weg! (Nr. 29)

Um den Kommentar zu ergänzen: einfach mal das Zahlungsverkehrssystem „Target 2“ aufrufen und sich über die Billion, die uns die Südländer schulden, informieren. Was heißt hier Verdacht? Selbstverständlich haben wir einen Wirtschaftskrieg. Wer hat den Begriff eingeführt? Wir?

Wir wollten unsere hungernde Bevölkerung ernähren, und dazu war der Export von Gütern gedacht, um Nahrungsmittel zu kaufen. Bitte einfach mal nachlesen über die Hungersnot vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg.

Rüdiger Röthke, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt



Nr. 33 – 17. August 2013

Preisgekröntes der Fotomania

Im Museum Friedländer Tor ist eine Ausstellung im Rahmen der Baltischen Biennale der Fotografie „Fotomania 2013“ zu sehen. Es sind Aufnahmen eines Projekts mit dem Titel „Preußische Braut“, mit dem die Künstlerin Maria Koschanowa den ersten Platz des renommierten Wettbewerbs gewann. Die Anregung zu ihrer Fotoserie erhielt Koschanowa durch das gleichnamige Buch von Jurij Bujda, das sie schon während ihrer Schulzeit in seinen Bann gezogen hatte. Es handelt sich um Geschichten und Legenden, die sich um Ostpreußen ranken. Viele Erklärungen zur Vergangenheit Ostpreußens bringen



Titelfoto der Ausstellung

dem Leser die deutsche Geschichte nahe: „Wer sind wir hier, wer war hier vor uns, wie war das Leben hier, bevor das Gebiet russisch wurde?“ Diese Fragen fanden fast zehn Jahre später Ausdruck in einem fotografischen Produkt. Als Leitmotiv des Projekts diente eine Legende Bujdas über einen Jungen, der Gräber plünderte. Als er das Grab eines jungen Mädchens ausheben wollte, erhob dieses sich mit einem Seufzer und entschwand in einer Staubwolke. „Für mich liegt das Geheimnis unseres Landes in seiner Erde verborgen, denn sie ist mit den Erinnerungen an Preußen erfüllt. Die Häuser verfallen, es bleiben Ziegelsteine und die Menschen, die sich an die hier lebenden Deutschen erinnern, sind lange weg. Die Personifizierung des Landes in Form eines jungen blonden Mädchens, das starb und deshalb für immer eine Braut blieb, habe ich mit der ganzen Geschichte unserer Region verbunden, mit seinen heidnischen Wurzeln und Bildern, die die Phantasie erzeugt“, sagte die Autorin. Die „Preußische Braut“ ist eine Art literarische Erzählung in Fotos über die Jugend, die immer wieder auflebende Natur.

Maria Koschanowa wurde 1986 in Königsberg geboren. Im Jahr 2008 schloss sie die „Staatliche Technische Universität Kaliningrad“ ab. Seit 2007 nahm sie an vielen Fotoausstellungen in Russland und im Ausland teil. 2011 gewann sie schon einmal die „Fotomania“. *PAZ*

Museum Friedländer Tor, ul. Dzerschinskogo 390, 236004 Kaliningrad. Telefon 007 (4012) 644020.

Selbstständigkeit gegen Müßiggang

Königsberg eröffnet Zentrum für Existenzgründer – Jaroschuk ermutigt Hochschulabsolventen

Die Folgen der Wirtschaftskrise sind auch im Königsberger Gebiet sichtbar. Weil mittelständische Betriebe weitgehend fehlen und die Großkonzerne russlandweit Personal abbauen, haben vor allem Hochschulabgänger Probleme, Arbeit zu finden. Dem will der Staat mit einem Förderprogramm für Hochschulabsolventen entgegenwirken. Kürzlich eröffnete Königsbergs Bürgermeister Alexander Jaroschuk ein Informationszentrum für Existenzgründer.



Zu viel Freizeit: Jugendliche hängen laut Bürgermeister Jaroschuk zu viel herum Bild: J.T.

Die Idee zur Gründung eines Informationszentrums für Existenzgründer wurde bereits im vergangenen Jahr im Rahmen des staatlichen Förderprogramms „Du bist Unternehmer“ geboren. Es zielt darauf ab, in der breiten Öffentlichkeit für mehr Eigeninitiative und den Mut zur Selbstständigkeit zu werben. Ein wichtiger Bestandteil sind Seminare mit dem Ziel, die unternehmerische Kompetenz zu fördern. Erfahrungswerte zeigen, dass jeder vierte Absolvent einer solchen Bildungsmaßnahme sich später dazu entschließt, ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Dass in Russland ein gesunder Mittelstand fehlt, tritt aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung immer deutlicher zutage. Allein in den vergangenen Monaten haben in ganz Russland Zehntausende kleinerer und mittlerer Betriebe geschlossen. Hintergrund dafür war, dass der Staat beschlossen hatte, ab 2013 die Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung zu verdoppeln. Diese Belastung konnten viele Unternehmer nicht mehr stemmen und gaben auf.

Alexander Jaroschuk hat das staatliche Programm mit der Gründung eines Zentrums zur Förderung des Jungunternehmertums in Königsberg unterstützt, wobei er die Leiter für Sport- und Jugendpolitik in der Stadtverwaltung mit ins Boot nahm.

Jetzt können junge Menschen, die sich selbstständig machen wollen, ihre Ideen mit Unterstützung von professionellen Beratern verwirklichen. Die Institution hat neben einem Tagungsraum einen mit Büromaschinen ausgestatteten Arbeitsplatz, ein Chefbüro sowie eine Geschäftsbibliothek. Das Zentrum hat die Aufgabe, den Existenzgründern beratend und informierend zur Seite zu stehen und Analysen durchzuführen. Partner des Projekts sind die Agentur für Jugendangelegenheiten des Königsberger

Russlands Pendant zu Schröders »Ich-AG«

Gebiets, die Industrie- und Handelskammer sowie die Vereinigung der Zentren zur Unterstützung des kleineren und mittleren Unternehmertums. Es wird erwartet, dass das neu gegründete Zentrum in den kommenden zwei Jahren etwa 200 junge Unternehmer hervorbringen wird. Bei der Eröffnung des Zentrums rief Alexander Jaroschuk die Königsberger Jugendlichen dazu auf, alle Möglichkeiten einer höheren Bildung zu nutzen. Mit Bedauern stellte er fest: „Von den Studenten sind 90 Prozent Herumlungerer. Sie sitzen, trinken, laufen herum und nehmen Drogen. Nach fünf Jahren Studium werden aus ihnen ahnungslose Juristen, Finanzleute oder Banker. Väter und Mütter, alle rufen: ‚Schafft Arbeitsplätze, mein Sohn hat keinen schlechten Abschluss!‘ Aber Arbeitsplätze kosten Geld. Niemand will einen Jungen oder ein Mädchen, das fünf Jahre lang dem fröhlichen Studentenleben frönte, einfach so einstellen. Es gibt schon eine ganze Armee in Königsberg mit Diplomen, die sofort alles haben willollen.“

Eine Aufgabe des Zentrums ist es laut Jaroschuk, den jungen Menschen zu erklären, dass sie nicht untätig bleiben sollen, sondern ihre Fähigkeiten und ihre Hochschulbildung zur Eigeninitiative nutzen. „Damit sie schon früh darüber nachdenken, was morgen sein wird. Wem nutzen sie, welchen Berufsweg werden sie einschlagen mit diesem Diplom und mit dieser Herangehensweise?“

Jaroschuk brachte seine Kritik an der Jugend in teils drastischen Formulierungen vor. Dabei hat sich seit dem Inkrafttreten des Verbots für den Verkauf von Spirituosen in der Zeit von 22 Uhr abends bis 10 Uhr morgens vieles zum Besseren verändert. Früher hatten sich an den Supermarktkassen abends Schlangen gebildet mit Leuten, die Flaschen unter den Armen trugen, die sie anschließend in den nahegelegenen Höfen und Parks bis in die Morgenstunden hinein entleerten. Die Trinkgelage führten zu massiven Beschwerden durch Anwohner. Heute sind die Läden ab 22 Uhr wie leergefegt und in den Höfen ist es ruhiger.

In letzter Zeit fallen immer mehr junge Leute auf, die ihre Freizeit sinnvoll nutzen. Es gibt einen Fahrradclub, der sich abends zu Radtouren aufmacht und sich für den Ausbau von Radwegen einsetzt. Bleibt zu hoffen, dass die Zahl dieser Aktiven und Sportlichen noch steigen wird. *Jurij Tschernyschew*

»Wir streben Zweisprachigkeit an«

VdG in Oppeln bot Gästen aus der Bundesrepublik Einblick in die Situation der Deutschen Minderheit

So viele Besucher hatten wir gleichzeitig hier noch nie!“, stellte mit Freude und Staunen Maria Neumann fest. Sie ist die Büroleiterin vom Verband der deutschen Gesellschaften in Polen (VdG), der seinen Sitz in Oppeln hat. Wenig später begrüßte Norbert Raasch, der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes, die aus allen Teilen der Bundesrepublik stammenden Gäste. Sie bildeten eine Reisegruppe von 80 Personen, die unter der Leitung von Manfred F. Schukat und Friedhelm Schülke aus Anklam in knapp sieben Tagen Teile Nieder- und Oberschlesiens sowie Sehenswürdigkeiten von Krakau erkundete. Der Besuch des Sitzes des VdG an einem heißen Sommertag war zweifellos eine Bereicherung des vielseitigen Reiseprogramms.

Norbert Raasch richtete Grüße des Vereinsvorsitzenden Bernard Gaida aus, der nach einem Gesprächstermin beim Woiwoden sich auf den Weg „ins Vaterland“, sprich die Bundesrepublik, gemacht hatte. Raasch brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, dass die Deutschen in der Republik Polen bei der diesjährigen Bundestagswahl mitmachen können. „Das freut uns besonders. Heimat haben wir hier, Vaterland haben wir bei Ihnen.“



Beim Vortrag vor seinen Gästen aus der Bundesrepublik: Norbert Raasch Bild: Eichler

Auf die stets gestellte Frage nach der Zahl der Deutschen in der Republik Polen lautete die Antwort: „Das wissen wir nicht genau. So um die 300 000 Deutsche werden es sein.“

Im Verband der deutschen Gesellschaften sind zehn Organisationen zusammengeschlossen. Die Vertreter aller dieser Vereine kommen zu Jahresversammlungen zusammen. Mit Stolz verkündete Raasch: „Hier wird Politik gemacht!“ Tatsache ist, dass im Vordergrund die Kulturarbeit steht. Vor zwei Jahren wurde das 20-jährige Bestehen des Verbandes in Form von Konzerten und literarischen Veranstaltungen begangen. Seit 20 Jahren organisiert man die Wallfahrt der Volksgruppe auf den St. Annaberg und andere Pilgerfahrten.

Das Leitthema für 2013 lautet „Verbunden mit der Jugend“. In vielen Vereinen fehlt der Nachwuchs oder es hapert an der Zusammenarbeit. Bis vor einem Jahr hat der Verband noch Kinderfreizeiten angeboten. Eine nüchterne Feststellung: „Unsere Mitglieder in den kleinsten Strukturen beherrschen kaum Deutsch.“

Nicht verschwiegen wurde, woher der Dachverband das Geld für seine Projekte erhält. So gibt es Direktmittel aus dem Bundesinnenministerium, beispielsweise für die Sprachkurse an Sonnabenden, es gibt Mittel aus der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Mittel aus dem Auswärtigen Amt, aber auch Geld für Anträge, die an das zuständige polnische Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung gestellt werden.

»So viele Besucher hatten wir gleichzeitig hier noch nie!«

Ein auch für die Zukunft wichtiges Projekt wird die Konsolidierung der Begegnungsstätten sein. Vergangenes Jahr wurden über 500 Projekte durchgeführt. Raasch sprach von Deutschen, die sich als Deutsche fühlen, aber nicht Deutsch sprechen. Das beträfe eine große Zahl der jetzt 40- bis 50-Jährigen. Er stellte klar: „Wir streben Zweisprachigkeit an.“

Zweisprachige Ortsschilder findet man nur in der Woiwodschaft Oppeln. In 20 Jahren wurden allein in Oppeln über 100 000 deutsche Pässe ausgestellt. Seit diesem Jahr gibt es die Möglichkeit, dass sich in Polen lebende Deutsche einen deutschen Personalausweis ausstellen lassen. Davon haben im ersten Halbjahr erst 1000 Menschen Gebrauch gemacht. Klare Feststellung von Norbert Raasch: „Der deutsche Pass ist nützlich für Reisen nach Amerika. Und jemand mit deutschem Pass wird beim deutschen Arbeitgeber anders behandelt als jemand mit nur polnischem.“

Mit dem Geschenk des 2011 vom VdG herausgegebenen Buches „Als Deutscher in Polen leben“ an die Gäste aus der Bundesrepublik endete dieser informative Besuch, dem sich ruhig noch eine Fragestunde hätte anschließen können. *Ute Eichler*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

manchmal muss ich an jenen Mr. **Atkinson** aus Mittelengland denken, der mich – long, long ago – die „deutsche Miss Marples“ nannte. Aufgrund der Tatsache, dass wir die Familie eines ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen gefunden hatten, der 1946/47 dort in der Grafschaft Derbyshire zu Erdarbeiten eingesetzt worden war und den er lange Jahre nach dessen Entlassung vergeblich gesucht hatte – bis er unsere Anschrift erhielt. Nun hatten wir nicht die geringste Ahnung, wo wir nach über 40 Jahren diesen **Kurt P.** finden sollten, denn die einzige konkrete Angabe war die seines Namens – und die Vermutung von Mr. Atkinson, dass er ein „Preusse“ war. Wie wir ihn suchen sollten, stand allerdings fest: über unsere Ostpreußische Familie. Ich will es kurz machen: Kurz P. wurde leider nicht gefunden, denn er war bereits verstorben, aber seine im Ruhrgebiet wohnende Tochter meldete sich und wir konnten sie mit Mr. Atkinson in Verbindung bringen. Es war schon eine verzwickte Suche gewesen und viel Glück gehörte auch dazu, aber es zeigte doch, dass unsere Ostpreußische Familie Unmögliches möglich machte. Was sich im Laufe der weiteren Jahrzehnte dann auch bestätigte.

Auch jetzt wieder – deshalb habe ich ja diese alte Geschichte hervorgekramt. Zwar ist unsere neue nicht so spektakulär wie die erwähnte, aber doch außergewöhnlich, weil sie gänzlich unerwartet kommt. Es geht um das Denkmal an die deutschen Bewohner von Pillkoppen, das **Armin Toll** auf dem einst großelterlichen Grundstück errichtet hatte. Herr **Jörn Pekrul** hatte es vor zwei Jahren fotografiert, und wie er vermutet hatte und wir aufgrund einer Mitteilung von Frau **Ulla Rebentisch** in Folge 31 bestätigt bekamen, ist es inzwischen verschwunden. Kaum erschienen, meldete sich Frau Rebentisch mit einer brandneuen Nachricht:

„Es ist doch unglaublich, wie schnell die Pillkopper reagieren. Ich hatte am Morgen in Nidden angerufen um den anderen mitzuteilen, dass über das Denkmal berichtet wurde. Heute, am 1. August, war **Siegrid Toll** mit der Nidderin **Renate Gleikina** geborene **Peleikis** in Pillkoppen und hat mit Bauarbeitern, Handwerkern und Einwohnern gesprochen und ist tatsächlich fündig geworden: Versteckt hinter einem Bauzaun fand sie das Denkmal. Nach Aussage des Vorarbeiters soll es wieder an seinem alten Platz aufgestellt werden. Außerdem soll in dem wieder hergestellten Haus von **Erna Baltsch** ein Museum errichtet werden. Zu gegebener Zeit wollen wir noch einmal Kontakt mit Ihnen aufnehmen um dann noch alte Dinge von Pillkoppen von Ihren Lesern zu erbitten.“

Ja, es hat sich also alles geregelt, das Denkmal kommt wieder an seinen alten Platz auf dem Grundstück, das heute **Juri Iwanow** bewohnt. Es war also keine beabsichtigte Beseitigung des aus vier Metalltafeln bestehenden Denkmals mit der Inschrift: „Den ehemaligen Bewohnern von Pillkoppen zum Gedenken“. Da hat unsere Ostpreußische Familie aber eine blitzschnelle Aufklärung bewirkt. Wir sagen vor allem Frau Ulla Rebentisch aus Bad Bertrich herzlichen Dank für ihre spontane und so erfolgreiche Mithilfe! Den Hinweis auf das geplante Museum gebe ich schon jetzt bewusst weiter, denn vielleicht besitzt doch dieser oder jener noch ein Souvenir an dieses Nehrungsdorf, das sich für das Museum eignet, und bewahrt es, bis wir zum Sammeln blasen!



Zu Ehren Kaiser Wilhelm I. erbaut: Das Kyffhäuserdenkmal Bild: Archiv

Und auch im nächsten Fall ist unsere Leserschaft gefragt, und diesmal geht es wieder um eine kulturhistorische Frage. Frau **Anna Sass** aus Berlin stellt sie, denn sie beschäftigt sich zurzeit intensiv mit der Lebensgeschichte des Berliner Schlachtenmalers **Carl Rechlin**, *1802, †1875. Die Kunsthistorikerin versucht, aus allen zugänglichen Quellen seine Biografie zu rekonstruieren und eine Werkübersicht zusammenzustellen. Diese Forschungsarbeit führt sie auch nach Königsberg, denn dort befand sich mindestens eines seiner berühmten Gemälde. Deshalb wendet sich Frau Sass an uns mit folgender Suchfrage:

„Ein Rechlin-Gemälde ‚Erstürmung des Grimmaischen Tores in Leipzig durch das Königsberger Landwehrbataillon‘ hing seit 1844 im Magistrats-Sitzungssaal des Kneiphöfischen Rathauses. Es hatte dort einen Ehrenplatz unter dem Brustbild Friedrich Wilhelm III. Wer kann Näheres zu diesem Gemälde und seiner Geschichte mitteilen? Wer verfügt eventuell über Aufnahmen des historischen Magistrats-Sitzungssaales, auf denen möglicherweise das Gemälde zu sehen ist? Ein weiteres Gemälde von Carl Rechlin befand sich vermutlich im Königsberger Schloss. Auch hier suche ich nach Quellen und Kontaktpartnern.“

Die dürfen sich nach dieser Veröffentlichung finden. Ich selber bin auch schon ein wenig fündig geworden, denn ich stieß in einer alten Königsberger Chronik auf folgende Angabe: „Das Königsberger Landwehrbataillon erstürmte unter ihrem tapferen Führer, dem Major **Friccius**, am 19. Oktober (1812) das Grimmaische Tor Leipzigs, eine Heldenthat, die durch das Rechlinsche Gemälde in dem Sitzungssaale des Magistrats ein ehrendes und mahnendes Denkmal patriotischer Aufopferung erhalten hat.“

Das war's dann leider auch. Hoffen wir also auf unsere Familie. (Anna Saß, Petersburger Straße 25 in 10249 Berlin, E-Mail: anna.sass@online.de)

Vorarbeit haben wir auch schon für die nächste Frage geleistet, die sich ebenfalls in den kulturhistorischen Rahmen einfügen lässt. Allerdings handelt es sich nicht um erwünschte Angaben zu wissenschaftlichen Zwecken, sondern ganz einfach um die Klärung eines anscheinend seltenen Fundes. Eines Doppelfundes sogar, denn es handelt sich um zwei Tischdecken, die Frau **Munzert** aus Oelsnitz bei einer Haushaltsauflösung entdeckte. Obgleich sie über 100 Jahre alt sein müssen, ist ihr Zustand noch einwandfrei. Die reich gemusterten Decken zeigen patriotische Motive aus der Kaiserzeit. Einige konnte der Ehemann der Finderin, Herr **Sascha** Munzert, schon deuten, aber es blieben noch weitere Fragen offen, und deshalb wandte er sich an uns. Warum an die Ostpreußische Familie? Das Ehepaar hat weder ostpreußische Wurzeln, noch weisen die Decken auf eine Herstellung in Ostdeutschland hin. Herr Sascha Munzert, Jahrgang 75, ist ein „eingeborener Erzgebirgler“, wie er schreibt, aufgewachsen in der DDR, also ohne Wissen über die ostdeutschen Provinzen. Aber nach der Wende wurde in ihm das Interesse für deutsche Geschichte geweckt und dadurch kam er zur *PAZ*, die er „seit einigen Jahren mit großer Freude lesen darf“! Und so kennt das Ehepaar auch unsere Kolumne und kam sofort – als die historischen Fragen nach Herkunft und Zweck der Decke im Raum standen – auf die Idee, sich an uns zu wenden, und übersandte uns einige Fotos, die aber so unscharf sind, dass man die Motive kaum erkennen kann. Jede Tischdecke zeigt an allen vier Ecken das Kyffhäuser-Denkmal und, wie Herr Munzert vermutet, das Wappen der Hohenzollern (stimmt!) An den Seiten sind drei Porträts abgebildet, von denen er zwei zu erkennen glaubt, nämlich Kaiser Wilhelm II. und Bismarck (stimmt auch!) Das dritte Porträt konnte er nicht identifizieren, darum bat er uns um Hilfe. Für unsern Militärhistoriker kein Problem: Kaiser Wilhelm I. (gelöst!) Bleibt noch die Hauptfrage bestehen: Wann und zu welchem Zweck wurden diese Decken angefertigt? Hier können wir nur Vermutungen aufstellen und müssen unsere Leser um Mithilfe bitten. Das Kyffhäuser-Denkmal wurde in den Jahren 1890 bis 1896 auf den Ruinen der alten Reichsburg Kyffhausen zu Ehren Kaiser Wilhelm I. errichtet. Jedes Schulkind lernte früher die Sage „vom alten Barbarossa, des Kaisers Friederich“, der sich im unterirdischen Schlosse verzaubert hält und der einst aufwachen wird, wenn die Raben nicht mehr um den Berg fliegen, um das Reich zu retten. Im jungen Kaiserreich sah man diese Zeit gekommen, deshalb zeigt das über 80 Meter hohe Denkmal nicht nur Friedrich I., sondern auch Kaiser Wilhelm I. in Form eines Reiterstandbildes. Es ist anzunehmen, dass die von Frau Munzert entdeckten Decken anlässlich der Einweihung des von **Bruno Schmitz** entworfenen Denkmals als Gedenk- und Schenk-Artikel hergestellt wurden oder auch bis zum Ersten Weltkrieg den Kyffhäuser-Besuchern als Souvenirs angeboten wurden. Vielleicht wissen Bewohner dieses schönen deutschen Mittelgebirges mehr über diese „Kyffhäuser-Decken“, die sicher noch in Museen oder Heimatstuben zu finden sind. (Sascha Munzert, Untere Siedlungsstraße 10 in 09376 Oelsnitz, Telefon 01744821498, E-Mail: saschmunz@gmail.com)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Über das Buch von **Heinz Timmreck** „Letzte Flüchtlingszüge aus Ostpreußen“ haben wir schon oft berichtet, auch darüber, dass eine neue erweiterte Auflage erscheinen soll, die nicht zuletzt auch auf Grund der Informationen, die der Autor aus dem Kreis unserer Ostpreußischen Familie erhalten hat, notwendig wird. Unser Leser und Landsmann **Dirk Oelmann** hilft ihm dabei und wendet sich nun an uns, weil noch weitere Informationen benötigt werden. Es geht wieder um das furchtbare Auffahrunglück am 22/23. Januar 1945 in Grünhagen im Kreis Preußisch Holland, über das wir in Folge 3 eingehend berichteten. Herr Oelmann hat schon die Akten der Reichsbahn-Direktion Königsberg von 1881 bis 1944 durchgesehen, aber leider war über die Strecke Maldeuten–Güldenboden und den Bahnhof Grünhagen nicht viel zu finden. Nun sucht Herr Oelmann nach einem Bahnhofsplan oder Luftbildaufnahmen des Bahnhofes sowie Angaben zur Sicherungstechnik/Ausstattung der Strecke. Nach seinen bisherigen Recherchen zweigte die eingleisige Nebenbahn im Bahnhof Maldeuten von der zweigleisigen Hauptbahn Mohrungen–Miswalde–Marienburg ab. Der Bahnhof Maldeuten war mit Signalen ausgerüstet. Auf der Strecke, die durch Wiesen, Felder und Wälder führte, verkehrten täglich drei Reisezüge je Richtung. Die Höchstgeschwindigkeit betrug wahrscheinlich 50 Kilometer pro Stunde. Grünhagen war ein kleiner Landbahnhof. Das Gebäude war wahrscheinlich ein preußischer Einheitsbau, der Bahnsteig hatte eine Länge von zirka 100 Meter. Im Einsatz waren vorwiegend Lokomotiven der BR 37. Nach dem Unglück war die Strecke gesperrt. Sie wurde nach der Okkupation von der Roten Armee abgebaut. Erst im Jahr 1947 nahm die polnische Staatsbahn PKP die Strecke Maldeuten–Güldenboden wieder in Betrieb. Soweit die Angaben von Herrn Oelmann zu diesem Komplex, aus denen sich einige Fragen ergeben, die er an unsere Leser stellt: „Ich suche nach einem Bahnhofsplan von Grünhagen und/oder Luftbildaufnahmen des Bahnhofes sowie Angaben zur Sicherungstechnik/Ausstattung der Strecke. Hatte der Bahnhof Grünhagen Einfahrsignale? Weiß jemand noch die Lok-Nummern? An allen alten Aufnahmen, auf denen der Bahnhof zu sehen ist, bin ich interessiert wie überhaupt an allen damit zusammen hängenden Erinnerungen.“ Soweit die Fragen von Herrn Oelmann, die aufzeigen, wie akribisch er und Herr Timmreck an die erweiterte Dokumentation über das Flüchtlingsdrama von Grünhagen herangehen, für deren Erstellung wir viel Erfolg wünschen. (Dirk Oelmann, Bernauer Straße 61 in 16515 Oranienburg, E-Mail: dirk69oe@aol.com)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Die Heimat der Vorfahren bewusst erleben

Im Salzburger Land auf Spurensuche

Unter den Kartengrüßen, die mich aus den Urlaubsgebieten der Absender erreichten, hat mich einer besonders berührt. Er kam aus Goldegg im Pongau, meine Nichte **Christine Lied** sandte ihn mir aus „der wunderschönen Heimat unserer Vorfahren“, die sie bewusst als solche erlebte. Sie sagte mir einmal, dass sie, das Flüchtlingskind, erst hier das Gefühl gefunden habe, „angekommen“ zu sein, dass ihr dieses Land sehr viel Vertrautheit vermittelt, die man mit Worten nicht beschreiben kann. Sie hat es aber doch getan und ihre Empfindungen aufgeschrieben, die sie hatte, als sie zum ersten Mal in das Salzburger Land kam. Das war vor acht Jahren, und voraus gegangen war eine kleine Familienkunde, die ich ihr über unsere Salzburger Vorfahren vermittelt hatte. Dass sie erst so spät erfolgte, lag daran, dass unsere Wege sich schon lange getrennt hatten. Ihre Erinnerungen basierten auf frühen Kindertagen in Königsberg, die sich aber nur auf kurze Zeiträume bezogen, denn ihre Eltern – beide bewusste Ostpreußen – hatte der berufliche Weg ihres Vaters in die Grenzmark Westpreußen-Posen geführt, von wo aus sie als Achtjährige mit Mutter und zwei Schwestern auf die Flucht ging. Christine verlebte ihre Jugend in Niedersachsen, blieb nach beruflicher Ausbildung in Hamburg und München schließlich in Bayern, wo sie heute noch lebt. Wenn man sie fragte, woher sie komme, sagte sie immer: aus Ostpreußen.

Und nun im Jahre 2005 die erste bewusst auf die eigene Familiengeschichte ausgerichtete Reise in das Salzburger Land. Die sie so tief bewegte, dass sie mir ihre Erlebnisse und die damit verbundenen Emotionen mitteilen musste, die ich leider nicht in vollem Wortlaut bringen kann, aber doch die wesentlichsten Passagen.

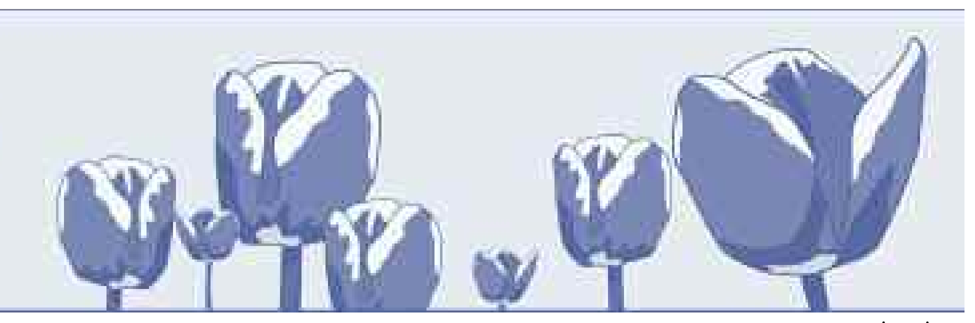
„Ich machte mich also auf, um in Goldegg im Pongau nach den Spuren meiner Familie zu suchen. Ausgestattet mit einem Stammbaum, der 1731 mit einem **Rupert Reinecker** beginnt, der mit 19 Jahren aus Goldegg auswanderte. Ich fuhr zusammen mit meinem Mann und einer großen erwartungsvollen Spannung nach Goldegg. Der Ort zeigte sich vom ersten Augenblick an bei sommerlichem Wetter von einer heiteren Seite, ich hatte sofort den Eindruck, dass ich mich dort wohl fühlen könnte. Zu diesem fast vertrauten Gefühl trugen dann in ganz besonderem Maße die Menschen bei, mit denen ich in den nächsten Tagen ins Gespräch kam. Ich trug meine Geschichte und Beweggründe für den Besuch in Goldegg auf der Zunge, da ich möglichst viele Informationen erhalten wollte. Alle Menschen, mit denen ich mich unterhielt, zeigten Interesse, ja, waren vielfach selbst bewegt, wenn wir über meine Vorfahren und ihr Schicksal sprachen. Ich hoffte, auf dem Friedhof auf Namen zu stoßen, die eine Verbindung zu meiner Familie ergaben, da war ich allerdings nicht sehr erfolgreich. Es war ja auch ein katholischer Friedhof, und die protestantischen Auswanderer waren in der Regel im Großverband weggezogen. Aber ich traf dort eine Frau, die mich in einem anregenden Gespräch an ihre Freundin verwies, die im Schloss Goldegg Führungen macht. Dort seien zwei Räume speziell der ‚Protestantenvertreibung‘ gewidmet.



Aus Goldegg im Pongau: Postkarte von Christine Lied Bild: privat

Die Führerin **Emmi Klettner** habe ich dann im Schloss kennen gelernt, und sie hat sich in rührender Weise bemüht, den Beweis zu liefern, dass die Angaben in meinem Stammbaum richtig sind. Tatsächlich hat Frau Klettner bei einer weiteren Suche im Pfarramt in Aufzeichnungen eines früheren Pfarrers, der sich mit der Geschichte der Exulanten befasste, die Namen meines ‚Stammvaters‘ und seiner zwei Brüder als Goldegger Auswanderer gefunden. Auch andere Namen, die durch Heirat in unsere Familien hinein spielten, ließen sich belegen. Das war für mich ein bewegender Moment. Ich spürte, dass meine Wurzeln hier sind und dieses Land letztendlich auch für mich, die im Kindesalter Vertriebene, eine Art Heimat ist. Ich fühlte mich angekommen und den hier lebenden Menschen verbunden. Es waren für mich aufwühlende und aufregende Tage, die mir aber eine gewisse Befriedigung gaben, hatte ich nun eine Landschaft kennen gelernt, in der meine Vorfahren gelebt hatten, ein Land, das ich im Gegensatz zu Ostpreußen problemlos jederzeit besuchen kann und das so nah an meinem Wohnort liegt. Bei all diesen positiven Empfindungen gingen mir aber immer wieder die Menschen nicht aus dem Sinn, die 1731 hier ihr schöne Heimat verlassen mussten, und mir wurde die Tragik der Geschichte bewusst, dass die Nachkommen der Salzburger ‚Vertriebenen‘ nach mehr als 200 Jahren das gleiche Schicksal erleiden mussten.“

So schrieb Christine Lied über ihre so spät gefundene Liebe zum Salzburger Land, die sie inzwischen immer wieder festigte, wie die Karte beweist. Und auch in mir Erinnerungen wachruft wie an eine frühe Begegnung mit Agnes Miegel, als wir uns zufällig auf einer Straße bei Schwarzach begegneten. Von dort waren ihre wie meine Ahnen einst ausgezogen. Das war für mich damals 22-Jährige schon ein sehr beglückender Moment. *R.G.*



Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Maczeyzik, Erna, geb. **Gerths**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Flath, Ilse, geb. **Geelhaar**, aus Lötzen, am 21. August

Fridorra, Frieda, geb. **Roßmannek**, aus Schützengrund, Kreis Ortelsburg, am 21. August

Schwemer, Otto, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Möller, Hedwig, geb. **Czaplinski**, aus Schönhofen, Kreis Treuburg, am 22. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kenze, Waltraud, aus Dirschau, Westpreußen, am 23. August

Lippke, Dora, geb. **Schmidtke**, aus Allenburg, Kirchenstraße 151, am 17. August

Nadobnik, Erna, geb. **Kohnke**, aus Medenau, Kreis Samland, am 23. August

Repschläger, Hildegard, geb. **Napierski**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 18. August

Schulz, Grete, geb. **Kochanowski**, aus Neidenburg, am 19. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Kräft, Heinz, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 21. August

Lukner, Frieda, geb. **Kohzer**, aus Labiau, und Hindenburg, Kreis Labiau, am 22. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jaekel, Erich, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. August

Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am17. August

Rieder, Elfriede, geb. **Koch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 19. August

Rohmann, Emmi, geb. **Kristan**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 23. August

Sokoll, Gerhard, aus Wehlau, Pinnauer Straße 10, am 20. August

Westmeier, Karl-Heinz, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 22. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Kalleß, Gertrud, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August

Nelson, Hans-Ulrich, aus Wehlau, Augker Straße 17, Kreis Wehlau, am 20. August

Prengel, Anna, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 22. August

Sawatzki, Walter, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 19. August

Schurat, Alfred, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 19. August

Sossong, Erna, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 21. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Elbrechtz, Gisela, geb. **Regier**, aus Ortelsburg, am 19. August

Friske, Adolf, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 19. August

Leberecht, Hildegard, geb. **Petrautzki**, aus Altmühle, Kreis Elchniederung, am 19. August

Rautenberg, Fritz, aus Eichen, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August

Schergaut, Margarete, geb. **Wrase**, aus Schenken, Kreis Wehlau, am 22. August

Wischnowski, Werner, aus Königsberg, am 23. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boettcher, Margarete, geb. **Kowalewski**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 20. August

Dawideit, Walter, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 18. August

Gassner, Elisabeth, geb. **Leimann**, aus Walden, Kreis Lyck, am 18. August

Gawehns, Gertrud, geb. **Muller**, aus Schellendorf, Kreis Ebenrode, am 22. August

Gehne, Meta, geb. **Benger**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 18. August

Josun, Heinz, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

Jahr 2013

20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
2./3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont. Geschlossener Teilnehmerkreis.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Jahr 2014

8./9. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
5./6. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen.
17./18. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel
21. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
3./7. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

Krüger, Frieda, geb. **Sanio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 18. August

Rutsatz, Frieda, geb. **Albeck**, aus Alexwangen, Kreis Samland, am 17. August

Seher, Elfriede, geb. **Danisch**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 150, am 23. August

Suchowitz, Ursula, geb. **Steinke**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. August

Wöbcke, Lucie, geb. **Hildebrandt**, aus Pillau, Kreis Samland, am 21. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baginski, Erwin, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 18. August

Foth, Carlos, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 17. August

Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August

Korte, Johanna, geb. **Galensa**, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 18. August

Krech, Günter, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 18. August

Kuckuck, Erna, geb. **Kuckuck**, aus Freudendfeld, Kreis Wehlau, am 20. August

Lietz, Elisabeth, geb. **Neumann**, aus Groß Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. August

Müller, Ursula, aus Lyck, Bismarckstraße 24, am 18. August

Seeberger, Lisbeth, geb. **Littek**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. August

Skirlo, Ursula, geb. **Schiweck**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 21. August

Skowronek, Herta, aus Lyck, am 22. August

Stach, Ernst-Otto, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 21. August

Stahlberg, Ursel, geb. **Wischnewski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 23. August

Terzi, Hedwig von, aus Lyck, Falkstraße 11, am 22. August

Willms, Gerda, geb. **Nötzel**, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 23. August

Zielasek, Dr. Gotthold, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 19. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borgwardt, Hildegard, geb. **Rex**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 18. August

Conrad-Kowalski, Ilse, aus Osterode, am 21. August

Dibowski, Otto, aus Peterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 20. August

Dorn, Käte, geb. **Kolwe**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 19. August

Fleischer, Elli, geb. **Schmidtke**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 23. August

Hansen, Elisabeth, geb. **Will**, aus Millau, Kreis Lyck, am 21. August

Heine, Toni, geb. **Schoeneck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 18. August

Höcker, Rosemarie, geb. **Klein**, aus Tapiau, Bahnhofstraße 2, Kreis Wehlau, am 18. August

Joschko, Helga, am 18. August

Kobylinski, Herbert von, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 20. August

Kuklinski, Heinz, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 18. August

Mertsch, Hans, aus Sanditten, Schaberau, Kreis Wehlau, am 18. August

Mrozek, Käthe, geb. **Steinat**, aus Ebenrode, am 23. August

Olbricht, Fritz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 21. August

Sawischlewski, Artur, aus Skottau, Kreis Neidenburg, am 18. August

Wirtz, Gertrud, geb. **Lubeck**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 22. August

Zimmermann, Helene, geb. **Kukla**, aus Müllersbrück, Kreis Treuburg, am 19. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Beyer, Walter, aus Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, am 17. August

Choynowski, Günther, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 21. August

Deyda, Dieter, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 23. August

Eroms, Sigrid, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 22. August

Glombowski, Kurt, aus Brassendorf, Kreis Lötzen, am 19. August

Hübner, Georg, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 17. August

Hübner, Ilse, geb. **Jebram**, aus Scharnau-Mühle, Kreis Neidenburg, am 17. August

Kellermann, Ursula, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 19. August

Klänelschen, Elisabeth, geb. **Soyka**, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 22. August

Klotzbücher, Bruno, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 23. August

Koslowski, Erich, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 17. August

Kronder, Alice, geb. **Jotzko**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 19. August

Kubbos, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 18. August

Landwehr, Elfriede, geb. **Sobke**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 18. August

Lunk, Walter, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 20. August

Lutz, Erna, geb. **Raudszus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August

Mathes, Werner, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 18. August

Nikulski, Gerhard, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 18. August

Osenger, Helmut, aus Keipern, Kreis Lyck, am 17. August

Pape, Helga, geb. **Orzessek**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 17. August

Pröhl, Inge, geb. **Kröhnke**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. August

Ranke, Eberhard, aus Grenzwald, Kreis Wehlau, am 17. August

Redetzki, Erika, geb. **Kröhnke**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. August

Riedl, Ruth, geb. **Steffner**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 19. August

Ritter, Erika, geb. **Kohlmann**, aus Venedien/Abbau, Kreis Mohrungen, am 22. August

Rogowski, Adolf, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 18. August

Scharbaum, Ida, geb. **Scharnowski**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 18. August

Schulz, Helmut, aus Wehlau, Memeler Straße 16, am 22. August

Sczech, Walter, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 19. August

Seitner, Gisela, aus Wickenfeld, Kreis Ebenrode, am 17. August

Stanke, Hans, aus Ebersbach, Kreis Preußisch Holland, am 26. August

Steinert, Brunhilde, geb. **Conrades**, aus Tapiau, Ludendorff-Damm 2, Kreis Wehlau, am 22. August

Thinius, Edith, geb. **Woska**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 18. August

Ulze, Elly, geb. **Sebrowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August

Unrau, Horst, aus Stobingen, Ripkeim, Kreis Wehlau, am 22. August

Weber, Irmgard, geb. **Sebrowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. August

Wendland, Ilse, geb. **Lasarsch**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 21. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Cislik, Gerd, aus Sargensee, Kreis Treuburg, am 18. August

Donath, Erich, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 23. August

Drozkowski, Renate, geb. **Sawitzki**, aus Ebenrode, am 17. August

Froberg, Ingrid, geb. **Semerau**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 23. August

Gregorz, Erhard, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 23. August

Hiltl, Ute, geb. **Jucknieß**, aus Wehlau, am 19. August

Hobert, Helga, geb. **Mintel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 14. August

Holl, Fritz, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 15. August

Jeske, Erich, aus Neidenburg, am 19. August

Kies, Inge, geb. **Waldhauer**, aus Allenburg, Herrenstraße 56, Kreis Wehlau, am 20. August

Krauskopf, Ilse, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. August

Kummerow, Gerda, geb. **Mahnke**, aus Neidenburg, am 20. August

Lober, Alina, aus Bonschen, Kreis Preußisch Eylau, am 22. August

Masuch, Anneliese, geb. **Willuhn**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 18. August

Materna, Klaus, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 18. August

Mosdzien, Irmgard, geb. **Skirde**, aus Dimmern, Kreis Ortelsburg, am 20. August

Neumann, Hannelore, geb. **Skroblin**, aus Wilkendorf, Wilkendorf Abbau, Kreis Wehlau, am 24. August

Odenbach, Egbert, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 23. August

Prisching, Gerda, geb. **Lusga**, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 17. August

Reckert, Edelgard, geb. **Symanzik**, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 21. August

Schlicht, Ewald, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 19. August

Schönherr, Curt-Hans, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 18. August

Schopohl, Elfriede, geb. **Jannek**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, am 23. August

Sprengel, Renate, geb. **Grube**, aus Parnehnen, Großtraschken, Kreis Wehlau, am 19. August

Stein, Ruth, geb. **Leitzbach**, aus Leegen, Kreis Ebenrode, am 16. August

Turowski, Gerhard, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 20. August

Uschkoreit, Peter, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring 14, Kreis Wehlau, am 22. August



Fleischer, Otto, und Ehefrau Elli, geb. **Schmidtke**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 21. August



Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



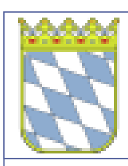
Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Donnerstag, 22. August, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Sommerfest.

Stuttgart – Sonnabend, 31. August, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Kulturnachmittag der LM Westpreußen.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 17. August, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Monatliches Treffen der Gruppe.



Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@ low-bayern.de, Internet: www. low-bayern.de.

Kitzingen – Freitag, 23. August, 14.30 Uhr, Römerhof: **Sommerfest.** Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung unter Telefon (09321) 4405 erforderlich. Es sind Fahrgemeinschaften zu bilden. Bei genügend Anmeldungen kann auch ein Kleinbus eingesetzt werden. – **Bericht von der Kulturgeschichtlichen Fahrt** – Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen führte in der Zeit vom 29. Juni bis 7. Juli eine kulturgeschichtliche Mehrtagesfahrt nach Südostpreußen durch. Diese Fahrt wurde vom Freistaat Bayern aus Haushaltsmitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert. Die Fahrt diente primär der Bewahrung des deutschen kulturellen Erbes Ostpreußen in der Öffentlichkeit. Auf dem Programm stand insbesondere der Besuch der historischen Altstadt von Posen. Die fünftgrößte Stadt Polens ist ein Zentrum von Industrie, Handel und Forschung und zählt zu den kulturellen Mittelpunkten des Landes. Die Universitätsstadt ist zudem größter Verkehrsknotenpunkt zwischen Berlin und Warschau. Nach Zwischenübernachtung in Posen verbrachte die Reisegruppe die Zeit im Hotel Lesna in der Kreisstadt Ortelsburg, mitten in Masuren gelegen im alten Stadtwald. Von hier aus wurden alle landeskundlichen Ausflüge durchgeführt. So wurde zum Beispiel die Hauptstadt des Regierungsbezirks Ermland und Masuren, Allenstein, mit einer Vielzahl von kulturgeschichtlichen Bauten und einer gepflegten Fußgängerzone, besucht. Einen sehr interessanten Einblick bot das Kopernikushaus mit Museum, in dem der Astronom Domherr gewesen ist. Auf dem Marengohof bei Allenstein fand eine Kutschfahrt durch Wald und Wiesen statt mit einer anschließenden Folklore einer Studentengruppe aus Polen und der Ukraine. Nicht fehlen durfte in Galkowen der Besuch des Salons der großen deutschen Publizistin Gräfin Marion Dönhoff, wo die deutsche Journalistin und langjährige Polen-Korrespondentin Renate Marsch-Potocka von der Geschichte Masurens und Polens sowie der aus Russland stammenden Altgläubigen (Philipponen) berichtete. Von hier aus ging es mit Pferdewagen nach Krutinnen zu einer romantischen Stakenkahnfahrt auf der Kruttinna. In Eckertsdorf wurde das Philipponenkloster mit vielen Sehenswürdigkeiten besucht, wie auch in Kleinort das Geburtshaus mit Museum des großen ostpreußischen Dichters Ernst Wiechert. Nicht fehlen durfte der Besuch der historischen Wallfahrtskirche in Friedrichshof, in der einst Reiseleiter Gustav Patz getauft wurde. Hier wurden die Teilnehmer vom Pfarrer ganz herzlich empfangen und informiert, auch sangen sie „Großer Gott wir loben Dich". Einen Eindruck bot auch die bekannte Wallfahrtskirche Heilige Linde mit Andacht und Konzert. Die durchgeführte große Masurenfahrt durch die Städte Sensburg, Lötzen, Angerburg, Goldap und Treuburg vorbei an Hunderten Seen und tiefen Wäldern, traumhaften Alleen, begleitet von einer Vielzahl von Störchen, zeigte die Schönheiten der Landschaft in besonderer Weise. Nach dem Stadtrundgang in Nikolaiken fand eine Schifffahrt auf dem Spierdingsee bis nach Rudczanny-Nieden [Ruciane Nida] statt, dem größten See der über tausend Seen der Masurischen Seenplatte. Auf der Rückfahrt nach Posen durfte der Besuch des Geburtshauses und des Denkmals in der historischen Altstadt des Astronoms und Gelehrten Copernicus in Thorn nicht fehlen. Mit vielen Eindrücken, Erlebnissen und Erfahrungen ging die Fahrt problemlos zu Ende. Wohlbehalten kehrte die Gruppe nach neun sonnigen erlebnisreichen Tagen in einem traumhaften unberührten und unvergessenen Land zurück. – **Informationsfahrt zum Bayrischen Landtag nach München am 17. Juli** – Der Einladung von MdL Volkmar Halbleib (SPD) folgten 48 Teilnehmer, um den Bayrischen Landtag und die Landeshauptstadt München kennenzulernen. In Begleitung der ausgezeichneten Stadtführerin Sibylle Hartmann vom Weis(s)en Stadtvogel München erfuhren die Teilnehmer viel Wissens- und Sehenswertes von München. Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Hofbräukeller folgte eine Diskussionsrunde mit MdL Halbleib und der SPD-Landtagskandidatin Doris Aschenbrenner und nach einem Videofilm über den Bayerischen Landtag ging es zur letzten interessanten Plenarsitzung vor den Sommerferien auf die Zuschauertribüne. Bei einem Münchenbesuch darf natürlich der Besuch des Hofbräukellers nicht fehlen, um danach fröhlich wieder die Heimfahrt anzutreten. Es war eine informative und erlebnisreiche Fahrt! – **Vorankündigung:** Am Sonnabend, 14. September, findet um 17 Uhr der „Tag der Heimat" statt. Kranzniederlegung am Gedenkstein um 16 Uhr. Festredner ist der Bezirksvorsitzende der Landsmannschaft der Ostpreußen: Claus Philipowski.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Sängerkreis. Kontakt: Dr. Gerhard Gräf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.



Kirche in Friedrichshof Bild: privat

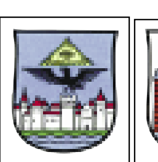


Staken auf der Krutinna Bild: privat



Berlin

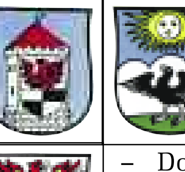
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@ bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Tilsit-Ragnit /Tilsit-Stadt – Sonnabend, 31. August, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



Frauengruppe – Mittwoch, 11. September, 13.30 Uhr, „Kaffee Tam", Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Berichte aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



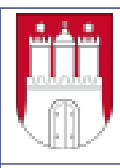

Angerburg /Darkehmen /Goldap – Donnerstag, 19. September, 14 Uhr, Restaurant Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Erntedank in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Martina Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Sonnabend, 31. August, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr, Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: „Sommerausklang mit Beetenbartsch und Schmandschinken".



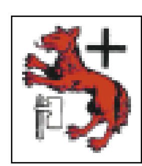
Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 24. August, 7.30 Uhr, Zentraler Omnibus-Bahnhof (ZOB): **Fahrt nach Berlin zum „Tag der Heimat"** des Bundes der Vertriebenen im ICC unter dem Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag". Während der Fahrt wird ein Imbiss gereicht. Die Festveranstaltung findet von 12 bis 14 Uhr statt. Nach der Feierstunde lernen die Teilnehmer in einer historischen Stadtrundfahrt Unbekanntes in Berlin kennen. Anschließend Imbiss im Ramada-Hotel am Alexanderplatz mit einem Kurzvortrag über das „Zentrum gegen Vertreibungen durch Professor Dr. Kittel. Nach einem Bummel am Alexanderplatz nimmt die Gruppe am Reiterstandbild Friedrich des Großen, Unter den Linden, Abschied von Berlin. Mit Volksliedgut und einem Sektumtrunk wird der Besuch der Hauptstadt beendet und um etwa 19 Uhr geht die Fahrt zurück nach Hamburg. Anmeldung im Haus der Heimat unter Telefon (040) 346359 oder 76980781 (Frau Kalläwe). Überweisung des Kostenbeitrags von 35 Euro an den LvD, Konto 1315/124576, BLZ 20050550, oder Bezahlung im Bus. – **Sonnabend, 31. August,** 14 Uhr (Einlass 13 Uhr), Restaurant Lackemann, Litzowstieg 8 (Nähe Einkaufs-Center Quarree, U-Bahn Wandsbek-Markt): Der Sommer ist zurück und die Landesgruppe Hamburg lädt zum Sommerfest. Eröffnung und Leitung der Veranstaltung durch Kulturreferent Siegfried Grawitter, Evastraße 3 b, 22089 Hamburg, Telefon (040) 205784. Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der LG Hamburg, Hartmut Klingbeutel. Der 2. Vorsitzende Manfred Samel stellt sich nach der Neuwahl des Vorstandes mit einer kleinen Überraschung für die Mitglieder vor. Einen Höhepunkt bieten die zwei lustigen Musikanten Günter Schattling und Hans Grawitter. Zwei Dudelspieler erfreuen die Teilnehmer mit ihren schönen Musikstücken und bekannten Liedern. Einzug des LAB-Chors unter der Leitung von Dieter Dziobaka und zum Einstimmen für alle wird das Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder" gemeinsam gesungen. Kaffeepause von 15.15 bis 16 Uhr. Nach der Kaffeepause erfreut der LAB-Chor die Anwesenden mit Oldies und schönen Melodien zum Mitsingen und Mitträumen. Das Schlusswort hält Siegfried Grawitter und gemeinsam wird das Abschiedslied „Kein schöner Land" gesungen. Ende der Veranstaltung zirka um 17 Uhr.

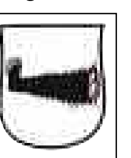
KREISGRUPPE



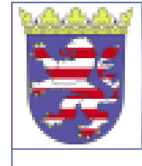
Heiligenbeil – In Verbindung mit dem Kulturreferat der Landesgruppe Hamburg e. V. veranstaltete die Heimatkreisgruppe Heiligenbeil eine Tagesfahrt am Sonnabend, 17. August, zur Heideblüte in die Lüneburger Heide. Der Tag beginnt mit einem Besuch des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Mittagessen in einem Heidegasthof, anschließend eine geführte Heiderundfahrt. Bei Kaffee und Kuchen werden die Teilnehmer den Tag dann in einem gemütlichen Heidegasthof ausklingen lassen. Anmeldung bis zum 12. August bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950. Preis pro Person 45 Euro für Busfahrt, Eintritt und Führung im Museum. Mittagessen, Rundfahrt und Kaffeegedeck. Abfahrtsort: Harburg-Bahnhof 8 Uhr, Hamburg-ZOB 8.30 Uhr.



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: bei Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Sensburg – Sonnabend, 14. September, 14 Uhr, Café Prinzess, Alsterdorfer Straße, Hamburg-Ohlsdorf: Gemütliches Beisammensein. Gäste sind herzlich willkommen.



Hessen

Stellvertretender Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039652.

Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 17. August, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (Einkaufszentrum): Monatstreffen der Gruppe. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner den Vortrag: „Das Ende des Sterbens für Napoleon" durch den Abschluss der Konvention von Tauroggen vor 200 Jahren.

Wiesbaden – Sonnabend, 31. August, 11 Uhr, Wiesbaden-Kohlheck, An der Kranichstraße: Tag der Heimat. Feierstunde am BdV-Gedenkstein. – Sonntag, 1. September, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Feststunde des BdV-Kreisverbandes Wiesbaden.



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Freitag, 30. August, 15 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: Rückblick auf die diesjährige Ostpreußenreise mit einem Film und Bildern bei Kaffee und Kuchen. Statt eines Unkostenbeitrags wird um eine Spende gebeten. Anmeldungen werden bis zum 26. August bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918, erbeten.

Osnabrück – Dienstag, 27. August, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 17. August, 20.15 Uhr, Phoenix: Lenin – Drama eines Diktators. Dokuporträt.

Sonntag, 18. August, 8.05 Uhr, WDR 5: Osteuropa-Magazin.

Sonntag, 18. August, 17.30 Uhr, ARD: Ich habe abgetrieben. Mein Leben mit dem Tabu. Reportage.

Sonntag, 18. August, 22.20 Uhr, MDR: Prag 68. Geschichtsdoku.

Montag, 19. August, 20.15 Uhr, Arte: Hotel Lux. Tragikomödie um einen jüdischen Komiker, der nach Moskau flüchtet.

Montag, 19. August, 21.55 Uhr, ARD: Deutschlands neue Slums. Das Geschäft mit den Armutseinwanderern. Reportage.

Montag, 19. August, 22.55 Uhr, ARD: Steuerfrei – Wie Europas Bonzen ihre Beute bunkern. Doku, D 2013.

Montag, 19. August, 23.40 Uhr, ARD: Hitlers Menschenhändler. Juden als Austauschware. Doku, D 2011.

Dienstag, 20. August, 9.05 Uhr, Deutschlandradio: Kalenderblatt. Vor 45 Jahren: Mit dem Einmarsch von Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR endet der Prager Frühling.

Dienstag, 20. August, 15.25 Uhr, Arte: Verschollene Filmschätze. 1961: Jurij Gagarin, erster Mensch im Weltall.

Dienstag, 20. August, 20.15 Uhr, Arte: Churchills größtes Spiel. Er gilt als Galionsfigur Großbritanniens und wurde zur Ikone des Kampfes gegen Nazi-Deutschland. Doku, D 2012.

Mittwoch, 21. August, 13.20 Uhr, 3sat: Masuren. In der fernen Heimat. – 14.05 Uhr: Im russischen Grenzland. Reisedoku, D 2003.

Mittwoch, 21. August, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Meine Heimat, deine Heimat? Geschichte und Gegenwart eines komplexen Begriffs.

Mittwoch, 21. August, 22.45 Uhr, ARD: Wahl 2013. Der Kandidaten-Check.

Mittwoch, 21. August, 23.30 Uhr, ARD: Staatsversagen. Der NSU-Ausschuss und die schwierige Aufarbeitung.

Donnerstag, 22. August, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Forschung und Gesellschaft. Ewiges Eis? Was passiert, wenn Gletscher schmelzen?

Donnerstag, 22. August, 20.15 Uhr, NDR: Das kleine Wunder vom Aralsee. Doku.

Donnerstag, 22. August, 23.05 Uhr, MDR: Reiner Kunze – Ein deutsches Dichterschicksal. Porträt, D 2008.

Freitag, 23. August, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 100 Jahren: Die Bronzeplastik Kleine Meerjungfrau wird in Kopenhagen enthüllt.

Freitag, 23. August, 20.15 Uhr, 3sat: Ramstein. Die Flugschaukatastrophe von 1988, bei der 70 Menschen durch einen Jetabsturz getötet wurden. Reportage.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@ Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 2. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld – Donnerstag, 5. September, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld.

Bonn – Dienstag, 3. September, 18.30 Uhr, Sitzungssaal des Rathauses Bonn-Beuel: Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat.

Dortmund – Montag, 19. August, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenstraße, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Donnerstag, 5. September, 18 Uhr: Ausstellungseröffnung „Die Reichskanzler der Weimarer Republik – Zwölf Lebensläufe in Bildern“. – Donnerstag, 5. September, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Hemer – Nachruf auf Walter Kratz – Walter Kratz wurde am 30. April 1931 im Kreis Sensburg in Crutinnerofen geboren. Seine Eltern besaßen dort einen Bauernhof. Der ursprüngliche Lebensentwurf, den seine Eltern für ihn gedacht hatten, konnte nicht in der Art und Weise erfüllt werden. Er wurde in der Zeit des Deutschen Reichs geboren und erlebte in ihr seine Kindheit. Aufgrund des Krieges und dessen Folgen verlief eine Zeit seines Lebens in Polen, glücklicherweise konnte er in seinem Geburtsort und Hof bleiben und insofern für seine Heimat wirken. Dies wurde allgemein anerkannt und so wurde Walter Kratz zum Bürgermeister in Krutinnen gewählt und übte dieses Amt viele Jahre aus. Im Jahre 1980 übersiedelte die Familie in die Bundesrepublik, hier fand sie ihren Weg in das westfälische Hemer. Hier engagierte sich Walter Kratz innerhalb der evangelischen Kirchengemeinde sowie innerhalb der örtlichen Gruppe der Landsmannschaft Ostpreußen, der er ab dem 1. Januar 1981 angehörte. Innerhalb der Gruppe übernahm er verschiedene Funktionen. Vom 7. April 1994 bis 20. März 2004 wirkte er als 2. Vorsitzender der Gruppe. Seiner ostpreußischen Heimat Krutinnen beziehungsweise dem Kirchspiel Alt Ukta blieb er über all die Jahre aufs Engste verbunden. Er organisierte seit 1992 das regelmäßig stattfindende Kirchspieltreffen Alt Ukta in Hemer. Walter Kratz verstarb am 27. März im Alter von 82 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit. Die Landsmannschaft Ostpreußen Hemer verliert mit Walter Kratz ein engagiertes Mitglied. Wir werden ihn stets in unserem Gedächtnis bewahren.

Nachruf auf Josef Gollan – Josef Gollan wurde am 19. Oktober 1938 in Unter Kapkeim südlich von Guttstadt im Kreis Heilsberg geboren. Nach dem Krieg verblieb er mit seiner Familie in der Heimat. Nach seiner Heirat bewirtschafteten Josef und Ursula Gollan einen Hof in Steinberg (Kreis Allenstein). Den Hof hatte Ursula Gollan geerbt. Im Jahr 1977 übersiedelte die junge Familie Gollan mit Teilen ihres Betriebes in die Bundesrepublik und hier in das westfälische Hemer. Der Betrieb einer bäuerlichen Landwirtschaft konnte in Hemer nicht fortgeführt werden, so beschäftigte sich Herr Gollan mit einer Kleintierzucht. In die örtliche Gruppe der Landsmannschaft trat er zum 1. Januar 1978 ein. Im Laufe seiner Mitgliedschaft übernahm er verschiedene Funktionen innerhalb der Gruppe. Seit dem 20. März 2004 wirkte er als 2. Vorsitzender der Gruppe. Seit vielen Jahren war er dazu Mitglied des Bauernverbandes der Vertriebenen im Altkreis Iserlohn und engagierte sich als Ortsvertreter für Hemer. Dem Vorstand des Bundes der Vertriebenen Kreisverband Iserlohn gehörte er bis zu seinem Tod als Beisitzer an. Herr Gollan verstarb am 19. Juli plötzlich und unerwartet nach einem tragischen Unfall. Die Landsmannschaft Ostpreußen verliert mit Josef Gollan ein engagiertes Mitglied, das sich um den Zusammenhalt der örtlichen Gruppe verdient gemacht hat. Wir werden ihn stets in unserem Gedächtnis bewahren.

Köln – Am Dienstag, dem 20. August, fällt das Treffen der Ostpreußenrunde im Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43, aus. – Die Gruppe wünscht allen Mitgliedern einen angenehmen Urlaub. Im September kommt sie wieder in gewohnter Weise zusammen: Dienstag, 17. September, 14.30 Uhr. Weil eine Neuwahl des Vorstandes und eine Änderung der bestehenden Satzung vorgenommen werden muss, werden alle Mitglieder dringendst um Teilnahme an dieser Sitzung gebeten.

Mülheim an der Ruhr – Dienstag, 30. August, 14.45 Uhr, ab Wasserbahnhof: Schiffsausflug der Frauengruppe nach Kettwig.

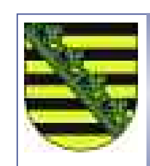
Witten – Montag, 19. August, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: **Urlaubsberichte.** Wissenswertes aus dem Ermland und Masuren.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

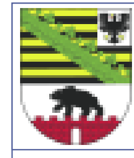
Mainz – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Mittwoch, 21. August: Nachmittags-Kaffeefahrt mit dem Schiff der Primus-Linie in den Rheingau. Abfahrt ab Mainz/Fischtor, Anlegestelle der Primus-Linie um 14.30 Uhr. Rückkehr gegen 17.20 Uhr, Ankunft Mainz/Fischtor. – Sonnabend, 24. August, 12 bis 14 Uhr, Internationales Congress Centrum (ICC), Berlin; Tag der Heimat. Das diesjährige Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“ soll Anstoß geben, den kulturellen Reichtum der Heimatgebiete offensiv nach außen zu tragen. Die Festrede wird Prof. Dr. Arnulf Baring halten.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Landesgruppe Sachsen – Sonnabend, 31. August, 10 Uhr, Platner Hof, Platnerstraße 32: Die Gruppe feiert den diesjährigen zentralen Tag der Heimat der Ost- und Westpreußen mit dem 20-jährigen Jubiläum. Ab 13 Uhr wird mit einem Glockenspiel das Festprogramm eingeläutet. Hannelore Kedzirski und Erna Felber werden die Totenehrung halten. Eine große Freude ist es für die Organisatoren, Uta Lüttich vom Bundesvorstand Ostpreußen als Festrednerin begrüßen zu dürfen. Nach den Grußworten der Gäste wird eine Gruppe ein kulturelles Rahmenprogramm bieten. Gegen 14.30 Uhr begrüßen wir besonders den Kindergarten der St. Matthäus Gemeinde aus Chemnitz. Die Kinder haben ein schönes Programm einstudiert. Die Gruppe würde sich freuen, wenn Sie ihre Einladung annehmen würden und sie Sie als Gast begrüßen dürfen. Für Rückfragen steht Alexander Schulz, Telefon (0371) 301616 gerne zur Verfügung.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 9. September, 14 Uhr, Krötenhof: Tag der Heimat.

Gardelegen – Freitag, 23. August, Gaststätte Wieseneck, im Drömling: Grillfest. – Anfang September: Busfahrt nach Walsrode zum Vogelpark.

Halle – Freitag, 6. September, 14 Uhr, Reilstraße 54 (Begegnungsstätte der Volkssolidarität): Treffen der Gruppe.

Magdeburg – Freitag, 23. August, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Dienstag, 27. August, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Montag, 30. August, 16 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises. – Sonnabend, 21. September, 13.30 Uhr, AMO-Kulturhaus, Erich-Weinert-Straße: 23. Tag der Heimat der Landesgruppe Sachsen-Anhalt. Die Festrede hält Dr. Christoph Berger, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern. Das Kulturprogramm wird von der Blumenberger Blasmusik sowie der Folkloregruppe Brunau gestaltet. Im Vorverkauf sind Karten ab sofort erhältlich in der BdV-Geschäftsstelle Schönebeck, Straße der Jugend 115, Telefon (03928) 421344.



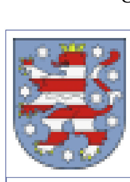
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Sonntag, 22. September, 12 Uhr, ZOB: Fahrt zur Dittchenbühne nach Elmshorn. „Der Biberpelz“ – Eine Diebeskomödie von Gerhart Hauptmann erwartet die Gäste. Zuvor gibt es aber traditionsgemäß Königsberger Klopse. Mit 40 Euro alles inklusive sind Sie dabei! Die Rückkehr ist zirka um 19 Uhr. Anmeldungen bitte bei Gisela Rowedder, Telefon (04504) 3435 oder Regina Gronau, Telefon (0451) 26706.

Mölln – Mittwoch, 28. August, 15 Uhr, Quellenhof: Die Gruppe trifft sich zu ihrer Mitgliederversammlung nach der Sommerpause. Herr Kämpfert aus Stokkelsdorf wird einen Vortrag über Wernher von Braun halten. Wernher von Braun wurde am 23. März 1912 in Wirsitz, Provinz Posen, geboren. Er war ein deutscher und später US-amerikanischer Raketeningenieur, Wegbereiter und Visionär der Raumfahrt. Es wird ein interessanter Vortrag werden. Desweiteren soll über die Ausfahrt nach Berlin mit Spreefahrt am 11. September gesprochen werden. Zu dieser Veranstaltung sind alle Landsleute aus Pommern, Schlesien, Danzig, und alle Interessierten aus Mölln herzlichst eingeladen.

Schönwalde am Bungsberg – Sonntag, 8. September, 9.45 Uhr, Kirche: Tag der Heimat.



THÜRINGEN

Vors.: Edeltraut Dietel, August-Bebel-Straße 8 b, 07980 Berga an der Elster, Tel. (036623) 25265.

Saalfeld – Dienstag, 20. August, 18 Uhr, Schlosskapelle: „Tag der Begegnung“ mit dem Vokalensemble „Legende“ aus Königsberg.

„Machina Nostalgica“ – Sonnabend, 17. August bis Sonntag, 10. November: Ausstellung über das technische Design der Dampfmaschinen-Ära. Das Museum führt den Besucher mit in eine fantastische Vergangenheit mit Zukunftsvision. Faszinierende Maschinen und mechanische Meisterwerke werden gezeigt. *Kreismuseum Prinzeßhof, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe, Telefon (04821) 64068.*

Reitersattel aus Insterburg im OL

In der künftigen Dauerausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums wird das „Pferdeland“ Ostpreußen und natürlich in besonderem Maße auch das große Thema „Trakehnen“ angemessen gewürdigt werden. Die große, vor 1945 bereits weit über ein Jahrhundert bestehende Turniertradition in Insterburg lebte gewissermaßen wieder auf, als ein Sattel für die Vielseitigkeitsreiterei zum Verkauf stand, den eine Familie seit mehreren Generationen aufbewahrt hatte, nun aber veräußern musste.

Der Sattel wurde um 1900 von der Sattlerei Fr. Kuster in Insterburg für ein schmales, aber kräftiges Reitpferd gefertigt. Er könnte heute gar nicht mehr genutzt werden, da die Pferde im Vergleich zu damals im Schulterbereich viel breiter geworden sind. Doch auf dem heutigen Anwesen der früher in Podszohnen/Buschfelde, Kr. Stallupönen/Ebenrode lebenden Familie wurde er in Ehren gehalten und regelmäßig gepflegt, so dass er in einem hervorragenden Zustand übergeben wurde.

Der Ankauf wurde durch die Hilfe des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum – Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung e.V. ermöglicht.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, Telefon (04131) 759950.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@ gmx.de.

Heimatkreistreffen

Die Heimatkreisgemeinschaft Bartenstein trifft sich am Sonnabend, 7. September, im Hotel „Zur Krone", Verdener Landstraße 245 in Nienburg (Holtorf). Unser Programm beginnt um 9.30 mit der Kranzniederlegung an den Gedenksteinen bei den Berufsbildenden Schulen. Unsere Heimatstube in der Verdener Straße 24 ist von 10 Uhr bis 12 Uhr geöffnet. Manfred Eckert hat sie besucherfreundlich weitergestaltet. Ab 10 Uhr ist der Saal im Hotel „Zur Krone" geöffnet. Wir hoffen, dass viele Heimatfreunde aus allen Städten und Dörfern unseres Kreises kommen werden. Christian v. d. Groeben, der Vorsitzende der HKG, begrüßt die Anwesenden um zirka 11 Uhr. Nach dem Mittagessen erfreut uns der Auftritt des Männergesangvereins Holtorf. Es folgen informative Vorträge zu aktuellen Themen und zu Ostpreußenreisen durch den Vorstand. H.-G. Steinke zeigt Bilder aus dem Kreis Bartenstein. Wolfgang Schützeck trägt „Besinnliches" aus Ostpreußen vor. Dazwischen ist natürlich reichlich Zeit zum Schabbern! Für Anregungen und Vorträge unserer Heimatfreunde sind wir dankbar. Im Hotel „Zur Krone" werden Mittagsbuffet, Kaffee und Kuchen sowie Abendessen angeboten. Auf Wiedersehen in Nienburg am 7. September.

BdV: Zentraler Tag der Heimat: Sonnabend, 24. August, ICC, „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag". Die Festveranstaltung findet von 12 bis 14 Uhr statt. Die Festrede hält Arnulf Baring.



ELCHNIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistagtreffen 13. bis 15. September in Bad Nenndorf

Das Kreistreffen findet vom Freitag, 13. September, bis Sonntag, 15. September, im Hotel Esplanade, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf, statt. Die Kreisgemeinschaft erinnert an das obige Treffen. Da dieses Jahr mehrere Wahlen anstehen, wird um rege Teilnahme gebeten, damit die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung gewährleistet ist. Im Rahmenprogramm findet dieses Mal die Ausstellung „Ostpreußen verzaubert" des Kulturzentrums Ellingen statt. Anmeldungen zum Kreistreffen bei der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon (034203) 33567.

„1933 als Zäsur in Ostpreußen" – Vortrag von Ralf Meindl. Donnerstag, 22. August, 18 Uhr, Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Kutschstall, Am Neuen Markt 9, 14467 Potsdam. Eintritt: 3 Euro. Eine Veranstaltung im Rahmen der Veranstaltungsreihe »1933 als Zäsur?« des Forums Neuer Markt . *Informationen bei: Deutsches Kulturforum östliches Europa e. V. Dr. Klaus Harer, Berliner Straße 135/Haus K1, 14467 Potsdam, Telefon (0331) 20098-44, E-Mail: harer@kulturforum.info.*

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@ kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @ kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@ gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistagswahlen am 7. September

Auf unserem nächsten Kreistreffen finden die regulären Wahlen zum Kreistag am 7. September auf der Mitgliederversammlung um 12 Uhr statt. Folgende Wahlvorschläge liegen vor:

Balga: Günter Neumann-Holbeck, geboren in Königsberg; **Bladiau:** Wolfgang Milewski, geboren in Schölen; **Brandenburg:** Hans-Hartwig von Platen, geboren in Rehren; **Deutsch Thierau:** Karin Haupt, geb. Dührsen, geboren in Kiel – Stellvertreter: Volkmer Pellner; **Eichholz:** Joachim Ruhnau, geboren in Köln; **Eisenberg:** Helga Stelljes, geb. Springer, geboren in Köhlen – Stellvertreterin Elke Ruhnke; **Grunau–Alt Passarge:** Heidrun Claret, geb. Schemmerling, geboren in Königsberg; **Heiligenbeil-Land:** Martin Coch, geboren in Heiligenbeil – Stellvertreter Christian Perbandt; **Heiligenbeil-Stadt-(Nord):** Siegfried Schulz, geboren in Heiligenbeil; **Heiligenbeil-Stadt-Mitte und -Süd:** Martin Coch, geboren in Heiligenbeil; Hermsdorf-Pellen: Volkmer Pellner, geboren in Ekkernförde – Stellvertreterin Karin Haupt; Hohenfürst: Elke Ruhnke, geb. Schweitzer, geboren in Wuppertal; **Lindenau, Pörschken:** Christian Perbandt, geboren in Berlin; **Tiefensee:** Kurt Woike, geboren in Arnstein – Stellvertreter Margot Kohn; **Waltersdorf:** Lieselotte Ollmann, geb. Arndt, geboren in Waltersdorf; **Zinten-Land:** Irmgard Lenz, geb. Wengel, geboren in Maggen – Stellvertreter Bernd Schmidt; **Zinten-Stadt,** Viola Reyentanz, geb. Schlenger, geboren in Lauchhammer und Siegfried Dreher, geboren in Königsberg.

Es ist noch möglich weitere Wahlvorschläge abzugeben. Diese müssen gesendet werden an Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal. Laut Wahlordnung vom 6.September 1997 gilt hierfür Folgendes: „Alle in der Heimatkreiskartei eingetragenen Personen, die durch Abgabe einer schriftlichen Beitrittserklärung die Mitgliedschaft erworben haben, sind für den Kreistag wahlberechtigt und wählbar." Weiter: „Die Wahlvorschläge müssen enthalten: Name, Vorname, Geburtsdatum, Heimatort sowie jetzige Anschrift des Vorschlagenden und des Kandidaten. Ferner das Kirchspiel, für das der Kandidat vorgeschlagen wird. Wahlvorschläge können ausnahmsweise auch noch in der Sitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen. Personen, die nicht in der Kreiskartei geführt werden, die weder selbst noch deren Vorfahren oder deren Ehegatten aus dem Kreis Heiligenbeil stammen, können auf Vorschlag kandidieren, sie müssen die Mitgliedschaft erlangen, wenn sie in den Kreistag gewählt werden." Und weiter: „Jedes Mitglied der Kreisgemeinschaft darf für sein Kirchspiel nur einen Kirchspielvertreter und ein Ersatzmitglied zur Wahl vorschlagen. Ausnahme: Für das Kirchspiel Heiligenbeil-Stadt können drei und für das Kirchspiel Zinten-Stadt können zwei Kirchspielvertreter vorgeschlagen werden."

Als Stichtag für die Abgabe der Wahlvorschläge gilt Sonnabend, 31. August 2013. Laut Wahlordnung gilt aber wie bereits erwähnt: „Wahlvorschläge können ausnahmsweise auch noch in der Sitzung vor dem jeweiligen Wahlgang gemacht werden. Diese Wahlvorschläge müssen die Unterschriften von drei wahlberechtigten Mitgliedern tragen."



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@ kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

58. Kreistreffen in Dortmund

Sonntag, 1. September, Goldsaal des Kongresszentrums Westfalenhallen, Strobelallee 45, 44139 Dortmund: **Feierstunde unter dem Leitwort „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag".**

Programmablauf: Einlass 9 Uhr, Beginn 11 Uhr. Musikalische Einleitung von Taisia Fischer; Begrüßung durch Dr. Manfred Solenski, Kreisvertreter; „Lobe den Herrn" (Choral), gemeinsam mit musikalischer Begleitung; die Andacht hält Gerhard Boesler; „Glocken der Heimat" (Lied), vorgetragen vom Chor „Heimatmelodie" der Deutschen aus Russland unter der Leitung von Boris Kuferstein; Totenehrung durch Sieglinde Falkenstein, stellvertretende Kreisvertreterin. „Ich hatt' einen Kameraden" – Taisia Fischer; „Conquest of Paradise" vorgetragen vom Chor „Heimatmelodie" der Deutschen aus Russland unter der Leitung von Boris Kuferstein; Grußwort der Gäste; Jahresbericht des Kreisvertreters Dr. Manfred Solenski; Ehrungen; Wahl des Kreistages – Wahlleiter: Willi Reck; Masurenlied „Meine Heimat ist so schön" (Lied), vorgetragen vom Chor „Heimatmelodie" der Deutschen aus Russland unter der Leitung von Boris Kuferstein; Schlusswort von Sieglinde Falkenstein, stellvertretende Kreisvertreterin.

Einladung zum Kreistag

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages am Sonnabend, 31. August, ab 14 Uhr, und Montag, 2. September, von 9 bis 12 Uhr. Am Sonntag, 1. September, um 11 Uhr, nimmt der gesamte Kreistag am 58. Hauptkreistreffen der Johannisburger teil. Veranstaltungsort: „Best Western" Parkhotel Westfalenhalle, Strobelallee 41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204/324. Anreise: Sonnabend, 31. August, bis 13 Uhr (Hauptbahnhof mit der U-Bahn 45), Abreise: Montag, 2. September (nach der Kreistagssitzung). Anmeldungen mit eventuellen zusätzlichen Tagesordnungspunkten sind bitte zu richten bis zum 31. Juli an den 1. Vorsitzenden, Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel.

Tagesordnung: Sonnabend, 31. August: 1. Eröffnung und Begrüßung. 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung. 1.2. Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit. 1.3. Beschluss der Tagesordnung. 1.4. Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung am 1. und 3. September 2012. 2. Totenehrung. 3. Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisausschusses (Vorstand). Aussprache. 4. Bericht des Vereins „Rosch". Aussprache. 5. Bericht der Vertreterin des Patenkreises. Aussprache. 6. Entgegennahme der Jahresabrechnung für das Haushaltsjahr 2012. 7. Bericht des Prüfungsausschusses. 8. Antrag der Kassenprüfer auf Erteilung der Entlastung des Kreisausschusses. 9. Feststellung des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlag für das Jahr 2014. Montag, 2. September: 10. Neuwahl des Vorstandes. 11. Wahl von zwei Kassenprüfern. 12. Berichte der Kirchspielvertreter. 13. Tagungen und Veranstaltungen. 14. Kreistreffen und Kreistagsitzung 2014. 15. Aufgaben und Ziele für das Jahr 2014. 16. Verschiedenes. 17. Schlusswort des Kreisvertreters.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@ gmx.de

Bewegend baltisch

„Bewegend baltisch" ist das Motto des diesjährigen Schleswig-Holstein Musik-Festivals. In Lötzens Patenstadt Neumünster wird unter der Bezeichnung Baltischer Sommer ein aus sieben Veranstaltungen bestehendes Rah-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 19

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 18

menprogramm zum Musik-Festival angeboten. Eine thematisch ideale Ergänzung dieses Programms bietet auch der am Sonnabend, 17. August, in Lötzens Heimatmuseum (Sudetenlandstraße 18 h) veranstaltete „Besondere Tag“: Von 10 bis 16 Uhr ist die neu gestaltete Ausstellung zur Geschichte und Kultur dieses in Masuren gelegenen Kreises zu besichtigen. Um 16.15 Uhr beginnt der Vortrag „Künstler auf der Kurischen Nehrung“ (mit Bildern), den Dr. Jörn Barfod, Kustos am Ostpreußischen Landesmuseum und ausgewiesener Spezialist für Volkskunde und Kunstgeschichte Ostpreußens, hält. – Der Eintritt ist wie immer frei.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Lycker Treffen

Der Kreisvertreter Gerd Bandilla weist noch einmal darauf hin, dass das diesjährige Kreistreffen am 31. August/ 1. September 2013 in der Stadthalle unserer Patenstadt Hagen stattfindet. Das Programm kann man im Hagen-Lyker Brief, der im Mai dieses Jahres erschienen ist, nachlesen. Alle Lycker aus Stadt und Land sind herzlich eingeladen, nach Hagen zu kommen.

Bezirkstreffen Waldwerder

Die „Pause“ von zwei Jahren ist wie im Flug vergangen, und eine Schar treuer Ostpreußen aus den Orten Waldwerder, Berndhöfen, Millau, Kechlersdorf, Kielen und Auersberg fand sich wieder zu einem Treffen im Ostheim von Bad Pyrmont. Eine der Teilnehmerinnen reiste sogar aus Schweden an. Der Organisator des Treffens, Gustav Scherello, hieß alle Teilnehmer willkommen. Das anschließende Beisammensein verlief, wie gewohnt, in einer sehr herzlichen Atmosphäre. Der nächste Vormittag stand den Teilnehmern zur freien Verfügung und gab ihnen Gelegenheit, die wunderschöne Stadt mit ihrem berühmten Kurpark auf eigene Faust zu erkunden. Die offizielle Eröffnung fand am Nachmittag statt. Der Programmpunkt „Ehrung der Toten“ war für alle Beteiligten ganz besonders schmerzhaft, weil uns auch der bisherige Bezirksvertreter Günther Skorzinski verlassen musste. Der folgende Festvortrag trug den Titel: „Die Konvention von Tauroggen“. Er wurde von Dr. Manfred Rüthlein eingeleitet, der auch auf die damals herrschende politische Gesamtsituation hinwies. Den Vortrag selbst hielt Frau Brigitte Kulessa, die in einer von allen gut verständlichen Weise auf die große Bedeutung, die die vereinbarte Waffenruhe zwischen einem preußischen und einem russischen General hatte, hinwies und vor allem die große Wirkung dieser Vereinbarung auf den künftigen Verlauf des „Befreiungskrieges“ herausstellte. Das folgende Beisammensein verlief, wie am Vorabend, in großer Harmonie und Heiterkeit. Am Sonntagvormittag trafen sich alle traditionsgemäß zu einer Morgenandacht ein, die Gustav Scherello mit Unterstützung von Brigitte Kulessa mit einem Lied, Gebet und einer Lesung hielten. Nach dem Sonntagessen verabschiedete man sich mit dem Vorsatz, sich in zwei Jahren gesund und munter wieder zu sehen.

Dienstältester Ortsvertreter wird 80

Landsmann Horst Kulschewski, wohnhaft Im Tal 36, 45529 Hattingen, vollendete am 13. August sein 80. Lebensjahr. Er ist seit dem 9. Mai 1970 Ortsvertreter seines Heimatdorfes Milucken. Er ist der dienstälteste Ortsvertreter des Kreises Lyck. Bereits am 29. August 2010 wurde ihm das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen. Kreisvertreter Gerd Bandilla, gratulierte zum runden Geburtstag.

Ausstellung in Lyck

In den Monaten August und September veranstaltet das Historische Museum in Lyck eine Ausstellung mit dem Titel „Vom Dampf angetrieben“. Gezeigt werden Fotografien von Krzysztof Pradzynski über die letzten Lykker Dampflokomotiven. Die Ausstellung ist im Lokomotivschuppen der Lycker Kleinbahnanlage zu sehen. Landsleuten, die sich während der Zeit in Lyck aufhalten, wird der Besuch der Ausstellung empfohlen.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, KF Bettina Moyzyczyk, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www. kreisgemeinschaftsensburg.de

28. Ortstreffen Steinhof und Groß Steinfelde

Das 28. Treffen der Heimatgemeinden Steinhof und Groß Steinfelde fand vom 21. bis 24. Juni in Eberbach in dem gastlichen Hotel Krone-Post statt. Diesmal war nur eine kleine Gruppe von Landsleuten angereist, die von Berthold Hirsch herzlich begrüßt wurde. Das anschließende Gedenken an die im letzten Jahr Verstorbenen fand einen würdigen Abschluss mit dem Gesang des Ostpreußenliedes und des von dem früheren Bürgermeister Fritz Hirsch verfassten Heimatliedes, besser bekannt als „Gode Morge“. Begleitet wurde der Gesang von Kurt Behrendt, der für ein flüssig rhythmisches Singen nach der vorgegebenen Melodie „Wo die Nordseewellen schlagen ...“ sorgte. Viel Anklang fand das von ihm vorgetragene Gedicht „Jenes ferne Land...“. Berthold Hirsch erinnerte an einen Aufruf, mit dem sich sein Vater Fritz Hirsch im Heimatbrief 1963 an „seine Schäfchen“ gewandt hatte sowie an die von Heinrich Borchert verfasste Chronik „Wo sind sie geblieben“, die über das Schick-sal der früheren Dorfbewohner Auskunft gibt. Bei Kaffee und Kuchen gab es viel muntere und laute Unterhaltung. Das Plachandern nahm kein Ende. Man erinnerte sich an frühere Zeiten und erzählte von Erlebnissen in der Gegenwart. Am Sonntag besuchten die Teilnehmer des Treffens den Gottesdienst in der Michaeliskirche, bei dem Berthold Hirsch dem Angebot, der Pfarrerin der Kirchengemeinde die Gründe für die jährlichen Zusammenkünfte zu erläutern, bereitwillig nachkam und Gott für die gütige Wegführung auf der Flucht und in den Jahren danach dankte. Vor der Heimfahrt verabschiedete man sich in der Hoffnung, sich auch im nächsten Jahr wiedersehen zu können, und mit guten Wünschen insbesondere für die Landsleute, die aus Krankheitsgründen in diesem Jahr nicht dabei sein konnten.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@ tilsit-stadt.de.

Bildband Tilsit

Der Bildband „Tilsit auf alten Postkarten“ erfreut sich großer Nachfrage. Er enthält 118 Abbildungen von Tilsiter Ansichtskarten aus der Vorkriegszeit, zum Teil in Farbe. In einem Anhang wird gezeigt, was von der alten Bausubstanz noch erhalten ist. Restbestände sind noch erhältlich. Der Bildband kann bei Ingolf Koehler, Telefon (0431) 242214, angefordert werden.

BdV: Zentraler Tag der Heimat: Sonnabend, 24. August, ICC, „Unser Kulturerbe – Reichtum und Auftrag“. Feanstaltung findet von 12 bis 14 Uhr..

Herbstfreizeit für Senioren

Vom 23. September bis zum 3. Oktober 2013 bietet das Ostheim wieder eine Herbstfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, der Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der herbstlich gefärbte Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbekkens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in unterschiedlichen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen, auch ambulantes Kuren ist möglich. Bad Pyrmont selbst lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten, zum Beispiel am 24. September die Operette „Im weißen Rößl“, am 26. September Klaviersonaten von Wolfgang Amadeus Mozart und ab 27. September die neue Licht- und Klanginszenierung „Illumina“ im Kurpark, zum Bummeln und genießen ein. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 478 Euro und im Doppelzimmer pro Person 413 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension und die Gästebetreuung (Programm). Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 9361-0, Fax: (05281) 9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

ohne Gewissensbisse – Erholungszeit – Komponist; Interpret – Befürchtung – Turnübung – griechischer Gott des Meeres – französisch: danke – mittelasiat. Fürstentitel – Hauptstadt Algeriens – Raumfahrer – zähflüssiges Kohleprodukt – Äußeres, Gestalt – Materialsplitter – säugen, stillen; anheizen – alter Sonderling (ugs.) – Stadt in Nebraska (USA) – anhalten – Bratensaft, Tunke – Fluss durch Hamburg – Hafen des antiken Rom – Aufbrühhilfe für Heißgetränke – Höflichkeitsbezeigung – Absonderung, Abkapselung – veraltet: junges Pferd – Organ des Harnsystems – Vorraum, Flur – früherer österr. Adelstitel – Vorname Strawinskys – Kirchenmusikinstrument – Gesangsstück für drei Stimmen – Fettgewebe beim Schwein – Platzmangel, Raumnot – Strauchfrucht – spanische Balearenisel – Viper, Giftschlange – Tiroler Zwergenkönig der Sage – eigensinnig, hartnäckig – genuesischer Seeheld (Andrea) – Märchen-, Sagengestalt – Schwermetall – kleiner Karpfenfisch, Pfrille – Sumpf-, Kranichvogel – Südosteuropäerin – starke Hitze – Beste, Siegerin – Insekt mit Stachel – Gartenblume – Staat in Nahost – manches – Mittel zum Waschen – anbaufähig – Verband, Schutzbinde – Pfeifentabak – innige Zuneigung – fahl, bleich – Morgenland – zeitlos; immerzu – geometrische Figur – Bezeichnung eines Individuums – bayr. Benediktinerabtei – freundlich – ansammeln – berufen, nominieren – langschwänziger Papagei – Rassehund; Faustkämpfer – Fleck; Zeichen – ertragreich – Fleiß, Beflissenheit – Binse, Schilf – Richtungsangabe – Segelbaum – salopp: unglaublich – Lobrede – Gewinn, Ausbeute – Kultbild der Ostkirche – Maßeinteilung an Messgeräten – Tanzart mit Spezialschuhen – Gefäß mit Henkel – Nebenmeer des Atlantiks – kräftiges Rosa – Denksportaufgabe – Karteikartenkennzeichen – englisches Bier – weißer Baustoff; Düngemittel – Ausflug (englisch) – Situation – italienische Tonsilbe – antike Stadt in Nordafrika – Gebälkträger (Baukunst) – anheben (südd.) – Hülsenfrucht – Sammlung altnord. Dichtung – Landschaftsgarten

PAZ13_33

Schüttelrätsel

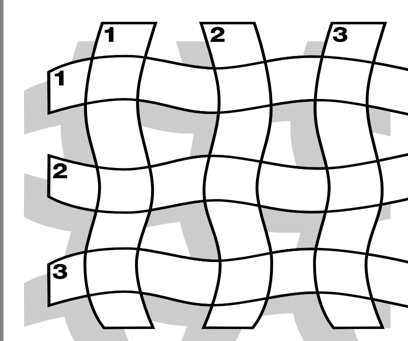
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AAORT – GRTU – ABLMU – KLLSU – ELOT – AHTU – EGNR – GKLU – GLMOU – BEEL TU – AAALR RTTU – AEMT – HLNO

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Wärmeanlage.

1	MATERIAL		QUOTE
2	FUEHRER		HEILIG
3	FRAGE		BLOCK
4	PATENT		PFLICHT
5	REGEN		MAERCHEN
6	WILD		STALL
7	WAND		SCHRIFT



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Aufbau, Struktur
2 Eisspiel
3 Spione, Spitzel

Mittelworträtsel: 1. Fehler, 2. Schein, 3. Zeichen, 4. Rezept, 5. Schauer, 6. Kaninchen, 7. Spiegel – Heizung

Magisch: 1. Gefuege, 2. Curling, 3. Agenten

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:



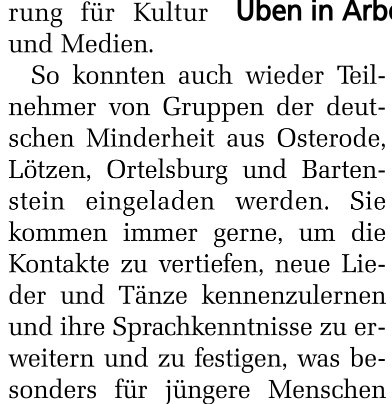
Ostpreußens Dünen im Lied

Musikwochendende in Bad Pyrmont vereinte Musik und Lyrik



Üben in Arbeitsgruppen: Teilnehmerinnen des Blockflötenkreises Bild: M. Kopp

„Wind, Wasser, Düne“ – Unter diesem Leitthema stand das Musikwochenende im Ostheim im Mai dieses Jahres. Aus allen Himmelsrichtungen reisten die Teilnehmer am Freitag vor Pfingsten in die schöne Kurstadt. Gefördert wurde die Veranstaltung über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum aus den Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.



So konnten auch wieder Teilnehmer von Gruppen der deutschen Minderheit aus Osterode, Lötzen, Ortelsburg und Bartenstein eingeladen werden. Sie kommen immer gerne, um die Kontakte zu vertiefen, neue Lieder und Tänze kennenzulernen und ihre Sprachkenntnisse zu erweitern und zu festigen, was besonders für jüngere Menschen wichtig ist.

In der familiären Atmosphäre des Ostheims begrüßten sich viele alte Bekannte aus dem ehemaligen Arbeitskreis Nordostdeutsche Musik. Der erste Abend stand ganz im Zeichen von Liedern aus Masuren und bereitete die Teilnehmerinnen auf den Vortrag des zweiten Abends vor, den Ilse Conrad-Kowalski über „Das ostpreußische Volkslied als Teil der deutschen Volksliedkultur“ erarbeitet hatte.

Dieses Thema durchzog ebenso wie das oben genannte Leitthema die ausgewählten Lieder, Chorsätze und Musikstücke während dieses Wochenendes. Vor dem Frühstück versammelten sich die Teilnehmer im Treppenhaus, um mit einigen Morgenliedern den Tag zu begrüßen, nachdem um sieben Uhr einige Frühaufsteher die übrigen musikalisch geweckt hatten. Ein Tagesspruch regte zum Nachdenken an. Nach dem Frühstück trafen sich alle im Preußensaal zum gemeinsamen Singen, das von Karin Petersen geleitet wurde. Lieder von Heinz Lau und Friedrich Reichardt sowie Volkslieder aus dem Memelland, Masuren und Lettland wurden gesungen. Ab zehn Uhr begab man sich in die Arbeitsgruppen: Chor (geleitet von Karin Petersen), Blockflötenkreis (Solveig Hachtmann) und Gitarrengruppe (Roland Funck).

> Neben gemeinsamem Musizieren gab es Tanz für alle

Die Tänzer trafen sich nach dem Mittagessen, so dass jeder, unabhängig von den Arbeitsgruppen, mitmachen konnte. Den Schwerpunkt der Chorarbeit bildeten zwei Dünengedichte von Fritz Kudnig. „Die Düne ragt ins blaue Licht“, von Ewald Schäfer zu einem eindrucksvollen Chorsatz gestaltet, war eine echte Herausforderung für den Chor und die Leiterin. Zum Gelingen trugen nicht zuletzt die Männerstimmen bei, verstärkt durch zwei „neue“ Tenöre. Ferner wurde der Chorsatz eines lettischen („Südwind, wehe“) und eines schwedischen Liedes („Wer kann segeln ohne Wind“) erarbeitet. Die Flötengruppe beschäftigte sich mit Quartetten von Demantius und Praetorius, und die Gitarrengruppe reiste in ihren Liedsätzen von Ostpreußen über Finnland, Schweden bis nach Norwegen. Gemeinsam mit den Flöten und den Gitarren wurden einige Stücke aus der Jahreszeiten-Kantate von Edith Nothdorf und Eike Funck musiziert. Die Tanzgruppe unter der bewährten Leitung von Brigitte Schulze nahm sich einige Fischertänze vor und zeigte uns zwei davon: „Hal mi den Saalhund“ (Pommern) und den „Trampeldanz“ (Samland) sowie das „Memeler Viergespann“, begleitet von Gitarren, Flöten und Geige und dem Singen der plattdeutschen Textstellen durch die Zuschauer. Zum Abschluss am letzten Abend wurde ein Film des Volkstanzkreises „Elch“ (aus dem Saarland) gezeigt, der beim großen Volkstanztreffen in Altenburg/Thüringen als einzige Gruppe ostpreußische Volkstänze aufgeführt hatte. Nach dem Dank an die Referenten und an das Haus endete das wunderschöne Musikwochenende am Pfingstmontag mit „Land der dunklen Wälder“, das einer der beiden jüngsten Teilnehmer spontan am Klavier angestimmt hatte. Reich beschenkt und voller Musik traten die Teilnehmer nach dem Mittagessen die Heimreise an. *Anneliese Bonn*

Opfer politisch Korrekter

Kieler Landtag unterwirft Pommern-Ausstellung der Zensur

Sicherlich gehörten sie zu den treuesten Wählern der CDU, die inzwischen in die Jahre gekommenen Pommern und Ostpreußen, die bei Kriegsende ihre Heimat verlassen mussten und in großer Zahl in Schleswig-Holstein landeten. Und daher glaubten sie wohl, dass es unproblematisch sei, wenn sie die vom Heimatpolitischen Arbeitskreis der Pommerschen Landsmannschaft entwickelte Ausstellung „Vertrieben und vergessen?“ dem Kieler Landtag anbieten, damit sie einige Tage lang im Landeshaus in Kiel der Öffentlichkeit präsentiert wird, zumal der Landtagspräsident, der CDU-Politiker Klaus Schlie, als konservativ gilt.

So stellten sie bereits im Frühjahr beim damaligen Landtagspräsidenten Torsten Geerdts, ebenfalls CDU, einen Antrag, das Landtagsgebäude für die Ausstellung nutzen zu können. Umgehend erhielten sie einen Nutzungsvertrag. Vom 5. bis zum 9. August 2013, also zum „Tag der Heimat“, sollte die Ausstellung, bestehend aus 30 Tafeln, gezeigt werden. Auf ihnen sollte die pommersche Geschichte dargestellt werden, beginnend mit den ersten Besiedlungen durch germanische und slawische Volksstämme, über die deutsche Ostsiedlung, die Schwedenzeit, schließlich bis zur Einbettung Pommerns in den preußischen und deutschen Staatsverband. Im zweiten Teil wollten sie die Vorgeschichte der Vertreibung dokumentieren und dann im dritten Teil die Nachkriegsgeschichte der geflohenen und vertriebenen Pommern in West- und Mitteldeutschland. Dabei lag der Schwerpunkt auf sechs Zeitzeugenberichten, „welche die Schrecken der Vertreibung veranschaulichen“, wie es in dem Konzept der Landsmannschaft hieß.

Anstandslos war die Ausstellung bereits im von Grünen und Sozialdemokraten regierten Baden-Württemberg sowie im ebenfalls von der SPD regierten Nordrhein-Westfalen gezeigt worden. Zur Verblüffung der Pommern erhielten sie aus Kiel die Aufforderung, sie mögen zunächst das Prospektblatt dem Landtag zur Kontrolle vorlegen, mit dem zur Ausstellung eingeladen werden sollte. Das taten sie und erfuhren, dass der Landtag das Werbemittel nicht genehmigen werde. Was darin zu lesen ist, stehe der deutsch-polnischen Versöhnung entgegen.

Anstoß genommen hatten, das ging aus einem Gespräch hervor, die im Namen des Landtagspräsidenten Schlie (CDU) fungierenden Angehörigen der Landtagsverwaltung, dass in der Ausstellung auch auf die Vorgeschichte der Vertreibung eingegangen werden sollte. Besonders empfindlich reagierte man auf die in der Einladung genannten Ursachen: „Deutsche Ambitionen vom neuen Siedlungsraum im Osten und der Unterdrükkung slawischer Völker gehören ebenso in diese Darstellung wie polnische Träume von einem großpolnischen Reich bis zur Elbe.“

> Landtagspräsident Schlie befürchtet, dass Dokumente über Vertreibung durch die Polen Abgeordnete der Partnerstädte brüskieren wird

Gegen den ersten Teil der Aussage – die Geschichte von den deutschen Ambitionen – hatte das Landtagspräsidium keinen Einwand, während die Erwähnung der polnischen Großmachtträume auf heftigen Widerspruch stieß. Offenbar auf den Wink des im Urlaub weilenden Landtagspräsidenten – was sind heute schon Entfernungen? – verlangten seine Mitarbeiter plötzlich, nun müssten die Pommern auch alle Bilder der Ausstellung zur Prüfung vorlegen ebenso wie die Texte, die zu den Bildern gehörten. Ein Haar in der Suppe entdeckten die Landtagsbediensteten, dass in der Ausstellung festgestellt wird, die Polen hätten mit der Vertreibung bereits vor dem sogenannten Potsdamer Abkommen begonnen, eine Tatsache, die jedem, der sich mit der jüngsten osteuropäischen Geschichte befasst hat, bekannt ist.

Das müssten die Pommern erst einmal beweisen, so die Landtagsverwaltung. Die Pommern verwiesen auf das von ihnen erarbeitete Begleitbuch zur Ausstellung, in dem viele Quellen für diese historische Tatsache benannt werden. Leider sei das Buch noch nicht fertig .... Antwort: Dann könne man die Ausstellung erst recht nicht genehmigen, es sei denn, die Landsmannschaft erkläre sich damit einverstanden, dass der schleswig-holsteinische Landtag in Gestalt des Präsidenten Klaus Schlie jedes Bild der Ausstellung kontrolliere und gegebenenenfalls die in seinen Augen nicht korrekten aussortiere. „Auf bestimmte Themen müsse man dann eben verzichten“, erfuhren die Pommern. Sie wurden belehrt, dass der schleswig-holsteinische Landtag Partnerschaften geschlossen habe mit den Parlamenten in Stettin und Danzig, und deren Abgeordnete dürfe man nicht vergrätzen.

Als die Landtagsverwaltung auf der Zensur beharrte, hatten die Pommern Charakter genug zu antworten, dass die Ausstellung nicht zu den Auflagen des Landtages zur Verfügung stehe „Die Ausstellung kann nur komplett mit allen Tafeln gezeigt werden; eine Herausnahme von einzelnen oder mehreren Tafeln würde die Geschichte des Landes Pommern und der Vertreibung der Pommern nur verfälscht wiedergeben,“ erwiderten sie.

Der Landtag beziehungsweiseder Landtagspräsident verwies auf sein Recht, die Ausstellung auf ihren Inhalt zu prüfen und Teile aus der Ausstellung auszuschließen. Die *Preußische Allgemeine Zeitung* bat den Landtagspräsidenten Schlie um eine Stellungnahme, erhielt aber keine Antwort.

Nun fällt die Ausstellung „Vertrieben – und vergessen?“ in Kiel aus. Der Landtagspräsident braucht nicht mehr zu befürchten, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD, der wegen seiner rüden Art gefürchtete Abgeordnete Ralf Stegner, ihn des Revanchismus beschuldigt.

Hans-Joachim v. Leesen

Miet mich, Amen!

Pastor entdeckt Marktlücke und bietet seine Dienste per Internet an – Den Segen von oben hat er

Heutzutage kann man alles Mögliche mieten. Wohnungen, Autos – und Pastoren. Ein Geistlicher macht damit jetzt ein ganz profitables Geschäft, indem er zum Beispiel Heiratswillige gegen Bezahlung am Ort ihrer Wünsche traut.

Gute Werbung ist die halbe Miete. Allerdings kostet Werbung Geld und daher verschickte der Jungunternehmer Samuel Diekmann nur Pressemitteilungen an einige Wochenblätter, in der Hoffnung, sie würden über sein neu eingetragenes Gewerbe berichten. Dass es so erfolgreich sein würde, dass selbst der „Spiegel“ über ihn berichtet, hätte sich der 32-Jährige nie träumen lassen.

Ein Mitarbeiter des Hamburger Magazins hatte nämlich in den „Lübecker Nachrichten“ einen Artikel über Diekmanns Unternehmen gelesen. Der Mitarbeiter der regionalen Tageszeitung hatte seine Informationen wohl wiederum aus einem Wochenblatt. Selbst der „Deutschen Welle“ und der Fachpublikation „deutsche start-ups“ war der Jungunternehmer inzwischen schon eine Meldung wert.

Dabei hat Diekmann das sprichwörtliche Rad keineswegs neu erfunden. Bereits seit vier Jahren bietet er seine Dienstleistung als Theologe auf seiner Internetseite an. Der Pastor einer kleinen Freikirche in Hessen liebt zwar seinen Job, aber da die Einnahmen der Gemeinde aus Spenden bestehen, hängt sein Job von der Spendenbereitschaft und -fähigkeit der rund 70 Gemeindemitglieder ab.

Als Vater von drei Kindern muss er aber auch für ein geregeltes Einkommen sorgen und so vermietet er nebenbei sein theologisches Rednertalent. Da der Bedarf größer ist als gedacht und er auf andere Theologen traf, die es ihm gern gleichtun würden, meldete er Anfang dieses Jahres das Unternehmen namens „www.rent-a-pastor.com“ (miete dir einen Pastor) an. Über das Internetportal bieten nicht nur er, sondern auch über 20 weitere Kollegen, die quer über das ganze Land verteilt wohnen, ihre theologischen Dienstleistung bei Bewerbungen jobsuchender Theologen als Buchungen. Allerdings plant man auch nicht eben mal so seine Hochzeit, nur weil man gelesen hat, dass man auch ohne Kirchenmitgliedschaft einem Theologen bei seiner Hochzeit lauschen kann.

Nicht-Kirchenmitglieder sind allerdings nicht die einzigen Kunden unbedingt wollte, einen Theologen finden, der sich außerhalb seiner regulären Tätigkeit buchen ließ, doch mit der vereinfachten Buchungsmöglichkeit über das Internet könnte daraus eine ernsthafte Konkurrenz für die regulären Kirchen entstehen. So mancher junger Mensch ist nur noch in der Kirche, weil er



Frisch vermietet: Pastor Diekmann bei der Arbeit — Bild: rent-a-pastor

Hochzeiten und Beerdigungen an. Mit Kurzvita stellen sie sich auf der Internetseite vor und wird einer von den Herren – es sind erstaunlicherweise nur Männer – über die Seite gebucht, verdient Diekmann 20 Prozent des Honorars, das bei einer Trauung zwischen 350 und 600 Euro liegt, für die Jobvermittlung.

Derzeit zählt Diekmann zwar noch mehr Presseanfragen und den. Auch Paare, die sich gern an einem ungewöhnlichen Ort trauen lassen wollen, deren Pastor es aber nicht als seine Aufgabe ansieht, bei einem mittelalterlichen Fest auf einer Burg, im Park oder bei einer Hippie-Hochzeit seinen Beruf auszuüben, melden sich bei „rent-a-pastor“.

Nicht jeder begrüßt jedoch die Idee. Natürlich konnten Interessierte schon immer, sofern man sich die Option einer kirchlichen Trauung offen halten will, da dies romantisch und Tradition sei. Wird nun publik, dass das nicht mehr nötig ist, weil es genügend Theologen gibt, die das geistliche Wort auch an Nicht-Mitglieder verkünden, dann gäbe es für diese jungen Menschen keinen Grund mehr, Kirchenmitglied zu bleiben und monatlich Kirchensteuern zu zahlen. Diekmann glaubt jedoch nicht, dass dieses der einzige Grund ist, weshalb sich die Menschen für eine Kirchenmitgliedschaft entscheiden.

Vom Online-Magazin „evangelisch.de“ zu seiner Meinung über Diekmanns Angebot befragt, nahm Reinhard Mawick, Pressesprecher der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die Mietangelegenheit ganz gelassen hin. „Der EKD gehört ja nicht die Botschaft Jesu Christi“, sagte er. Auch sei er sich bewusst, dass es in einigen Regionen mehr evangelische Theologen als Vollzeitstellen gibt, diese Menschen müssten irgendwie schließlich ihren Lebensunterhalt verdienen. Zudem sei es nachvollziehbar, dass in einer stark individualisierten Gesellschaft die Gläubigen auch bei der Trauung etwas Spezielles möchten. Des Weiteren betrachtet Mawick die Nachfrage nach Miet-Theologen als Kompliment an den christlichen Glauben: „Das zeigt doch, dass der christliche Glaube sehr attraktiv ist. Dass die Paare sich einen Pastor wünschen, liegt ganz klar an den christlichen Inhalten.“

Im „Spiegel“-Artikel wurde Diekmann ungenauerweise unterstellt, er würde sich als Reformer sehen. Doch gegenüber der *PAZ* betont der Pastor, dass diese Aussage missverständlich sei. So haben für ihn die kirchlichen Inhalte Bestand, ihm gehe es nur um die Form. Kirche müsse sich immer wieder von ihrer Form her neu erfinden, da sich schließlich auch der Lebensalltag der Menschen ändere. Den Vorwurf, dass bei ihm Predigten zu einem Event verkommen, lässt er ebenfalls nicht gelten, auch weil er immer wieder von seinen Kunden höre, dass er Humor stimmungsvoll mit Besinnlichkeit und den Worten Gottes zu verknüpfen wisse.

Rebecca Bellano

So trickst man Hindernisse aus

Bahn frei für Senioren – Barrierefreies Wohnen ist auch in Altbauten möglich

Die Gesellschaft altert bekanntermaßen, aber Immobilien passen sich dem Trend nur selten an. Deshalb fordern Mieterverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände den Bau von 2,5 Millionen barrierefreien Seniorenwohnungen. Diese insgesamt rund 39 Milliarden Euro teure Maßnahme soll vom Staat gefördert werden, würde aber langfristig die Pflegekosten reduzieren, weil Senioren dann länger in ihrer Wohnung leben könnten und nicht ins teure Pflegeheim ziehen müssten. Doch es gilt auch, solche Wohnungen altersgerecht umzubauen, die nie dafür vorgesehen waren. So lassen sich die Lebensqualität vieler Menschen und der Wohnwert von Immobilien nachhaltig steigern.

Die Barrierefreiheit sollte bereits beim Eingang erfolgen. Gerade in dem Umfeld tauchen Gefahrenquellen auf, die im Rahmen von Freiflächengestaltungen geschaffen wurden. Bereits kleine Stufen sind weder mit Rollstuhl noch Rollator beschwerdefrei zu passieren. Falls auf Stufen beharrt wird, könnte daneben eine Schräge von sechs Prozent Neigung ausgebildet werden. Auch sollte dabei eine kontrastreiche Stufenmarkierung erfolgen und an eine blend- und schattenfreie Beleuchtung, die den Weg zum Eingang aufweist, gedacht werden. Eine gut lesbare Hausnummer ist wichtig, damit im Notfall der Arzt schnell zur Stelle ist.

Wenn Stufen vor der Tür oder auf dem Weg zum Aufzug sind, sollte für Rollstuhlbenutzer eine Rampe oder ein Plattformlift installiert werden. Sollte dieses aus Platz- oder aus baulichen Gründen nicht möglich sein, kann



Endstation: Für Senioren sind Treppen häufig ein Hindernis — Bild: action press

auch eine mobile Rampe zum Einsatz kommen.

Die Treppen sind mit beidseitigem Handlauf auszustatten und rutschfestem Stufenbelag zu versehen. Sehr positiv hat sich in der Umsetzung auch gezeigt, auf den Zwischenpodesten einen nichtbrennbaren Klappsitz anzubringen. Gerade für ältere Bewohner bietet sich hier die Möglichkeit, eine Pause einzulegen und sie sind im Mietshaus auch gleichzeitig ein Platz der Kommunikation.

Die Wohnungen im Bestand weisen oft wenig Platz für das Abstellen von Rollatoren auf. Deshalb sollte der Vermieter über eine Zusatzfläche, sei es ein Anbau oder ein bereits vorhandener Raum, nachdenken.

Die Zimmer der Wohnung sind im Allgemeinen, außer Schwellen und eventuell zu schmalen Türbreiten, weniger kritisch zu sehen. Ein Entfernen der Schwellen ist kein großer Aufwand und verursacht auch wenig Kosten. Mindestens sollte pro Raum ein Fenster mit Griff von unten bedienbar und verschließbar sein.

Probleme schafft in der Regel das Bad, da es meist schlauchförmig angeordnet ist und selbst bei Entfernen der Badewanne die Bewegungsfreiheit noch nicht hundertprozentig gewährt. Der Duschplatz sollte mit einer bodengleichen Dusche ausgestattet werden, die ist für jede Generation nutzungsfreundlich. Hier bietet die Industrie ästhetische und bezahlbare Lösungen an.

Kostenbeteiligung durch Krankenkassen

Stütz- und Haltegriffe sowie Klappsitz sind bei Rollstuhlbenutzern Selbstverständlichkeit, doch auch Kinder und Personen mit motorischen Einschränkungen wissen diese zu schätzen. Bei der Badgestaltung ist außer auf Bewegungsfläche auch auf die sensorischen Belange Rücksicht zu nehmen, das heißt, eine kontrastreiche Badgestaltung, Bodenfliesen im Kontrast zu den Wandfliesen und somit zur Sanitärkeramik. Die Bodenfliesen sind rutschsicher auszuführen. Weiterhin sind keine spiegelnden Materialien einzusetzen. Sollte die Duschabtrennung aus Glas sein, so ist diese mit Kontrast-Streifen zu markieren.

Jede Wohnung gewinnt an Wohnwert, wenn diese über einen Freisitz verfügt, sei es Balkon, Loggia oder Terrasse, doch hier ergeben sich auch oft erhebliche Probleme beim Austritt und der Bewegungsfläche. Hier sollte unbedingt ein schwellenfreier Übergang erfolgen, zahlreiche Produkte bieten hier gute Lösungen an. Notfalls lässt sich mit einem Holzkeil die Höhendifferenz anpassen.

Wenn es sich um einzelne Baumaßnahmen handelt, sollte man darüber hinaus prüfen, welche Leistungen über die Kranken- oder Pflegekasse bezuschusst werden. Denn wenn die Pflegekasse in Anspruch genommen wird, setzt diese immer eine Pflegestufe voraus. Damit stehen dann 2557 Euro für Umbaumaßnahmen zur Verfügung. Verändert sich die Pflegestufe, kann dieser Betrag wieder neu beantragt werden. Im Hilfsmittelkatalog sind die Produkte aufgelistet, welche von der Krankenkasse übernommen werden, wie Dusch-WC oder Haltegriffe.

Monika Holfeld

Die Autorin ist Verfasserin mehrerer Bücher zu dem Thema, siehe www.architektur-und-farbgestaltung.com.

Eine zarte Versuchung

Yum, yum, das schmeckt! Die vierjährige Friederike kann nicht genug kriegen von der süßen Versuchung, die um sie herum wie mit tausend Fingern greift. Um ihren Mund herum hat sich schon ein brauner Rahmen gebildet. Am liebsten würde sie ihren kleinen Kopf ganz in den Topf mit noch flüssiger Schokolade eintauchen, doch davon hält ihre Mutter sie lieber zurück.

Obwohl für Friederike eigentlich gerade „Eiszeit“ ist – nichts isst sie im Sommer lieber als Speiseeis –, ist sie mit ihren Eltern in ein Schokoladenmuseum gegangen. Ein kühler Regentag hat die drei in das „Chocoversum“ getrieben, mit dem das Bremer Schokoladenunternehmen „Hachez“ alle Geheimnisse rund um die Kakaobohne offenbart.

So erfährt die Kleine, dass es 400 Aromen gibt, die sie per Duftproben erraten kann. Sie lernt, dass eine grünliche statt braune Farbe im Inneren der Bohne davon zeugt, dass ein Pilzbefall vorliegt und nicht nur die einzelne Bohne, sondern im schlimmsten Fall die gesamte Lieferung vernichtet werden muss. Denn der Transport aus den tropischen Ländern Südamerikas, Afrikas oder Asiens in das klimatisch kühle Europa ist mit sehr viel Aufwand verbunden. Damit die Bohnen nicht anfangen zu schwitzen und zu faulen, müssen sie trocken und bei gleichbleibender Temperatur in den Containerboxen der Frachtschiffe gelagert werden. Und man erfährt, dass die Herstellung einer Tafel Schokolade bis zu 100 Stunden betragen kann. Denn nach dem Knacken der Bohne wird der Inhalt erst zu Pulver verrührt, ehe



Schokolade Made by Kids — Bild: tws

er in Conchiermaschinen, die im Museum ständig in Betrieb sind, ihr wahres Aroma entfaltet.

Probieren ist im Erlebnismuseum ausdrücklich erwünscht. Schleckermaul Friederike macht ausgiebig Gebrauch davon, sie darf sogar ihr eigener Confiseur sein. Unter Anleitung der Gästeführerin legt sie die Lieblingszutaten – bunte Streusel, Gummibärchen und Nüsse – auf eine Schale mit warmer, flüssiger Schokolade und legt sie danach in ein Kühlfach. Am Ende des 90-minütigen Rundgangs nascht sie vergnügt ihre eigene Schokokreation.

Seit einem Jahr betreibt Hachez das Chocoversum, allerdings nicht im Firmensitz in Bremen, sondern im Hamburger Kontorviertel in der Innenstadt. Aus touristischen Gründen und weil Hamburg einer der größten Kakaoumschlagplätze Europas ist, so die Begründung des Unternehmens. Hachez setzt damit fort, was es am Kölner Rheinufer mit dem früher von Stollwerck und jetzt vom Schweizer Schoko-Hersteller Lindt & Sprüngli betriebenen Imhoff-Museum seit 1993 oder mit dem Museum der Halloren Schokoladenfabrik in Halle seit 2002 gibt.

Friederike kann es egal sein. Sie hüpft freudestrahlend aus dem Chocoversum, was beweist: Schokolade macht wenigstens sie total glücklich!

Harald Tews

Meßberg 1, Montag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 14 Euro, Kinder 10 Euro, Kinder bis fünf Jahren frei. www.chocoversum.de.



Faszination und Wehmut

Das Berliner Stadtschloss

Jetzt gibt es kein Zurück mehr. Am 12. Juni hat der Bundespräsident den Grundstein gelegt, seit dem 21. Juni laufen die Arbeiten. Das Berliner Schloss wird wieder aufgebaut, und nicht nur in Berlin hofft man, dass der zeitliche und finanzielle Rahmen (650 Millionen Euro bis 2018) halbwegs eingehalten und nicht auch ein Endlos-Desaster wie Flughafen und Staatsoper wird.

Ein langer Streit ist damit beendet. Natürlich wird es nicht wieder das Schlütersche Schloss in seiner barocken Pracht. Vielmehr entsteht jetzt in dessen Kubatur und mit historisierender barocker Fassade ein moderner Museums- und Ausstellungsbau, der als „Forum Humboldtianum“ die außereuropäischen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Teile der Landesbibliothek und die Kunstschätze der Humboldt-Universität aufnehmen sowie darüber hinaus ein Begegnungszentrum par exzellence werden soll.

Der Berliner Lukas-Verlag hat rechtzeitig zum Termin dem alten Berliner Schloss einen Band gewidmet, den man gleichermaßen mit Faszination und Wehmut über alles Verlorene betrachtet. Richard Schneider, der Autor, hat sich mit Büchern zu Architektur und Kunst längst einen Namen gemacht, und auch hier imponiert seine Detailkenntnis. Nach einer ausführlichen Einleitung zur Baugeschichte bringt er knapp 100 Aufnahmen, die im damals ziemlich kostspieligen Duoton-Verfahren gemacht wurden, bei dem die Fotografien auf Glasplatten gepresst werden und darum bis heute fast wie neu wirken. Der Physiker Albrecht Meydenhauer hatte um 1860 das sogenannte Messbildverfahren und daraus später die Photogrammetrie entwickelt. Auf seine Anregung ging die gezielte Abbildung des Schlosses zurück. Heute lagert das wertvolle Bild-Archiv im Brandenburgischen Landesamt für Denkmalspflege in Wünsdorf.

Die ausgewählten Bilder ziehen den Betrachter sofort in den Bann. Es sind Aufnahmen von allen vier Fassaden (in der Länge über 200, in der Breite über 100 Meter), von den fünf großen Portalen, von den zwei Innenhöfen, von Treppenhäusern sowie von zahlreichen Sälen und Wohnräumen (bei über 800 Räumen freilich nur eine Auswahl).

Obwohl der Grundstein bereits 1843 gelegt und der Bauabschluss erst 1854 mit Vollendung der großen Kuppel (durch Stüler) erreicht wurde, dominiert der von Andreas Schlüter und seinem Nachfolger Eosander von Göthe so virtuos gehandhabte barocke Stil, und zwar in allen Bereichen: in dem gewaltigen Bau selbst, in den reich verzierten Fassaden und Eingängen und im Innern in den mit Bild und Skulptur mitunter fast überreich versehenen Galerien, Sälen und Räumen. Erst Schlüter und Eosander hatten ja das alte Schloss um mehr als die Hälfte nach Westen hin erweitert und ihm damit die uns heute bekannte Form gegeben.

Was an dem Buch besonders gefällt, sind die ausführlichen Erläuterungen zu jedem einzelnen Bild. So bleibt es nicht beim äußerlichen Staunen, sondern der Betrachter erfährt Geschichte, Details und Künstlernamen sowie Veränderungen durch die Jahrhunderte. Alle preußischen Herrscher haben in irgendeiner Form ihre Spuren hinterlassen; noch Wilhelm II. lebte gewissermaßen Aug' in Aug' mit seinen großen Ahnen.

100 alte Aufnahmen zeugen von der Pracht

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Schloss schwer getroffen, aber nicht zerstört. Bei gutem Willen hätte man es retten können. Aber die SED wollte nicht, sondern ließ es 1950 sprengen. Auf dem zum „Marx-Engels-Platz verödeten Terrain entstand 1976 der „Palast der Republik“, der nach der Wende wieder abgerissen wurde. Was nun entsteht, ist Altes (Kubatur und Fassade) und zugleich Neues. Den gelungenen Band von Schneider (er hätte vielleicht noch genauer die wichtigsten Architekten und Künstler nennen können) mag man auch als Mahnung sehen, das noch vorhandene kulturelle Erbe so sorgfältig wie nur möglich zu erhalten und zu pflegen. *Dirk Klose*

***Richard Schneider: „Das Berliner Schloss in historischen Photographien“**, Lukas Verlag, Berlin 2013, geb., 157 Seiten, 29,80 Euro*

Der gute Walter

Egon Krenz versucht, SED-Spitzenfunktionär Ulbricht reinzuwaschen

Das Buch „Walter Ulbricht. Zeitzeugen erinnern sich“ ist schwer wie eine Bibel, und es verkündet auch eine „frohe Botschaft“, die da lautet: Der SED-Spitzenfunktionär der DDR war ein guter Mensch und ein großer Staatsmann! Wer anders denkt oder gegenteilige Erfahrungen gemacht hat, der wird von Herausgeber Egon Krenz auf 608 Seiten darüber belehrt, dass er sein antiquiertes Geschichtsbild schleunigst revidieren sollte.

Mit einem schrecklichen Vorwort, von dem jeder Satz widerlegt werden kann, versucht Egon Krenz, 1937 als Sohn eines Schneiders in Pommern geboren und heute als Rentner an der Ostsee lebend, die Leser seine Sicht der DDR-Geschichte und des segensreichen Wirkens des Genossen Ulbricht darzulegen.

Die DDR, so liest man im ersten Absatz, war „auf jeden Fall anders“, als sie heute „von bestimmten Behörden“ im vereinigten Deutschland gezeichnet wird, die „beauftragt sind“, sie „als ein großes Gefängnis darzustellen“. Soll man diesen wirklichkeitsblinden Unsinn, den der einstige SED-Generalsekretär, der im Herbst 1989 nur knapp sieben Wochen im Amt war, hier als Geschichtsbild anbietet, überhaupt zur Kenntnis nehmen? Weiterhin wird dem ahnungslosen Leser, der die 40 DDR-Jahre nicht miterlebt hat, weisgemacht, dass Ulbricht, der Hunderttausende seiner Untertanen zur Flucht in den Westen getrieben und in der Nacht zum 13. August 1961 die Berliner Mauer gebaut hat, „überzeugter Gegner einer Teilung Deutschlands“ gewesen sei. Der nachfolgende Satz „Er wollte immer das ganze Deutschland“ ist verräterisch, übersetzt heißt das: Übertragung der DDR-Verhältnisse auf die westdeutsche Demokratie, also ein sozialistisches Gesamtdeutschland nach Stalinschem Muster. Egon Krenz drückt das feiner aus: „antifaschistisch, demokratisch und sozial gerecht“ sollte es sein!

Wertlose Huldigungsschrift, die erschauern lassen

Und schließlich wird noch der harte Vorwurf gegen die Berliner Republik erhoben: Die 70 „Weggefährten“ Ulbrichts, die hier befragt wurden, litten „bettlägerig, aber ungebrochen“ unter der staatlich verordneten „Strafrente“ und könnten nicht einmal „Pflege- und Seniorenheim“ bezahlen. Von „bettlägerigen Weggefährten“ wird man nur in beschränktem Umfang sprechen können. Zumindest der erst 1950 geborene linke Schreihals Diether Dehm, der in den 70er Jahren der Staatssicherheit als „inoffizieller Mitarbeiter“ gedient hat und trotzdem seit 2005 für die SED-Nachfolgepartei „Die Linke“ im Bundestag sitzt, ist keiner. Er hat Ulbricht nie gesehen, wettert aber gegen die „Schreibsöldner des Kapitals“ und argumentiert auf unterstem Niveau.

Auch die drei sowjetrussischen „Freunde“, die hier schreiben, darunter der 1926 geborene Diplomat Valentin Falin, der als Mitglied der „Sowjetischen Kontrollkommission“ 1950/51 in Ost-Berlin lebte, gehören nicht in die stattliche Reihe der dahinsiechenden „Weggefährten“. Sie waren, mit Verlaub, lange die Befehlsgeber der SED-Führung, deren Anordnungen sich Ulbricht kaum entziehen konnte.

Auch westdeutsche Kommunisten, wie der 1929 geborene DKP-Vorsitzende Herbert Mies, waren keine „Weggefährten“. Sie hatten sich, auch wenn nach außen der Schein gewahrt wurde, den Befehlen des SED-Politbüros unterzuordnen, sonst wären ihnen die Zuwendungen aus Ost-Berlin gestrichen worden. So bleiben lediglich Dutzende von Aufsteigern der Berufsrevolutionäre, die neben und mit Ulbricht von der Siegermacht Sowjetunion mit hohen Machtbefugnissen ausgestattet wurden. Sie waren die Nutznießer des Systems, die unerhörte Privilegien genossen, wofür sie mit Unterwerfung zu zahlen hatten.

Aufschlussreich ist nicht, wer alles in diesem Buch vertreten ist (die Mehrzahl ist westdeutschen Lesern ohnehin unbekannt), sondern wer nicht aufgenommen wurde und welche Ereignisse nicht genannt werden. Und Beiträge von geflohenen Dissidenten wie Wolfgang Leonhard, Gerhard Zwerenz Wolf Biermann waren wohl nicht zu erwarten gewesen. Was hätte wohl der Gegenspieler Paul Merker geschrieben, den Ulbricht 1952 für acht Jahre ins Zuchthaus werfen ließ?

Selbstverständlich darf aber die 1927 in Halle geborene Ex-Ministerin Margot Honecker nicht fehlen, die bei der DDR-Bevölkerung verhasst war, heute aber im fernen Chile eine üppige Rente aus dem „kapitalistischen“ Deutschland bezieht und hier ihre gewohnten Plattheiten über den SED-Staat absondert.

Obwohl Krenz, wie er im Vorwort betont, keine Idealisierung Ulbrichts anstrebte, so ist das Buch doch eine Huldigungsschrift des 1973 verstorbenen Parteiführers geworden. Für die DDR-Forschung wäre es deshalb auf weite Strecken wertlos und unbrauchbar, wenn es nicht immer wieder Passagen gäbe, die den Leser erschauern lassen. Beispielsweise dort, wo es um innerparteiliche Auseinandersetzungen geht, „Fraktionsbildungen“ genannt, die mit hohen Zuchthausstrafen geahndet, in diesem „sozialistischen Hausbuch“ aber verharmlost werden. *Jörg Bernhard Bilke*

***Egon Krenz (Hrsg.): „Walter Ulbricht. Zeitzeugen erinnern sich“**, Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2013, geb., 608 Seiten, 24,99 Euro*

Alles ist im Fluss

Einführung in die Traditionelle Chinesische Medizin mit Tipps und Rezepten

„Meine Hausärztin ist klasse, ich kann sie nur empfehlen. Sie bietet sogar TCM an“, so die Nachbarin. TCM? Nicht jedem ist die Abkürzung von Traditionelle Chinesische Medizin bekannt und selbst wenn, assoziieren die meisten damit nur Akupunktur. Doch TCM ist viel mehr. Wer sich dafür interessiert, kann in dem neu erschienen Buch „TCM für jeden Tag“ von Li Wu mehr darüber erfahren. Der Autor ist Professor für TCM an der Universität Yunnan und betreibt in München eine Naturheilpraxis.

Der Autor führt in kleinen Schritten in die Materie ein, erzählt, dass die Ursprünge der TCM über 2500 Jahre zurück reichen und dass es in der chinesischen Medizin vor allem um die Vermeidung und nicht die Bekämpfung von Krankheiten geht. Allerdings ist es bekannt so, dass sich die meisten Menschen erst mit ihrer Gesundheit beschäftigen, wenn ihnen diese abhanden gekommen ist und daher bietet TCM zahlreiche Möglichkeiten, Beschwerden zu lindern und zu beheben. Damit dies überhaupt möglich wird, darf der Patient jedoch nicht alles hinterfragen und auf alles eine sachliche Antwort erwarten, denn manches klingt für rationale Leser eher wie aus einer Religion entlehnt oder schlicht wie Hokuspokus. Allerdings würden nicht so viele Menschen auf TCM schwören und immer mehr Ärzte TCM anbieten, wenn es gar nicht helfen würde.

Li Wu jedoch versucht gar nicht erst, Ungläubige zu überzeugen. Er stellt die TCM vor, und wer Probleme hat, daran zu glauben, dass Körper, Geist und Seele eine Einheit bilden und ein ausgeglichener Energiefluss wichtig ist für die Gesundheit, das Zusammenspiel von Hell und Dunkel, Yin und Yang bedeutend sind, der muss eben nicht weiterlesen. Der Autor erklärt die Theorie der fünf Wandlungsphasen und die Lehre von den fünf Elementen. Danach kommt er auf die Leitbahnen, das Meridiansystem, zu sprechen, das mit den inneren Organen und der Körperoberfläche eine Einheit bildet. Dieses System sei die Grundlage für Akupunktur und Akupressur, wie die chinesische Druckmassage genannt wird.

Anhand eines Wochenplans gibt der Autor vor, wie man TCM in seinem Leben integrieren kann. Er entwirft komplette Speisepläne, nennt Bewegungsübungen, die mithilfe von Zeichnungen verdeutlicht werden, und erklärt verschiedene Meditationsübungen. Auch nennt er die heilende Wirkung von verschiedenen Lebensmitteln und Tees. Doch wer die Vorschläge von Li Wu ausprobieren will, muss viel Zeit einplanen und Geld investieren. Vor allem die Rezepte sind äußerst aufwendig und die zu verwendenden Lebensmittel nicht überall und schon gar nicht für kleines Geld erhältlich. Denn so lecker sich Weizenflocken mit Orangenfilets auch anhören, so ist der hierfür zu verwendende Safran doch kostspielig. Und nicht jeder hat Apfelessig, Süßrahmbutter und Preiselbeeren im Haus, wie für die Buchweizengrütze zum Verfeinern vorgeschlagen. Ohne Zweifel jedoch sind die Speisen gesund und die vorgestellten Übungen lockern und entspannen, doch das tut auch regelmäßig betriebener Sport. *Bel*

***Li Wu: „TCM für jeden Tag“**, Mankau, Murnau 2013, broschiert, 187 Seiten, 9,95 Euro*

Ausflug ins wilhelminische Deutschland

Interessante Informationen und Bilder zum Lebensalltag zur Kaiserzeit

An einem Klingelschild eines Berliner Hauses um 1900 steht, dass Betteln und Hausieren verboten ist. Lieferanten und Angestellte dürfen nur durch den Nebeneingang. Im Deutschland um 1900 wurde die Klassentrennung schon am Hauseingang überdeutlich. Da gab es einmal den unerreichbaren Adel und in seinem Schatten, das im Zuge der Industrialisierung oft schnell reich gewordene Großbürgertum mit seinen ausgedehnten Villen und Parkanlagen in besseren Stadtgegenden. Zum anderen das intellektuelle Kleinbürgertum mit dem immerwährenden Anspruch, sozial aufzusteigen, verbunden mit dem Bestreben, sich nach „unten“ abzugrenzen. Und dann die Arbeiterschaft, eine neue soziale Schicht. Gekennzeichnet mit einem Leben in Elendsquartieren und extrem langen Wochenarbeitszeiten.

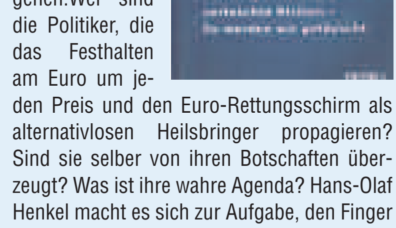
Dank Heinrich Zille sind ausgezeichnete und sehr ergreifende Milieubilder aus der Zeit erhalten. Einige davon kann man sich nun erstmals im Band „Leben im Kaiserreich. Deutschland um 1900“ anschauen. Andreas von Seggern, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Otto-von-Bismarck-Stiftung und Leiter der Abteilung Forschung am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam, und Michael Epkenhans, Lehrender im Fach Geschichte an der Universität Hamburg, laden den interessierten Laien zu interessanten und hintergründigen Einblicken in das wilhelminische Deutschland ein und thematisieren den „Obrigkeitsstaat“, den „Aufbruch in die Moderne“ sowie „Kultur, Wissenschaft und Technik zwischen Tradition und Fortschritt“.

Modern und zugleich rückwärtsgewandt?

Deutschland sei um 1900 ein Land der Widersprüche, behaupten die Verfasser in der Einleitung. Eine im Aufbruch begriffene und gleichzeitig rückwärtsgewandte Welt. So lobt die „Frankfurter Rundschau“ Silvester 1899 die unendlich großen Errungenschaften der Wissenschaft und Technik im 19. Jahrhundert: „Es sind für ein Jahrhundert so viele, um mehrere Jahrhunderte damit versorgen zu können.“ Der erste verliehene Nobelpreis überhaupt ging 1901 an Conrad Wilhelm Röntgen wegen der 1895 entdeckten nach ihm benannten Strahlung. Die Zahl der angemeldeten Patente beim 1877 gegründeten Kaiserlichen Patentamt stieg von 6000 im Jahr 1880 auf 45 000 im Jahr 1900. Eine ungeheure, nie da gewesene technische Revolution, Forschergeist und Wissensdrang zeichnete die Jahrhundertwende aus. Gleichzeitig lebte man in einer auf Ewigkeiten betonierten undurchlässigen Dreiklassengesellschaft, die Reichsverfassung ähnelte eher, so Wilhelm Liebknecht, einer „Versicherungsgesellschaft gegen die Revolution“ und emanzipatorische Bestrebungen der Frauen wurden in „Kirche, Küche, Kinder“ erstickt. Wer sich auf die Zeitreise ins Deutschland um 1900 begibt, wird mit ungeahnten Erkenntnissen ins Heute zurückkehren. *Silvia Friedrich*

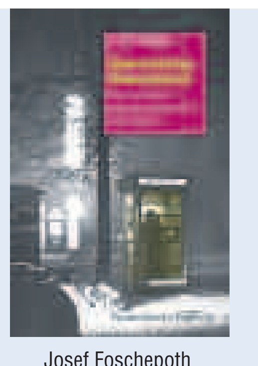
***Michael Epkenhans, Andreas von Seggern: „Leben im Kaiserreich: Deutschland um 1900“**, Theiss, Darmstadt 2012, geb., 176 Seiten mit 125 Abbildungen, 24,95 Euro*

Hans-Olaf Henkel
Die Euro-Lügner
Unsinnige Rettungspakete, vertuschte Risiken - So werden wir getäuschtWer sind die Politiker, die das Festhalten am Euro um jeden Preis und den Euro-Rettungsschirm als alternativlosen Heilsbringer propagieren? Sind sie selber von ihren Botschaften überzeugt? Was ist ihre wahre Agenda? Hans-Olaf Henkel macht es sich zur Aufgabe, den Finger auf die eklatanten Schwachstellen der Euro-Rettungspolitik zu legen, ihre Risiken klar zu identifizieren und mutige Wege aus der Krise zu suchen. Vor allem aber nennt er endlich die beim Namen, die uns über die wahren Gefahren zu täuschen versuchen, die durch das Klammern an die Währungs-Union drohen. Er nutzt seine persönlichen Einblicke hinter die Kulissen der europäischen Finanzpolitik, um ein klares Bild von Täuschung und Wahrheit zu zeichnen und um aufzuzeigen: Es ist noch nicht zu spät, um sich von Propaganda und Wunschdenken freizumachen und neue Wege zu gehen.Wer sind die Politiker, die das Festhalten am Euro um jeden Preis und den Euro-Rettungsschirm als alternativlosen Heilsbringer propagieren? Sind sie selber von ihren Botschaften überzeugt? Was ist ihre wahre Agenda? Hans-Olaf Henkel macht es sich zur Aufgabe, den Finger auf die eklatanten Schwachstellen der Euro-Rettungspolitik zu legen, ihre Risiken klar zu identifizieren und mutige Wege aus der Krise zu suchen. Vor allem aber nennt er endlich die beim Namen, die uns über die wahren Gefahren zu täuschen versuchen, die durch das Klammern an die Währungs-Union drohen. Er nutzt seine persönlichen Einblicke hinter die Kulissen der europäischen Finanzpolitik, um ein klares Bild von Täuschung und Wahrheit zu zeichnen und um aufzuzeigen: Es ist noch nicht zu spät, um sich von Propaganda und Wunschdenken freizumachen und neue Wege zu gehen.



Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 272 Seiten,
Best.-Nr.: 7247



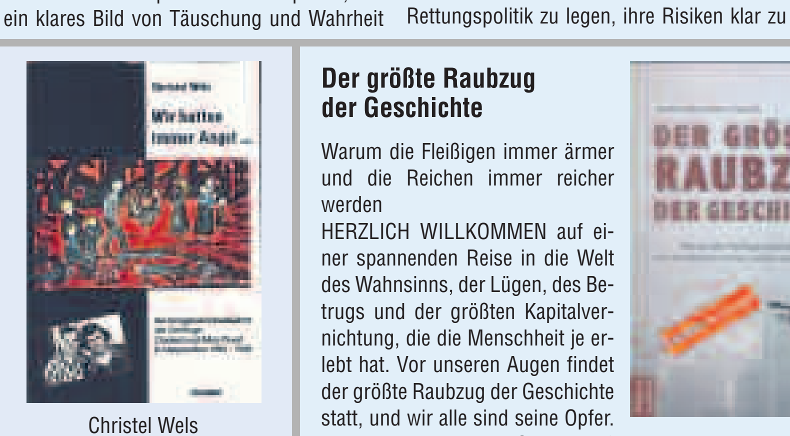


Josef Foschepoth
Überwachtes Deutschland
Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik.
Geb., 377 Seiten,
Best.-Nr.: 7246, € 34,99

Helmut Roewer
Nur für den Dienstgebrauch
Als Verfassungsschutz-Chef im Osten Deutschlands

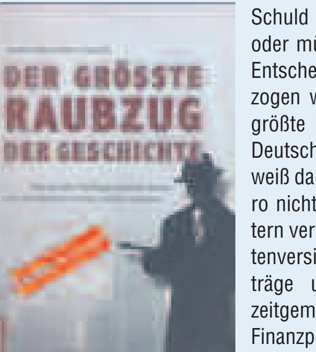
€ 24,90

Im November 2011 ging eine Empörungswelle durch die Medien, ausgelöst durch eine Mordserie, die auf der Opferseite etwa zehn ausländische Gewerbetreibende betraf und auf der mutmaßlichen Täterseite zwei jüngere Männer und eine junge Frau, die in der Folge als Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) durch die Medien geistern. Zu Beginn der Aktivitäten dieser drei damals sehr jungen Leute war der Autor Verfassungsschutzchef in Thüringen (1994-2000). Er beschreibt anhand seiner Tagebuchaufzeichnungen, aufgrund welcher Vorgänge es ihn nach Thüringen verschlug und wie er diese Jahre im wiedervereinigten Deutschland erlebt hat. Es handelt sich bei diesen Aufzeichnungen also auch um eine Binnensicht über das Zustandekommen und die Schwierigkeiten der Deutschen Einheit. Drastisch schildert Helmut Roewer Verhältnisse, die man sich heute im Jahre 22 der Deutschen Einheit kaum noch vorzustellen vermag. Nicht zum Wenigsten war es eine labile Polizeistruktur, die einen Gutteil seiner Arbeitskraft in Anspruch nahm: Altlasten und unfähige Westimporte lieferten sich erbitterte Auseinandersetzungen, anstatt ihren gesetzlichen Aufgaben nachzukommen. Ähnliches spielte sich in den politischen Parteien ab. Als Drittes kam zügellose Gewalt unter anpolitisierten Jugendlichen hinzu. In diesem brisanten Gemisch entwickelten sich jene Taten, denen wir heute empört gegenüberstehen.
Geb., 279 S. mit zahlreichen Abb., Best.-Nr.: 7240



Christel Wels
Wir hatten immer Angst
Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust
Kart., 180 Seiten
Best.-Nr.: 7099, € 12,90

Der größte Raubzug der Geschichte



Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden
HERZLICH WILLKOMMEN auf einer spannenden Reise in die Welt des Wahnsinns, der Lügen, des Betrugs und der größten Kapitalvernichtung, die die Menschheit je erlebt hat. Vor unseren Augen findet der größte Raubzug der Geschichte statt, und wir alle sind seine Opfer. Die Reichen in unserer Gesellschaft werden immer reicher, während alle Anderen immer ärmer werden. Die Autoren fragen: Wie entsteht überhaupt Geld? Wie kommen Banken und Staat eigentlich zu Geld? Warum ist das globale Finanzsystem ungerecht? Tragen tatsächlich nur die Banken die Schuld an der aktuellen Misere oder müssen auch die politischen Entscheider zur Verantwortung gezogen werden? Warum steht das größte Finanz-Casino der Welt in Deutschland, und kaum jemand weiß darüber Bescheid? Ist der Euro nicht letztlich doch zum Scheitern verurteilt? Sind Lebens-, Rentenversicherungen, Bausparverträge und Staatsanleihen noch zeitgemäße Investments? Dienen Finanzprodukte dem Kunden oder nur der Finanzindustrie? Was bedeutet es, wenn ein Staat Bankrott geht? Wer profitiert eigentlich von den Schulden unseres Staates? Kann ewiges Wachstum überhaupt funktionieren? Dieses spannende und engagierte Buch gibt nicht nur verunsicherten Anlegern Antworten.
Kart., 381 Seiten, Best.- Nr.: 7224, € 19,90



Udo Ulfkotte
Raus aus dem Euro - rein in den Knast
Die Euro-Katastrophe: Wann werden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen?
Geb., 304 Seiten
Best.-Nr.: 7236, € 19,95

Preußen-Schirmmütze



Preußen-Schirmmütze
schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95

Königsberg-Schirmmütze



Königsberg-Schirmmütze dunkelblau
Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg
Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Elchschaufel-Schirmmütze

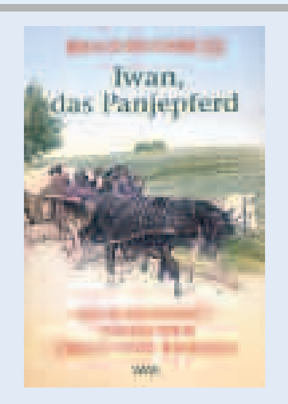


Elchschaufel-Schirmmütze
dunkelblau Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gestickter Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 6969, € 14,95

Hans Becker von Sothen
BILD-LEGENDEN
Fotos machen Politik
Fälschungen • Fakes • Manipulationen

€ 19,90

Fälschungen von Fotos durch Retuschen, Collagen, irreführende Bildunterschriften, Manipulationen des Ausschnitts etc. sind so alt wie die Fotografie selbst. Die ersten Beispiele lassen sich schon im Krimkrieg (1853–1856) und im Amerikanischen Bürgerkrieg (1861–1865) finden. Über den Ersten und Zweiten Weltkrieg, die berühmten Bildfälschungen des Maoismus und Stalinismus spannt sich der Bogen bis zum Tod Osama bin Ladens und dem Umsturz in Ägypten. Berühmte Beispiele wie Robert Capas „Fallender Soldat" aus dem Spanischen Bürgerkrieg, Jewgeni Chaldej und die sowjetische Flagge auf dem Reichstag sowie die manipulierten Bildlegenden in der Reemtsma-Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" sind genauso Thema des Buches wie die Brutkästen-Mär beim Bericht über angebliche Gräueltaten der Soldaten Saddam Husseins in Kuwait. Retuschen an den Bildern von Goebbels und Leni Riefenstahl, Stalin und Ribbentrop, Adenauer, Brandt und Breschnew werden ebenso behandelt wie das neue Phänomen des Outsourcing von Pressearbeit ganzer Länder an globale Public-Relations-Agenturen, die keinerlei Interesse an objektiver Berichterstattung haben, sondern nur am optimalen „Verkauf" von diversen politischen Ereignissen Geb., 272 Seiten, durchgehend bebildert. Best.-Nr.: 7248



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



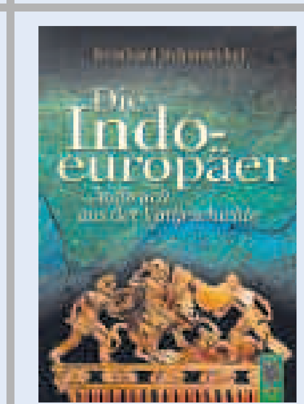
Joachim Albrecht
Katjuscha und ihre Folgen
Königsberg im Januar 1945
Rettungsschiff Wullenwever
Kart., 257 Seiten
Best.-Nr.: 7196, € 14,80



Udo Ulfkotte
Was Oma und Opa noch wussten
So haben unsere Großeltern Krisenzeiten überlebt.
Geb., 233 Seiten
Best.-Nr.: 7225, € 19,99

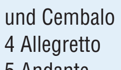


Beate Szillis-Kappelhoff
Prußen – die ersten Preußen
Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes.
Geb., 395 Seiten, 123 Abb.
Best.-Nr.: 7209, € 19,80



Reinhard Schmoeckel
Die Indoeuropäer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Geb., 587 Seiten,
Best.-Nr.: 7244, € 24,80

Musique pour Luise

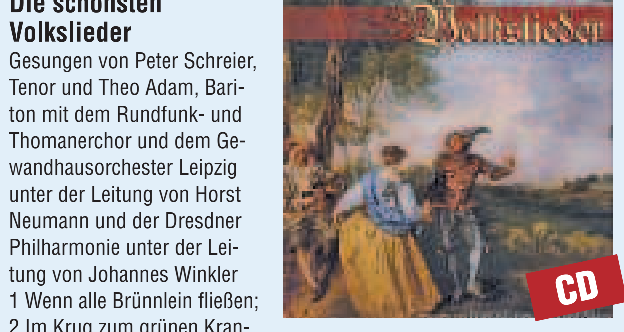


Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
4 Allegretto
5 Andante
6 Rondo. Vivace
Friedrich Heinrich Himmel
7 Favorit-Polonaise
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
8 Le Depart
9 Le Retour
Friedrich Heinrich Himmel aus Grand Sestetto
10 Andante sostenutto
11 Allegro giojoso

Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

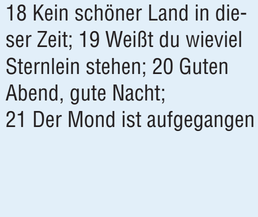
€ 14,95

Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893







Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger

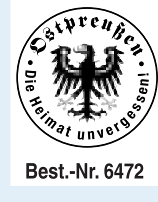


Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

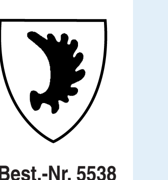
Rundstempel



Best.-Nr. 6216



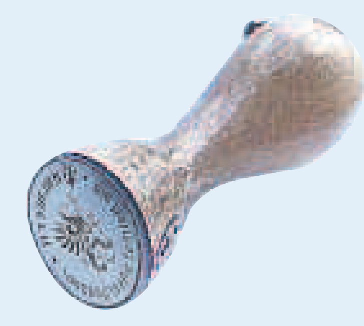
Best.-Nr. 6472



Best.-Nr. 5538

Best.-Nr. 5539







Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Best.-Nr.: 6891, € 14,95



Sing, sing, was geschah
Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen,
Gesamt: 66 min,
29 Lieder
Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987
Best.-Nr: 7203, € 12,95

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert



1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York´schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

€ 14,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091

€ 19,95

Pro Patria, Märsche und Lieder

CD

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13
22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206



August-Aktion*




+++ gratis +++
Bei jeder Bestellung ab einem Warenwert iHv € 50,00 erhalten Sie einen Ostpreußenaufkleber kostenlos dazu!!

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

33/13

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Bitte beachten Sie auch die Angebote in unserem Antiquariat www.die-ostgebiete.de

MELDUNGEN

Goebbels-Roman auf Russisch

Moskau – Der Vorsitzende der jüdischen Organisationen Russlands, Sinowij Kogan, hat sich entsetzt über Medienberichte geäußert, wonach der einzige Roman von Joseph Goebbels auf Russisch erscheinen soll. Der Verlag Algoritm will demnach den 1923 geschriebenen Roman „Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern“ veröffentlichen. Die russische Jugend wisse wenig über Geschichte, so Kogan. Daher sei das Buch für sie gefährlich. *H.H.*

Sperrzonen für Asylbewerber

Bern – Die Schweizer Stadt Bremgarten hat Asylbewerbern den Zutritt zu insgesamt 32 „sensiblen Zonen“ verboten. Dazu zählen Freibad, Kindergärten, Schulen und das Casino. Der Beschluss sei ein Kompromiss, damit die Bewohner der Eröffnung eines Asylheims zustimmen, so die Schweizer Bundesregierung. Es solle verhindert werden, dass 50 Asylbewerber gleichzeitig im Freibad erscheinen, was Ressentiments schüren könne. *H.H.*

ZUR PERSON

Belesener Visionär

Kaum staunt jeder darüber, dass der Springer-Verlag seine Zeitungen abstößt, um sich ganz dem Online-Geschäft zuzuwenden, da verfolgt ein US-amerikanischer Internetpionier scheinbar eine gegenteilige Strategie. Wie bloß ist es zu erklären, dass sich **Jeff Bezos**, der das Buchhandelsportal Amazon gegründet hat, für 250 Millionen Dollar die renommierte „Washington Post“ gekauft hat?

Die Zeitung hat neben der „New York Times“ und dem „Time Magazine“ lange Zeit die politische Berichterstattung in den USA dominiert und den Watergate-Skandal aufgedeckt. Dessen legendäre Verfilmung von 1976 mit Robert Redford und Dustin Hoffman als „Post“-Reporter Bob Woodward und Carl Bernstein läutete die Zeitungsdämmerung ein. Danach sank die Auflage stetig.

Ein großes Geschäft wird Bezos mit der "Post" allerdings kaum machen können. Der Mann, der ein geschätztes Vermögen von 20 Milliarden Dollar besitzt, ist



wohl auch weniger an der Zeitung selbst interessiert, als daran, sein elektronisches Lesegerät „Kindle“, mit dem Amazon-Nutzer E-Books herunterladen können, auch für Zeitungsleser interessant zu machen. Gibt es zukünftig die „Post“ und andere Zeitungen in – kostenpflichtiger – elektronischer Form?

Wenn das wahr wird, realisiert sich eine Vision des 49-jährigen Bezos, der schon früh die Macht des Internets erkannt hat. Nach seinem Studium der Elektrotechnik und Informatik in Princeton kam der Science-Fiction-Fan während seiner Tätigkeit in einer Investmentfirma auf die Idee eines elektronischen Buchgeschäfts. Seit 1994 hat er Amazon zum weltweit führenden Online-Buchhandel ausgebaut und vielleicht schon bald könnte Bezos mit digitalen Zeitungen die Meinungsherrschaft über den Globus erringen. *tws*



Seehofer lässt's krachen.

Perfekt abgerichtet

Warum manche Meldung nicht in die Medien gehört, was die Grünen unter »Anregung« verstehen, und warum wir lieber kiffen sollen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das Journalistenhandwerk ist nicht einfach. Dauernd muss man Nachrichten danach auswählen, ob sie berichtenswert sind oder nicht. Wenn der Redakteur bei einem großen „Leitmedium“ oder gar beim Regierungsfunk beschäftigt ist, soll er obendrein entscheiden, ob eine Meldung „hilfreich“ ist oder nicht. „Hilfreich“ sind Meldungen, die der guten Gesinnung Bestätigung liefern, „nicht hilfreich“ sind solche, die nicht ins Bild der weltanschaulichen Leitlinien passen.

Beispiel gefällig? Wie es der Zufall will, kamen dieser Tage gerade welche vorbei: In Garbsen bei Hannover zündeten mutmaßlich andersgläubige Leute eine Kirche an, das Gotteshaus brannte komplett nieder. Haben Sie davon gehört? Nein? Wie auch: Kein großes Medium hat das weitergemeldet. Nur Regionalfunk und Lokalzeitungen brachten das. Die mussten das tun, weil unter ihren Lesern und Hörern auch jene sind, denen der Brandgeruch selbst in die Nase gekrochen war. Wenn die nichts zu dem Brand in den Medien sehen, könnten sie ja auf den Verdacht kommen, sie würden nicht „umfassend informiert“.

Wenige Tage später belagerten Buddhisten eine Moschee, es gab Verletzte. Da das Gotteshaus heil blieb, dürfte das doch wohl gar keine Meldung in deutschen Medien wert sein, zumal sich der hässliche Zwischenfall im weit entfernten Sri Lanka und nicht bei Hannover oder so zugetragen hat. Richtig?

Falsch: Alle großen, überregionalen deutschen Medien breiteten die Geschichte aus, ja sie schaffte es sogar in die Hauptabendnachrichten des Staatsfernsehens, wo über Garbsen keine Silbe verloren worden war.

Da sehen Sie, wie gewissenhaft deutsche Journalisten auswählen, was sie uns zumuten und was nicht. Die Garbsen-Meldung könnte schließlich „Vorurteile schüren“, da der Ort seit Jahren von einer orientalischen Jugendbande terrorisiert wird, weshalb rassistisch verwirrte Garbsener nun auch im Verdacht der Kirchen-Brandstiftung haben. Die Sri-Lanka-Sache hingegen ist volkspädagogisch wirklich wertvoll.

Die Gewissenhaftigkeit unserer Medienmacher hat erfreulicherweise längst auf uns Bürger abgefärbt. Die Zivilgesellschaft von Garbsen hat entschlossen auf den Kirchenbrand reagiert: mit einer Demonstration gegen Rassismus und „gegen Rechts“. Da fragen wir uns, warum sich Menschen immer noch damit abmühen, irgendwelche Tiere zu dressieren. Holen Sie sich doch einfach einen Bundesbürger! Der ist schon perfekt abgerichtet und folgsam bis zur Selbstverleugnung.

Allerdings weiß jeder Dompteur, dass eine gute Dressur täglich aufgefrischt werden muss. Sonst machen sich die Biester schleichend selbstständig, entwickeln am Ende gar so etwas wie einen „freien Willen“. Also immer ordentlich die Peitsche schwingen!

> Die Kirche in Garbsen interessiert nicht, die Moschee auf Sri Lanka dafür umso mehr

Allerdings sollte man mit dem dummen Vieh verständnisvoll umgehen, damit es nicht zu sehr bockt. Am effektivsten ist die Dressur, wenn der Hund das Empfinden hat, dass er freiwillig Männchen macht, nicht um Ihrem Befehl zu gehorchen, sondern zum eigenen Spaß.

Die tier- und menschenfreundlichste Partei, die es überhaupt gibt, weiß sehr genau um das Geheimnis der „sanften Dressur“. Die Grünen wollen mit dem Pflicht-Vegetariertag in öffentlichen Kantinen die Deutschen nicht etwa auf Fleischverzicht dressieren, flöten sie uns im kuscheligen Therapeuten-Singsang zu. Nein, sie möchten, wie sie sagen, uns damit nur dazu „anregen“, weniger Fleisch zu essen. Ist das nicht entzückend? Sie fordern die autoritäre Weisung zum Fleischverzicht und nennen das dann traubenzuckersüß „Anregung“.

Strauchdiebe sollten sich diese wunderbare Formulierung merken und sie vor Gericht nutzen: „Nein Herr Vorsitzender, ich wollte Herrn X nicht berauben. Ich wollte ihn mit der Pistole vor der Brust nur dazu *anregen*, die Kohle rauszurücken.“ Das gibt bestimmt Strafminderung.

Stolze 36 Prozent der Deutschen finden es laut Umfrage ganz super, sich von den Grünen das Fleischessen verbieten zu lassen und befürworten den „Veggie Day“. Brav! Dafür gibt's ein Tofuwürstchen extra.

Im Zuge der „sanften Dressur“ ist es allerdings erforderlich, dass man seine Anordnungen irgendwie begründet. Man muss nämlich so tun, als diskutiere man sie erst mal, damit die Leute das Gefühl haben, sie dürften mitreden. Dürfen sie natürlich nicht, oder hat man Sie je nach der „Energiewende“ oder der „Frauenquote“ befragt? Eben.

Trotzdem sollte es so aussehen, als hätte man, wir leben schließlich in einer Demokratie. Daher müssen sich leider auch die Grünen immer wieder Begründungen einfallen lassen fürs nächste Verbot.

Das war früher recht umständlich, ist es aber nicht mehr, seit wir das „Klima“ gefunden haben. Damit geht alles: Zum Vegetariertag heißt es, die Tiere auf der Weide furzten Methan aus, ein „Klimagas“. Das mit dem Klima ist eine richtige Allzweckwaffe. Irgendwelche „Klimagase“ fallen nämlich bei allem an, was wir tun: beim Fliegen und Fahren, beim Essen und Trinken, beim Schlafen und Laufen, beim (von der stromfressenden Hausanlage) Musikhören und beim Musikmachen, beim Tanzen und beim Sport, kurzum, beim ganzen Leben, Lieben und sogar beim Sterben. Selbst das Denken ist nicht „klimaneutral“, weil der Prozess Sauerstoff benötigt, und bei jedem unserer Atemzüge stoßen wir „Klimagas“ aus.

Mit dem „Klima“ und der „Weltrettung“ auf der Fahne können wir den Leuten also alles verbieten, was uns gerade einfällt. Allerdings dürfte das auf die Dauer langweilig werden, und Langeweile mögen wir nicht. Daher lassen sich die Gesellschaftsdompteure hin und wieder eine andere Begründung fürs Verbieten einfallen. Gern genommen wird beispielsweise die „soziale Gerechtigkeit“. So wollen die „Jungen Grünen“ von Schleswig-Holstein die Erste Klasse in der Bahn verbieten, weil sie ein Relikt der Klassengesellschaft sei. Auch mit dem Argument der „Humanität“ kann man Verbote züchten: Die grüne Bundestagsfraktion will die Affenhaltung in Zoos verbieten, weil die Tiere da so litten.

Wollen die denn alles verbieten? Nein, das zu behaupten wäre ungerecht. In alter Tradition kämpfen die Grünen immer noch für die Legalisierung von Marihuana. Allerdings ziehen sie gleichzeitig verbissen gegen den Konsum von Tabak zu Felde.

Wie so etwas im Erfolgsfalle ausgehen kann, konnten wir bei unseren niederländischen Freunden studieren: Dort gibt es seit langem die sogenannten „Coffeeshops“. Der Name führt in die Irre: Das sind nicht etwa die Lusthöhlen koffeinsüchtiger Bohnen-Junkies; das sind Lokale, in denen man legal Marihuana kaufen und konsumieren darf. Da sich die Wirkstoffdichte im Marihuana über die Jahre per Züchtung drastisch erhöht hat, verdünnten die Kiffer das „Gras“ mit immer mehr normalem Zigarettentabak.

Dann kam das Rauchverbot, das für den Tabak, nicht aber für Marihuana galt – ganz so, wie die Grünen es auch bei uns wünschen. Ergo mussten die „Coffeeshop“-Besucher das Kraut künftig pur qualmen. Der Erfolg war durchschlagend. Schon nach wenigen Minuten vollkommen dicht, fielen sie reihenweise um wie nasse Säcke. Es war wirklich peinlich, weshalb es darüber in den verantwortungsbewussten Medien unseres Landes auch nicht viel zu lesen gab.

Warum aber Marihuana erlauben und normalen Tabak verbieten? Nun ja, im Qualm einer Zigarette kann jeder noch klar denken. Wer klar denkt, stellt öfters etwas in Frage. Der interessiert sich am Ende gar auch dafür, wer in niedersächsischen Kleinstädten Kirchen abfackelt – und warum. Zugekifft ist uns das alles schnurzpiepe. In dem Zustand machen wir alles, was man von uns verlangt. Daher ist Marihuana dem Dressurerfolg bei Menschen weitaus zuträglicher als normaler Tabak.

MEINUNGEN

***Handwerkspräsident Otto Kentzler** erklärt im „Focus“ vom 5. August, warum er trotz wachsenden Fachkräftemangels das Thema **Arbeitslosigkeit** für **nicht erledigt** hält:*

„Nein, denn nicht jeder will eine Ausbildung, nicht jeder passt in den Arbeitsmarkt … In meiner Heimatstadt Dortmund gibt es Gegenden mit abgeschotteten Milieus. Da kommen Sie kaum ran. Wir haben deshalb in der Dortmunder Handwerkskammer eine türkischstämmige Mitarbeiterin engagiert, die in ihrer Muttersprache Zugang findet. Sie soll die jungen Migranten auf die Idee bringen, eine handwerkliche Ausbildung zu absolvieren. Aber dennoch ist es nicht leicht: Die einen wollen keine Ausbildung, die anderen meinen, nur Studium führe zum Erfolg.“

*Der nordrhein-westfälische CDU-Chef **Armin Laschet** übt in der „Welt“ (12. August) scharfe Kritik an der Unterstützung der **syrischen Opposition** durch die **Bundesregierung**:*

„In den sogenannten befreiten Gebieten, die diese Opposition kontrolliert, hallt der arabische Ruf durch die Gassen: ‚Christen nach Beirut, Alawiten ins Grab.‘ Es ist absurd, dass in Syrien die gleichen Leute unterstützt werden, die wir in Mali bekämpfen. Es sind die aus Katar und Saudi-Arabien finanzierten Terrorgruppen al-Nusra und al-Kaida, die Scharia-Gerichte einführen und die religiöse Vielfalt Syriens bekämpfen.“

*Der Soziologe **Jürgen Habermas** beschreibt im „Spiegel“ vom 5. August das **Versagen der deutschen Politikerelite in der Euro-Krise**:*

„Europa befindet sich in einem Notstand, und wer die politische Macht hat, wer über die Zulassung von Themen zur Öffentlichkeit entscheidet. Deutschland tanzt nicht, es döst auf dem Vulkan. Versagende Eliten? Jedes demokratische Land hat die Politiker, die es verdient. Und von den gewählten Politikern ein Verhalten jenseits der Routine zu erwarten hat etwas Apartes.“

*Im gleichen Magazin vom 12. August ergründet **Alexander Neubacher** die fortschreitende **Entmündigung der Deutschen**:*

„An die Stelle des Homo sapiens tritt der Homo demenz, der betreuungsbedürftige Trottelbürger. Über 200 Jahre nachdem Immanuel Kant den Aufbruch des Menschen aus dessen selbstverschuldeter Unmündigkeit verkündete, schlägt das Pendel jetzt in die Gegenrichtung … Wenn der Staat alle Bereiche des Lebens in Watte gepackt hat, bleibt am Ende nur noch ein Gegner übrig: der Bürger selbst.“

***Gideon Böss** entlarvt die **Grünen** im Internetportal „achgut.de“ als von Grund auf **autoritäre Partei**:*

„Während die Grünen sich im Wahlkampf als Alternative zu Merkel positionieren, sind sie doch die viel konsequentere „Alternativlos“-Partei. Egal, ob es um Ernährung, Energieerzeugung oder die Frauenquote geht, nirgendwo zeigt sich bei den Grünen ein Interesse daran, eine Debatte über diese Themen zu führen. Sie sollen einfach vorgeschrieben werden, weil sie alternativlos richtig sind. Punkt.“